

2024

Jahresbericht

IM DIALOG BEGINNT DIE ZUKUNFT



INHALT



Vorwort	4
Erfolgreich auch bei Gegenwind	6
Böckler-Botschafter*innen	8
Unser Leitbild	12
12 Fragen an Elke Hannack	14
Unser Anliegen, unsere Leitthemen, unsere Arbeit	20
Höhepunkte unserer Arbeit im Jahr 2024	22
Unsere Stiftungsaktivitäten 2024 nach Leitthemen	26
I.M.U. – Institut für Mitbestimmung und Unternehmensführung	48
WSI – Wirtschafts- und Sozialwissenschaftliches Institut	50
IMK – Institut für Makroökonomie und Konjunkturforschung	52
HSI – Hugo Sinzheimer Institut für Arbeits- und Sozialrecht	54
Forschungsförderung	56
Studien- und Promotionsförderung	58
Seminare der Studienförderung	60
Öffentlichkeitsarbeit	64
Die digitalen Kanäle der Hans-Böckler-Stiftung	66
Die Stiftung in Zahlen	68
Der Vorstand	70
Das Kuratorium	72
Der Wissenschaftliche Beirat	74
Die Auswahlausschüsse der Studienförderung	76
Die Vertrauensdozentinnen und Vertrauensdozenten	78
Organigramm der Stiftung	90
Impressum	91

Unseren Jahresbericht können Sie als interaktive Anwendung lesen.
Achten Sie auf die folgenden Symbole:



QR-Codes verweisen auf Videos, Archive und interessante Geschichten.

www.boeckler.de

Klicken Sie einfach auf die unterstrichenen Textstellen und schon werden Sie zu Studien, Datenbanken oder Überblickseiten weitergeleitet.



Unsere Grafiken sind mit Lupen versehen – so können Sie einen genauen Blick auf die Daten werfen.

VORWORT



Dr. Claudia Bogedan
Geschäftsführerin der Hans-Böckler-Stiftung

Sehr geehrte Damen und Herren,
liebe Kolleg*innen, liebe Interessierte,

Mitbestimmung im Betrieb und in den Aufsichtsräten ist fester Bestandteil der demokratischen Ordnung der Bundesrepublik Deutschland, wie sie sich nach den beiden Diktaturen bewährt hat. Denn unsere Demokratie lebt davon, dass wir uns trotz aller Differenzen immer wieder darum bemühen, den Ausgleich der unterschiedlichen Interessen zu suchen, indem wir um Argumente ringen und nachhaltige Lösungen ermöglichen.

Gewerkschafter*innen sind als Betriebsrät*innen, als Aufsichtsrät*innen und als Tarifpartner*innen täglich mit dieser Aufgabe konfrontiert. Sie sind gewohnt, Widersprüchliches auszuhalten und nach guten Kompromissen zu suchen. Sie müssen im Wissen um den Grundkonflikt zwischen Kapital und Arbeit im Hier und Jetzt für ihre Kolleg*innen, für den Erhalt der Arbeitsplätze, für Gute Arbeit und faire Löhne streiten. Es ist ein guter Streit.

2024 stand jedoch unter einem anderen Stern: Statt Ausgleich der Interessen war Streit um des Streitens willen angesagt. Statt des Austauschs faktenbasierter Argumente waren Fake News, Clickbaiting und sogar körperliche Übergriffe gegen Wahlkämpfer*innen an der Tagesordnung. Politik, die nach gemeinsamen Lösungen sucht, wurde als führungsschwach diskreditiert. Es war kein leichtes Jahr für aufrechte Demokrat*innen.

Die Hans-Böckler-Stiftung trägt mit ihrer Forschung, Beratung, den Bildungsangeboten und natürlich ihrer Förderung von begabten Studierenden aus der Arbeitnehmer*innenschaft dazu bei, dass alle Menschen eine Chance auf Gute Arbeit und ein gutes Leben in einer Demokratie haben. „Bürger, nicht Untertanen wollen wir sein“, so hat unser Namenspatron Hans Böckler beim Gründungskongress des Deutschen Gewerkschaftsbundes 1949 den Anspruch formuliert, dass verbriefte Rechte in der Arbeitswelt für Arbeitnehmende zu mehr Augenhöhe und einer stabileren Demokratie beitragen. Mit der Forschung der Hans-Böckler-Stiftung können wir heute belegen, dass überall dort, wo Menschen Fairness und Gerechtigkeit am Arbeitsplatz erleben, das Vertrauen in die demokratischen Institutionen wächst.

Vor der Europawahl haben wir geprüft, ob dieser Zusammenhang auch in anderen Ländern gilt. Wir haben daher Erwerbspersonen in Deutschland und neun weiteren EU-Ländern befragt: Überall zeigt sich, dass schlechte Arbeitsbedingungen und das sich daraus ergebende Potenzial für Benachteiligungs- und Ohnmachtserleben ein Nährboden für die Entstehung antidemokratischer Einstellungen ist. Zudem fühlen sich Beschäftigte mit weniger Mitbestimmung und schlechteren Arbeitsbedingungen stärker von der Transformation von Wirtschaft und Arbeitswelt bedroht.

Bessere Arbeitsbedingungen korrelieren hingegen mit positiveren Einstellungen zur Demokratie und einem höheren Vertrauen in deren Institutionen. Wir sind sicher, ein starkes, soziales Europa muss die Antwort auf die geopolitischen Krisen unserer Zeit sein. Gute Arbeit ist hierfür der Schlüssel!

Wir danken allen, die im Jahr 2024 mit uns an dieser Vision gearbeitet haben: in der Wissenschaft, in der Arbeitswelt, in den Gewerkschaften, in der Politik und in der Zivilgesellschaft. Demokratie braucht nicht nur den richtigen Moment – sie braucht Menschen, die sich einmischen. Und dafür stehen wir mit unserer Arbeit.

Eine anregende Lektüre wünscht

Dr. Claudia Bogedan
Geschäftsführerin der Hans-Böckler-Stiftung

ERFOLGREICH AUCH BEI GEGENWIND

Mit unserer Begabtenförderung leisten wir einen Beitrag zu mehr Chancengleichheit. Mehr als 70 Prozent unserer Stipendiat*innen sind in ihrer Familie die Ersten, die studieren, rund 40 Prozent haben einen Migrationshintergrund. Jede*r vierte Stipendiat*in hat die Hochschulzugangsberechtigung über den zweiten oder dritten Bildungsweg erlangt. Auf dem Cover und hier stellen wir „Stips“ vor, die mit einer ungewöhnlichen Bildungsbiografie erfolgreich studieren.



ALUBAIDY, HANIN

Hanin Alubaidy besuchte zunächst die Hauptschule. Studiert heute Elektrotechnik und Informationstechnik (B. Eng.) dual an der Technischen Hochschule Nürnberg Georg Simon Ohm.



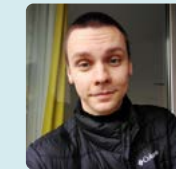
BOERCHI, MARKUS

Markus Boerchi absolvierte nach der Realschule eine Ausbildung als Industriemechaniker. Promoviert heute in Geschichte an der Universität Augsburg.



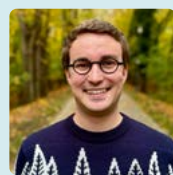
KLUMPP, KIAN

Kian Klumpp absolvierte das Abitur auf dem zweiten Bildungsweg. Studiert heute Rechtswissenschaften an der Freien Universität Berlin.



RETTIG, CHRISTIAN

Christian Rettig erwarb die Fachhochschulreife auf dem zweiten Bildungsweg. Studiert heute Sozioökonomie (M. A.) an der Universität Duisburg-Essen.



ANDRES, DOMINIC

Dominic Andres besuchte zunächst die Realschule. Studiert heute Rechtswissenschaften an der Europa-Universität Viadrina.



CROUCH, SAMANTHA

Samantha Crouch besuchte zunächst die Hauptschule und absolvierte anschließend eine Ausbildung zur Fahrzeuglackiererin. Promoviert heute in Bioinformatik an der Julius-Maximilians-Universität Würzburg.



MAIER, EMILY

Emily Maier besuchte zunächst die Realschule. Studiert heute Rechtswissenschaften an der Ludwig-Maximilians-Universität München.



SCHEPER, IMKE

Imke Scheper machte zunächst den Realschulabschluss an einer Gesamtschule. Studiert heute Technik und Elementarmathematik auf Haupt-/Realschullehramt an der Carl von Ossietzky Universität Oldenburg.



BACKES, MIRA

Mira Backes besuchte zunächst die Realschule und absolvierte anschließend eine kaufmännische Ausbildung. Studiert heute Sozialpädagogik und Emotionale und Soziale Entwicklung auf Lehramt an beruflichen Schulen an der Technischen Universität Dortmund.



EKEYA, JUDITH IFEOMA

Judith Ifeoma Ekeye besuchte zunächst die Realschule. Studiert heute Wirtschaftswissenschaften (Master of Science) an der Heinrich-Heine-Universität Düsseldorf.



OUSRI, KHALID

Khalid Ousri besuchte zunächst eine Schule in Marokko (Lycée). Studiert heute Moderne Ostasienstudien an der Universität Duisburg-Essen.



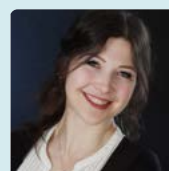
VAN SLOBBE, PHILIPP

Philipp van Slobbe machte zunächst den Hauptschulabschluss an einer Gesamtschule. Studiert heute Rechtswissenschaften an der Justus-Liebig-Universität Gießen.



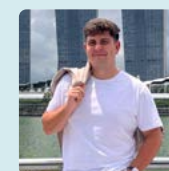
BECK, LAURA

Laura Beck besuchte zunächst die Realschule. Studiert heute Internationale Beziehungen als Double-Degree Sciences Po Paris/King's College London.



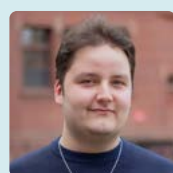
KERN, BIANCA

Bianca Kern machte das Abitur auf dem zweiten Bildungsweg. Studiert heute Molekulare Medizin an der Albert-Ludwigs-Universität Freiburg im Breisgau.



PFaffenroth, WILHELM

Wilhelm Pfaffenroth besuchte zunächst die Mittelschule. Studiert heute Künstliche Intelligenz an der Technischen Hochschule Deggendorf.



BESYAPRAK, SAMET

Samet Besyaprak besuchte zunächst die Hauptschule. Studiert heute Erziehungswissenschaft an der Uni Duisburg-Essen.



KITTELMANN, DENISE

Denise Kittelmann erwarb die Hochschulreife auf dem zweiten Bildungsweg und hat gerade ihr Studium in Cognitive Neuroscience an der Freien Universität Berlin abgeschlossen.



BÖCKLER- BOTSCHAFTER*INNEN

Achtung, Übernahme! Der Instagram-Account „@boeckler_stips“ steht ganz im Zeichen der Stipendiat*innen der Hans-Böckler-Stiftung. Sie bespielen den Kanal und erzählen ihre Geschichte. Sie zeigen, wie vielseitig und bereichernd ein Stipendium der Hans-Böckler-Stiftung sein kann. Schaut doch mal rein.

ANTONIJA PRGOMET

23 Jahre, studiert Wirtschaftsingenieurwesen am Karlsruher Institut für Technologie (KIT). Von August 2024 bis Februar 2025 absolvierte sie ein Auslandspraktikum bei einem Tochterunternehmen des Porsche-Konzerns in Australien.

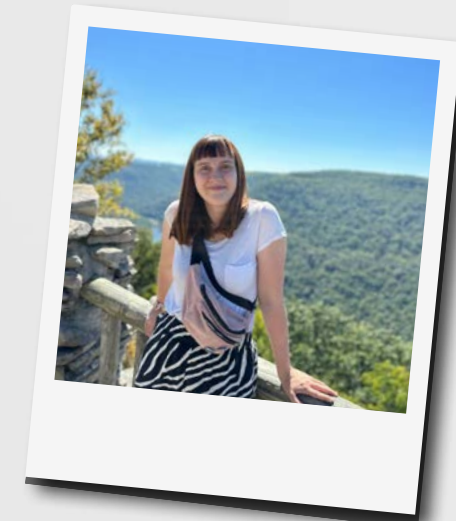
„Mein Weg nach Australien war kein gerader Weg. Eigentlich wollte ich nach Miami, um neben Englisch auch Spanisch zu sprechen, aber die Arbeitsbedingungen in den USA waren mir zu schlecht: mindestens 40-Stunden-Woche, unbezahlte Überstunden, selbst krankenversichern. Da sagte mir meine Betreuerin, dass es in Australien besser sei, wegen der starken Gewerkschaften. Und es war wirklich ein großer Unterschied. Bei der Tochtergesellschaft von Porsche in Melbourne, wo ich sechs Monate lang im Reporting- und Supply-Chain-Bereich tätig war und Datenanalysen gemacht habe, hatte ich 37,5 Stunden Wochenarbeitszeit, keine Überstunden, ein faires Gehalt. Und alle Versicherungen und die Unterkunft wurden übernommen. Was mich an Australien aber am meisten beeindruckt hat, war die Vielfalt der Menschen, die aus allen Teilen der Welt kommen und zum Teil schon lange hier leben – ohne dass es irgendwelche Migrationsdebatten gäbe. Australien ist ein superfriedliches und superoffenes Land, die Gesellschaft ist nicht so gespalten wie in Deutschland. Und auch die Bedeutung der indigenen Bevölkerung, der Aborigines, wird heute breit anerkannt. An jedem öffentlichen Gebäude hängt neben der australischen Fahne die der Aborigines.“



HANNAH BRAND

26 Jahre, hat Nachhaltigkeitsmanagement in Leipzig studiert. Derzeit promoviert sie im von der Hans-Böckler-Stiftung geförderten Kolleg „Just and sustainable transformation“ (JUST) an der Universität Kassel. Von August bis Dezember 2023 war sie für ein Auslandssemester in den USA.

„Ich wollte nicht in eine der Metropolen wie San Francisco oder New York, sondern in den ländlichen Raum. Wenn man einen echten Eindruck von einem Land bekommen will, von Kultur und Mentalität, muss man dahin, wo es wehtut. Deshalb habe ich mich für die West Virginia University in Morgantown entschieden. West Virginia ist ein kleiner Bundesstaat in den Appalachen, der früher vom Bergbau gelebt hat und schon seit den Siebzigern nicht sehr erfolgreich versucht, die Transformation hinzukriegen. Eine der jüngeren Ideen ist zum Beispiel, ein Remote-Staat zu werden, der mit niedrigsten Steuern wohlhabende Amerikaner*innen anlockt, die dann von hier aus im Homeoffice arbeiten. Das funktioniert aber auch noch nicht so richtig. Der Strukturwandel und das Gefühl des Abgehängtseins hat West Virginia zu einem der stärksten Trump-Staaten werden lassen. ‚Make America great again‘ zieht hier voll – ohne dass Trump den Leuten wirklich eine Perspektive geben würde. Man kann da viele Parallelen zu deutschen Regionen wie der Lausitz ziehen. Es war megaspännend, das zu erleben. Ohne die Hans-Böckler-Stiftung hätte ich mir das nicht leisten können.“





LUKAS ARIS GRESS

22 Jahre, studiert Liberal Arts & Sciences an der Universität Freiburg. Vom 16. bis 22. Juni 2024 nahm er an einer Studienreise der Hans-Böckler-Stiftung nach Zypern teil.

„Meine Mutter ist Griechin, deshalb habe ich schon als Kind viel über den Zypern-Konflikt gehört. Die Studienreise der Hans-Böckler-Stiftung war für mich eine Chance, mir ein eigenes Bild zu machen. Bevor ich losgefahren bin, habe ich mit einem Freund meiner Mutter gesprochen, der nach der türkischen Invasion 1974 aus Nordzypern fliehen musste. Ein Mann, der das sonst nie tun würde, saß auf einmal weinend vor mir, als er mir davon erzählte. Aber die Spuren der Vertreibung sind nicht nur in den Köpfen der Menschen, sondern auch in Orten wie der Stadt Varosha sichtbar, die wir auf Zypern besuchten und die seit dem türkischen Einmarsch eine Geisterstadt ist. Badende am Strand und direkt dahinter der Stacheldraht und die Ruinen – ein surrealer Anblick. Wir haben aber auch beeindruckendes zivilgesellschaftliches Engagement erlebt, das bemüht ist, die Wunden zu schließen. In der geteilten Hauptstadt Nikosia steht mitten in der UN-Pufferzone das Home of Cooperation, wo man Griechisch und Türkisch lernen kann und sich Kinder aus beiden Landesteilen begegnen. Solange die politisch Verantwortlichen auf allen Seiten den Konflikt weitertreiben, bleibt Verständigung die einzige Hoffnung.“



WILHELM PFAFFENROTH

26 Jahre, studiert Künstliche Intelligenz an der TH Deggendorf. Von September 2024 bis Januar 2025 verbrachte er ein Auslandssemester an der Tsinghua University in Peking.

„Im Oktober 2023 habe ich das Einführungsseminar des von der Hans-Böckler-Stiftung organisierten China-Kompetenzprogramms CHIN-KoBe besucht. Ich fand das so spannend, dass ich danach Sprachkurse belegte und mich für ein Semester an der Tsinghua University in Peking beworben habe. Leisten konnte ich mir das aber nur, weil die Hans-Böckler-Stiftung die Studiengebühren von etwa 1900 Euro übernommen hat. Als ich dann in China ankam, war ich erst komplett überfordert. Von A bis Z ist alles anders, darauf kann dich niemand vorbereiten. Das hat sich schlagartig geändert, als ich den Campus betreten habe, eine eigene Welt mit Supermärkten, Parks, Sportplätzen, 13 Kantinen, sogar einem Eisstadion. Beeindruckend. Auch wenn ich in China eine großartige



Zeit hatte, wurde deutlich spürbar, dass es kein freies Land ist. Ohne VPN gibt es keinen Zugang zu einem freien Internet. Die allgegenwärtige Kameraüberwachung und vor allem die Art und Weise, wie Chines*innen verstummten, sobald sensible Themen zur Sprache kamen, haben einen bleibenden Eindruck hinterlassen. Andere deutsche Studierende meinten, China sei Europa überlegen. Doch in Freiheit zu leben, ist wertvoller als pünktliche Züge und eine flächendeckende 5G-Abdeckung.“



ERSIN TANER

26 Jahre, studiert Rechtswissenschaften an der Universität Passau. Von August 2024 bis Februar 2025 war er für ein Auslandssemester an der Universidade de São Paulo in Brasilien.



„Während meines Aufenthaltes waren es die Gespräche, die mich bereichert, Menschen, die mich verändert haben. Es ging nicht nur darum, sich einzufügen, sondern auch darum, sich von seinen Vorstellungen zu lösen, um sich selbst in einem neuen Kontext zu erfahren. Sich darin zu bewegen, bedeutete für mich auch, mich von mir selbst zu entfremden – nicht im Sinne eines Verlustes, sondern als Chance. Oft wird Brasilien auf Karneval, Kriminalität und Fußball reduziert. Doch was ich erlebt habe, ist ein Land voller Vielfalt und Offenheit. Die Perspektive auf die Welt ist in Brasilien eine andere, und das wird bei uns viel zu wenig zur Kenntnis genommen. Probleme international anzugehen, heißt zuzuhören. Es bedeutet, koloniale Kontinuitäten zu erkennen und zu verstehen, wie sich Geschichte in der Gegenwart fort schreibt. Und vor allem, dass es eine Welt gibt, die nicht nur aus europäischen Selbstverständlichkeiten besteht. Was bleibt? Die Erinnerung an ein Land, das sich nicht definieren lässt, weil es zu groß, zu vielfältig, zu lebendig ist. Ein Land, das man nur erleben kann, indem man darin schwimmt, es in sich aufnimmt – und das ich jetzt schon vermisse.“



UNSER LEITBILD

Die Hans-Böckler-Stiftung ist das Mitbestimmungs-, Studien- und Forschungsförderwerk des Deutschen Gewerkschaftsbundes. Wir sind die wissenschaftliche Stimme von Arbeit und Mitbestimmung. Als eines der größten Begabtenförderwerke in Deutschland setzen wir uns für mehr Chancengleichheit beim Zugang zu Bildung und zum Arbeitsmarkt ein.

Das emanzipatorische Ziel der Arbeiter*innen-Bewegung, die gesellschaftlichen und wirtschaftlichen Verhältnisse so zu gestalten, dass jeder Mensch in Würde leben und die Chancen einer demokratischen Gesellschaft gleich nutzen kann, prägt unser Selbstverständnis und unsere Arbeit. Deshalb ergreifen wir Partei für Arbeitnehmer*innen und ihre Familien. Starke Einheitsgewerkschaften, Tarifautonomie, Verbindlichkeit und Wirksamkeit von Flächentarifverträgen sind für uns Grundpfeiler der sozialen Demokratie. Wir sind davon überzeugt, dass Gute Arbeit die wesentliche Wohlstandsquelle einer freien und gerechten Gesellschaft ist. Mitbestimmung der Beschäftigten auf unternehmerischer und betrieblicher Ebene stärkt die Demokratie und ist unerlässlich, um die Transformation demokratisch, sozial und nachhaltig zu gestalten.

Dementsprechend standen 2024 Forschung, Beratung und Transfer zum Turnaround bei den Investitionen und zur Stärkung einer modernen sozialen Sicherung als unerlässliche Voraussetzungen für eine gelingende sozial-ökologische Transformation mit Guter Arbeit im Vordergrund. Ein wichtiger Teil dieser Botschaften ist angekommen: Die neue Bundesregierung hat zentrale Voraussetzungen für mehr öffentliche Investitionen geschaffen. Mit unterschiedlichsten Formaten haben wir für den Schutz der Demokratie, für die dringend notwendige Modernisierung und Stärkung der betrieblichen Mitbestimmung und für die Sicherung und Stärkung der Unternehmensmitbestimmung geworben. Auf Basis breiter wissenschaftlicher Expertise informieren wir darüber, was Mitbestimmung in den Aufsichtsräten von Unternehmen bewirkt – und wo rechtliche Tricks von Unternehmen und Gesetzeslücken Mitbestimmungsrechte gefährden.

Die Hans-Böckler-Stiftung fördert mit Stipendien junge Menschen entlang der Bildungsbiografie vom Abitur bis zur Habilitation, die gewerkschaftlich sowie gesellschaftlich engagiert sind. Dabei entwickeln wir gezielt gerade auch Talente aus bildungsbenachteiligten Bevölkerungsschichten. 2 643 Stipendiat*innen haben wir 2024 in ihrem Studium gefördert, damit sie zukünftig in Gesellschaft, Wirtschaft und Politik Verantwortung übernehmen können.

Die Hans-Böckler-Stiftung versteht sich als Ideenwerkstatt. Wir erarbeiten Orientierungs- und Handlungswissen auf Basis wissenschaftlicher Forschung für die Beratung und Unterstützung von Gewerkschaften, Betriebs-, Personal- und Aufsichtsräten sowie politischen Entscheidungsträger*innen zur Verbesserung der sozialen und wirtschaftlichen Situation von Arbeitnehmer*innen und ihren Familien.

Dazu betreibt die Hans-Böckler-Stiftung mit ihren wissenschaftlichen Instituten eigene Forschung und fördert Forschungsprojekte Dritter. Forschungsförderung und Eigenforschung der Stiftung sind den Grundsätzen guter wissenschaftlicher Arbeit verpflichtet und stellen sich der wissenschaftlichen und gesellschaftlichen Debatte.

Einen für unterschiedliche Zielgruppen aufbereiteten breiten Einblick in unsere Arbeit gibt die „Podcast-Familie“ der Stiftung, die 2024 weiter gewachsen ist. Knapp 50 neue Folgen von „Systemrelevant“ (Folge 174 – 223) haben wir produziert. Der Podcast zu wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Themen hat sich zu einem wichtigen Medium entwickelt, um Forschungsergebnisse einzuordnen und zu deuten. Einen historischen Schwerpunkt setzt unsere zweite Podcast-Reihe „Geschichte wird gemacht“. Und „Fokus Aufsichtsrat“ liefert Praxisinformationen für Aufsichtsrät*innen.

Die Hans-Böckler-Stiftung ist das Forum für Debatten rund um die Arbeitswelt im Austausch zwischen Wissenschaft, Gewerkschaften, Wirtschaft, Politik und Gesellschaft.

12 FRAGEN AN ELKE HANNACK

Die neue Bundesregierung hat ihre Arbeit aufgenommen, die Erwartungen sind groß. Auch bei Elke Hannack. Die Vizevorsitzende des DGB, die auch im Bundesvorstand der CDU sitzt und den Vorsitz im Kuratorium der Hans-Böckler-Stiftung innehat, spricht im Interview engagiert darüber, wo die Regierungskoalition „liefern“ muss, über Defizite in der Bildungspolitik, den Kampf gegen die AfD – und warum sie trotz allem optimistisch bleibt.



Elke Hannack, lahmende Wirtschaft durch jahrelangen Investitionsstau und hohe Energiepreise, Krieg in Europa, ein US-Präsident, der Standortwettbewerb mit der Brechstange betreibt, und eine erstarkte AfD im Bundestag – es war schon mal einfacher als heute, die Interessen der Arbeitnehmer*innen zu vertreten, oder?

Elke Hannack: Ja, das ist so. Die Ereignisse brechen unglaublich schnell über uns herein. Und insofern bin ich sehr gespannt, wie die neue Koalition in Berlin agieren wird. Ob sie Entscheidungen vorher im internen Kreis ruhig miteinander beredet oder wie die Ampel jede Auseinandersetzung an die Öffentlichkeit trägt. Klar ist: Die Politik muss jetzt liefern. Es geht um Entlastungen, die für die normalen Bürger*innen spürbar sein müssen – nicht nur im eigenen Portemonnaie, sondern zum Beispiel auch durch eine pünktliche Bahn. Wir brauchen genügend Personal bei kommunalen Einrichtungen, beim Jobcenter, beim Bürgeramt, bei den Gerichten. Wir brauchen gute Bedingungen in den Krankenhäusern, in den Schulen und Bildungseinrichtungen. Und last, but not least müssen die Menschen gerade in den ländlichen Regionen spüren, dass sie nicht abgehängt sind. Die Infrastruktur muss funktionieren und Demokratie erfahrbar gemacht werden.

Hans Böckler, an dessen 150. Geburtstag wir in diesem Jahr erinnern, hat sich als erster DGB-Vorsitzender vehement dafür eingesetzt, dass die deutschen Gewerkschaften nach dem Krieg als Einheitsgewerkschaft neu entstehen. Welche besondere Position ergibt sich daraus in polarisierten Zeiten wie heute?

Elke Hannack: Die Einheitsgewerkschaft ist eine Verpflichtung für uns, parteipolitisch neutral aufzutreten und mit allen Parteien, die demokratisch ausgerichtet sind, zu sprechen. Das ist in der heutigen Zeit, mit einer starken rechtsextremen Partei im Bundestag, umso wichtiger. Wir sind als Gewerkschaften die größten zivilgesellschaftlichen Organisationen in diesem Land, die gegen Rassismus und gegen Faschismus kämpfen. Es gab kein Bündnis, das in letzter Zeit gegen rechts auf die Straße gegangen ist, an dem der DGB und die Gewerkschaften nicht maßgeblich beteiligt waren. Wir wollen den Kampf gegen die AfD in die Öffentlichkeit tragen und den Leuten zeigen: Bei uns seid ihr besser aufgehoben. Wir sind antifaschistisch. Wir leben Solidarität und wollen eine solidarische Gesellschaft. Und wir bieten Lösungen an, im Gegensatz zur AfD.

Sie sind im DGB-Bundesvorstand für wichtige Zukunftsthemen zuständig: Jugendpolitik und Bildung gehören dazu, ebenso wie Gleichstellung. In der öffentlichen Diskussion, auch im

Bundestagswahlkampf, rangierten die zuletzt aber weit hinten. Wie kann man das ändern?

Elke Hannack: Bildung, Frauenpolitik, Jugendpolitik sind immer als „weiche Themen“ gehandelt worden. Wir müssen deutlich machen, dass es in Wahrheit echte Zukunftsthemen sind. Wenn mehr als 50000 junge Menschen jedes Jahr ohne Abschluss von der Schule gehen, wenn jedes vierte Kind die Schule verlässt, ohne die Basiskompetenzen Lesen, Schreiben, Rechnen erlernt zu haben, wenn wir 2,9 Millionen junge Menschen ohne Berufsausbildung haben – dann muss das für alle in der Politik ein Warnsignal sein. Bildung muss oberste Priorität haben. Wir brauchen gut ausgebildete junge Leute, um den Fachkräftemangel zu stemmen. Die neue Bundesregierung aber hat das eigenständige Bildungsministerium abgeschafft. Das sendet ein falsches Zeichen, auch und gerade in Richtung der jungen Menschen, die ihre Perspektiven immer mehr schwinden sehen. Für uns als Gewerkschaften heißt das: Wir müssen weiter dicke Bretter bohren. Genauso in der Frauenpolitik, wenn es zum Beispiel darum geht, endlich Equal Pay durchzusetzen. Wir müssen dafür sorgen, dass die EU-Entgelttransparenzrichtlinie endlich in deutsches Recht übersetzt wird. Dann wird sicher nicht alles gut, aber vieles besser.

Immerhin für Gebäude, in denen Bildung stattfindet, soll nach den Investitionsplänen der neuen Regierung deutlich mehr Geld da sein als bisher – etwa, um Schulen zu sanieren. Aber auch beim BAföG sind Verbesserungen angekündigt. Was sagen Sie: echte Fortschritte oder zu kurz gesprungen?

Elke Hannack: Erst mal muss man festhalten, dass fast alle Maßnahmen im bildungspolitischen Bereich unter dem sogenannten Finanzierungsvorbehalt stehen. Wie viel Geld am Ende wohin geht – und ob überhaupt –, wissen wir also noch nicht. Aber wenn das, was im Koalitionsvertrag steht, tatsächlich umgesetzt würde, wäre das schon ein Fortschritt. Bildung war in den vergangenen Jahrzehnten immer strukturell unterfinanziert. Deshalb muss jetzt richtig Geld reinfließen. Und da reicht es bei Weitem nicht, in Beton zu investieren, also Schulen oder Kitagebäude auszubauen und technisch auf den neuesten Stand zu bringen. So wichtig das natürlich ist.

Was wäre aus Ihrer Sicht notwendig?

Elke Hannack: Wir brauchen auch Investitionen in die Köpfe. Der Personalmangel, gerade in Kitas und Schulen, ist enorm – zumal in den nächsten Jahren sehr viele Lehrer*innen in Pension gehen werden. Es funktioniert nicht, dieses Problem mit immer mehr Quereinsteiger*innen lösen zu wollen, die



nach sechs oder acht Wochen Schulung direkt in Brennpunktschulen geschickt werden – und dann häufig nach einem halben Jahr aufgeben. Da müssen studierte Fachkräfte rein. Auch der Rechtsanspruch auf den Ganzttag in der Grundschule wird Jahr für Jahr verschoben, weil einfach kein qualifiziertes Personal da ist. Im Ganzttag geht es nicht nur um Betreuung, sondern auch darum, Kinder zu fördern, sie zu motivieren und zu ermutigen. Dafür braucht man eine pädagogische Ausbildung. Das können, wie manche in der CDU sich das vorstellen, nicht einfach Mütter nebenher machen. Außerdem muss weiter in die digitale Ausstattung der Schulen investiert werden, Stichwort Digitalpakt 2.0. Die Schulen dürfen da nicht weiter hinterherhinken.

Wie steht es um das Thema Bildungsgerechtigkeit? Es ist ja ein seit Jahrzehnten ungelöstes Problem, dass die Bildungschancen in Deutschland

besonders stark vom sozialen Status des Elternhauses abhängen. Trotzdem würden Sie sagen, dass eine vernünftige Ausstattung der Schulen gerade Priorität hat gegenüber einer grundlegenden Schulreform?

Elke Hannack: Eine echte Schulreform ist seit Jahren überfällig. Aber an das Thema traut sich niemand ran. Dabei zeigt doch allein die steigende Zahl der Schüler*innen, die ohne die notwendigen Basiskompetenzen die Schule verlassen, wie unglaublich selektiv dieses System ist. Dass es diejenigen, die schwächer sind, zurücklässt und nicht aufnimmt. Das können wir uns nicht mehr leisten. Gerade in Zeiten des Fachkräftemangels müssen wir jeden jungen Menschen mitnehmen. Wer aber in der Schule nicht gut qualifiziert wird, findet oft auch keinen Ausbildungsplatz. Und wenn man keinen Ausbildungsplatz findet, dann ist ein Leben in prekärer Beschäftigung vorprogrammiert, ohne

Perspektive für das, was wir mal „Aufstieg durch Bildung“ genannt haben. Deshalb brauchen wir dringend mehr Geld für die Schulen, Stichwort Startchancenprogramm, aber auch für Weiterbildung. Auch dazu ist wenig zu lesen im Koalitionsvertrag.

bleiben wir noch einmal bei der großen und wachsenden Zahl von Menschen ohne Berufs- und Schulabschluss. Der DGB hat dazu kürzlich ein Acht-Punkte-Programm vorgelegt. Wer ist jetzt am Zug: Arbeitgeber oder Politik?

Elke Hannack: Beide. Die Arbeitgeber müssen wieder viel mehr Verantwortung für Aus- und Weiterbildung übernehmen. Nur etwas über 19 Prozent aller Betriebe und Unternehmen in Deutschland bilden noch aus. Aber 50 Prozent könnten es. Da ist deutlich Luft nach oben und diese Luft muss gefüllt werden. Arbeitgeber sagen zwar, sie würden für Weiterbildung inzwischen 35 Milliarden Euro im Jahr ausgeben. Wir sehen nur nicht, wo. Hinzu kommt, dass in den Betrieben immer noch das Matthäus-Prinzip herrscht: Wer hat, dem wird gegeben. Wer gut ausgebildet ist, bekommt Weiterbildungen. Und die, die sie eigentlich nötiger brauchen, prekär Beschäftigte, Frauen, Migrant*innen, Menschen mit Behinderung, müssen darum betteln. Da brauchen wir mehr Gerechtigkeit. Deshalb müssen Betriebsräte echte Mitbestimmungsrechte bei Weiterbildungsfragen bekommen. Die Gewerkschaften haben in den vergangenen Jahren Weiterbildungsmentor*innen in den Betrieben ausgebildet, die den Kolleg*innen niedrigschwellig helfen, an eine Weiterqualifizierung zu kommen. Die ihnen Lust darauf machen und Ängste nehmen. Solche Projekte müssen wir in die Regel überführen. Aber am Ende einer Weiterbildung muss auch ein Ziel stehen, eine höhere Position, vielleicht auch mehr Geld. Sonst wird Weiterbildung zur Farce oder zur reinen Anpassungsqualifizierung.

Haben Sie das Gefühl, dass das Thema Weiterbildung – und die Notwendigkeit, hier durch gesetzliche Regelungen für mehr Gerechtigkeit zu sorgen – in der Politik angekommen ist?

Elke Hannack: Das Recht auf Weiterbildung findet sich leider nicht im Koalitionsvertrag wieder. Ebenso wenig die Bildungsteilzeit. Es wird eher wieder zurückgenommen, was die Ampel schon auf den Weg gebracht hatte. Da zeigt sich, dass die Arbeitgeber versuchen, aus dieser neuen Koalition alles für sich herauszuholen, was sie herausholen können. „Bürokratieabbau“ lautet das Schlagwort. Natürlich können bestimmte Prozesse effizienter werden, für die Unternehmen und für die Beschäftigten. Aber Bürokratieabbau darf nicht heißen, dass wichtige Regeln für Arbeitgeber aus dem Weg

geräumt werden, damit sie machen können, was sie wollen. Dann wären wir nicht mehr in der sozialen Marktwirtschaft. Und der Gegensatz zwischen Kapital und Arbeit, den wir für überwunden geglaubt haben, wäre wieder hergestellt. Massiv.

Sie haben beim Thema Ausbildung die Verantwortung der Arbeitgeber betont. Was muss die Politik tun?

Elke Hannack: Die Ampel hat den ersten Schritt gemacht und eine Ausbildungsgarantie eingeführt. Aber das ist eine unechte Garantie, weil sie nur in einigen wenigen Regionen greift, die bei Ausbildungsplätzen besonders schlecht aufgestellt sind. Wir brauchen stattdessen eine echte Ausbildungsgarantie – mindestens so wie in Österreich, wo jeder junge Mensch ohne betrieblichen Ausbildungsplatz wenigstens eine überbetriebliche Ausbildung bekommt. Dafür werden wir kämpfen. Und wir fordern einen Finanzierungsfonds, über den Unternehmen, die nicht ausbilden, Geld zahlen an diejenigen, die das tun. Denn die ausgebildeten jungen Leute wollen sie am Ende ja alle haben. Zwei Bundesländer machen das schon vor. In Bremen wird die Ausbildungsplatzumlage bereits umgesetzt. In Berlin stehen wir kurz davor, weil die Arbeitgeber es nicht geschafft haben, die Vorgaben des Senats zur Schaffung 2000 weiterer Ausbildungsplätze zu erfüllen.

Eine weitere Schwachstelle im Bildungssystem ist der Mangel bei der frühkindlichen Bildung. Es gibt viel zu wenige Kitaplätze und oft ist die Betreuung nicht stabil, wie Untersuchungen unseres WSI zeigen. Das trifft vor allem berufstätige Mütter, die dann meist einspringen. Gleichzeitig heißt es, Frauen sollen mehr im Erwerbsjob arbeiten, um den Fachkräftemangel zu lindern. Wie kommen wir aus diesem Dilemma heraus?

Elke Hannack: Zunächst einmal muss die riesige Lücke zwischen dem Bedarf von Eltern und den zur Verfügung gestellten Kitaplätzen geschlossen werden. Nach einer Studie der Bertelsmann-Stiftung fehlen in Deutschland rund 430 000 Kitaplätze – obwohl es ja einen Rechtsanspruch auf einen Kitaplatz gibt. Die Politik ist gefordert, diesen Rechtsanspruch endlich zu erfüllen. Aber durch die WSI-Untersuchung wissen wir auch: Fast 60 Prozent der erwerbstätigen Eltern, deren Kinder in Kita oder Ganztagschule betreut werden, haben mit Ausfällen, etwa aufgrund von Personalmangel oder Erkrankungen der Erzieher*innen, zu kämpfen. Das bedeutet: Die Arbeitsbedingungen müssen so gestaltet werden, dass sich wieder vermehrt Menschen entscheiden, Erzieher*in zu werden. Derzeit arbeiten viele Erzieher*innen selbst nur in Teilzeit, weil sie der wachsenden Belastung sonst nicht standhalten könnten. Wir brauchen auch eine

generelle Aufwertung des Berufsbilds. Und dazu gehört natürlich eine bessere Bezahlung.

Kitas sind eines von vielen Beispielen dafür, wie wichtig funktionierende öffentliche Dienstleistungen sind. Ein anderes sind ausreichende Planungskapazitäten, damit die jetzt beabsichtigte Investitionsoffensive wirklich gelingt. Und natürlich Gesundheit und Pflege. Schon heute sind zahlreiche Stellen im öffentlichen Dienst unbesetzt, in den nächsten Jahren gehen Hunderttausende von Beschäftigten in den Ruhestand. Was tun, damit die öffentliche Daseinsvorsorge nicht gegen die Wand fährt?

Elke Hannack: Der DGB warnt schon seit Jahren, dass wir einen enormen Fachkräftemangel im öffentlichen Dienst bekommen werden, und zwar in fast allen Bereichen. In den nächsten Jahren gehen die Babyboomer in Rente oder in Pension, das sind im öffentlichen Dienst 1,4 Millionen Menschen. Und schon heute dauert es manchmal bis zu drei Jahre, unbesetzte Stellen wieder zu besetzen. Das hat auch mit den formalen Bewerbungsverfahren zu tun – ein Bereich, wo Bürokratieabbau wirklich mal sinnvoll wäre. Aber vor allem muss der öffentliche Dienst wieder attraktiver werden. Das Argument des sicheren Arbeitsplatzes zieht bei jungen Menschen heute nicht mehr. Sie wollen gute Arbeitsbedingungen und eine gute Work-Life-Balance. Die Bezahlung ist im öffentlichen Dienst dank Tarifbindung zwar noch besser als in vielen

Bereichen des privaten Sektors. Aber wir müssen künftig sehr viel mehr Wert legen auf die Ausgestaltung von Arbeitsbedingungen, vielleicht auch auf partnerschaftliche Arbeitszeitmodelle, die es jungen Menschen ermöglichen, private Sorgearbeit und Erwerbstätigkeit in der Partnerschaft fair aufzuteilen. Solche innovativen Regelungen, die es in der Privatwirtschaft zum Teil schon gibt, werden immer wichtiger.

Kommen wir noch einmal zurück zum Anfang unseres Gesprächs. Die meisten Menschen dürften unterschreiben, dass in den vergangenen Jahren viel mehr Probleme hinzugekommen sind, als gelöst wurden. Und manche davon sind so gravierend, wie man es sich kaum hätte vorstellen können. Sie strahlen trotzdem eine Menge Optimismus aus. Was macht Sie optimistisch?

Elke Hannack: Was die Weltpolitik anbelangt, bin ich leider nicht so optimistisch. Aber was die Entwicklung unserer Gesellschaft in der Bundesrepublik angeht, durchaus. Ich glaube, dass wir wieder dahin kommen können, eine solidarische Gesellschaft zu sein, die Vielfalt akzeptiert und Vielfalt lebt, die tolerant ist, wie sie es eigentlich meist war. Wenn die Politik die Menschen wieder erreicht und die Menschen merken: Die haben verstanden. Dann, glaube ich, wird vieles gut. Da bin ich total optimistisch.

Vielen Dank für das Gespräch!



UNSER ANLIEGEN, UNSERE LEITTHEMEN, UNSERE ARBEIT

Wofür steht die Hans-Böckler-Stiftung?

Wir treten ein für eine demokratische und solidarische Gesellschaft, in der gute, qualifizierte Arbeit die zentrale Wohlstandsquelle, Mitbestimmung das zentrale demokratische Gestaltungsprinzip der sozialen Marktwirtschaft und Gerechtigkeit das wesentliche gesellschaftliche Fundament ist. Diese Aspekte sind nach unserer Überzeugung zentrale Faktoren für eine gelingende sozial-ökologische Transformation.

Konkret verfolgen wir vier Leitthemen:

- Gute Arbeit und Qualifizierung fördern,
- Wirtschaft sozial und ökologisch nachhaltig gestalten,
- Demokratie und Mitbestimmung in der Wirtschafts- und Arbeitswelt stärken und
- für eine sozial gerechte Gesellschaft eintreten.

Die Transformation demokratisch, sozial und nachhaltig zu gestalten, ist das große Querschnittsthema, das wir in diesem Jahrzehnt verfolgen und auf das wir unsere Kräfte konzentrieren. Dabei gehen wir aktuell neue Wege mit dem „Hub: Transformation gestalten“ und einer speziellen Förderlinie zur Transformation. Noch stärker als bisher schon bringen wir wissenschaftliche Expertise und gute Praxis zusammen – betrieblich, regional, lösungsorientiert.

DIE HANS-BÖCKLER-STIFTUNG

Wer fördert die Hans-Böckler-Stiftung?

Das Fundament der Hans-Böckler-Stiftung bilden die Förderinnen und Förderer. Mit ihren regelmäßigen Zuwendungen ermöglichen sie unsere Arbeit. Fast 7 000 Menschen gehören zu diesem Kreis: Arbeitnehmervertreter*innen in Aufsichtsräten, die den Großteil ihrer Vergütungen an uns abführen, aber auch Einzelpersonen und Institutionen.

Was macht die Hans-Böckler-Stiftung?

Die Hans-Böckler-Stiftung unterstützt junge Menschen mit Stipendien bei Studium und Promotion und schafft mit ihren vier Instituten sowie der Forschungsförderung Wissen in Form von Publikationen, Expertisen und Veranstaltungen. Sie überführt daraus resultierende Erkenntnisse in Handlungs- und Orientierungswissen für gesellschaftliche und wissenschaftliche Diskurse.

Institut für Mitbestimmung und Unternehmensführung (I.M.U.)

Um Praktiker*innen der Mitbestimmung bei ihrer Arbeit zu unterstützen, beraten die Expert*innen des Instituts für Mitbestimmung und Unternehmensführung der Hans-Böckler-Stiftung. Das Portal www.mitbestimmung.de bietet speziell für diese Zielgruppe aufbereitete Informationen an. Zudem gibt das Institut Veröffentlichungen (zum Beispiel „Praxiswissen Betriebsvereinbarungen“, Mitbestimmungsreports) heraus.

Wirtschafts- und Sozialwissenschaftliches Institut (WSI)

Das WSI der Hans-Böckler-Stiftung forscht zu Arbeits- und Lebenswelt, Transformation der Arbeit, sozialer Ungleichheit und sozialen Risiken sowie dem Europäischen Sozialmodell. Das WSI-Tarifarchiv bietet umfangreiche Dokumentationen und fundierte Auswertungen zu allen Aspekten der Tarifpolitik.

Institut für Makroökonomie und Konjunkturforschung (IMK)

Das IMK der Hans-Böckler-Stiftung erforscht gesamtwirtschaftliche Zusammenhänge und berät zu wirtschaftspolitischen Fragen. Daneben stellt das IMK regelmäßig Konjunkturprognosen vor. Ein besonderer Schwerpunkt des IMK ist die Zusammenarbeit mit dem Netzwerk Plurale Ökonomik.

Hugo Sinzheimer Institut für Arbeits- und Sozialrecht (HSI)

Das HSI widmet sich der nationalen und internationalen Forschung zum Arbeits- und Sozialrecht. Zu seinen Themen gehören unter anderem

Fragen des IT-Arbeitsrechts, des Tarif- und Arbeitskampfrechts sowie der Mitbestimmung und des europäischen Arbeitsrechts in Form der Rechtsprechung des Europäischen Gerichtshofs. An seinen Studien sind Jurist*innen, Sozialwissenschaftler*innen wie auch Mitbestimmungspraktiker*innen beteiligt.

Forschungsförderung

Die Forschungsförderung der Hans-Böckler-Stiftung unterstützt jedes Jahr zahlreiche wissenschaftliche Forschungsvorhaben an Hochschulen und externen Forschungseinrichtungen. Ziel ist es, mit den daraus resultierenden Forschungsergebnissen innovative Gestaltungsimpulse zu setzen und Orientierungswissen schnell und kompakt zur Verfügung zu stellen.

Die Arbeit der Forschungsförderung trägt ferner dazu bei, eine neue Generation von Wissenschaftler*innen zu fördern, die sich einer qualitativ hochwertigen Forschung und einer Arbeitnehmer*innen-orientierten Perspektive gleichermaßen verpflichtet fühlen.

Studienförderung

Als eines der großen Begabtenförderungswerke der Bundesrepublik Deutschland trägt die Stiftung dazu bei, soziale Ungleichheit im Bildungswesen zu überwinden. Sie fördert gewerkschaftlich und gesellschaftspolitisch engagierte Studierende und Promovierende mit Stipendien, Bildungsangeboten und der Vermittlung von Praktika. Insbesondere unterstützt sie Absolvent*innen des zweiten und dritten Bildungsweges.

Wo kann ich mehr über die Arbeit der Hans-Böckler-Stiftung erfahren?

Zentrale wissenschaftliche Publikationsreihen der Stiftung und ihrer Institute sind Reports, Studies, Policy Briefs und Kommentare. Ein pointiertes Editorial leitet jede Ausgabe unseres Newsletters „HANS.“ ein. Er informiert alle 14 Tage über die wesentlichen Aktivitäten, Ergebnisse und Termine der Stiftung. Mit dem ebenfalls 14-täglich erscheinenden „Böckler Impuls“ begleitet die Stiftung aktuelle Debatten zu den Themen Arbeit, Mitbestimmung, Soziales und Wirtschaft. Das Magazin „Mitbestimmung“, das alle zwei Monate als gedrucktes Heft erscheint, und die „WSI-Mitteilungen“ informieren über Themen aus Arbeitswelt und Wissenschaft. Mit diesen Medien, der Webseite www.boeckler.de, dem Podcast „Systemrelevant“ und ihren [Social-Media-Kanälen](#) bietet die Stiftung einen schnellen Zugang zu ihren Publikationen, Veranstaltungen, Themenexpert*innen, Beratungsangeboten und Forschungsergebnissen.



Hier können Sie den „HANS.“ sowie unsere anderen Newsletter bestellen.

HÖHEPUNKTE UNSERER ARBEIT IM JAHR 2024

Expertisen, Analysen, Beratung für die betriebliche Praxis, materielle und ideelle Förderung: Das Leistungs- und Tätigkeitsspektrum der Hans-Böckler-Stiftung ist vielseitig. Handlungs- und Orientierungswissen auf der Grundlage wissenschaftlicher Forschung zu erarbeiten, ist nur die eine Seite der Medaille. Wir sprechen auch über die gewonnenen Erkenntnisse, diskutieren sie mit anderen Akteur*innen und tragen sie in den politischen Raum – das ist die andere Seite der Medaille. Die Hans-Böckler-Stiftung organisiert dafür Fachtagungen, Seminare und Workshops, Konferenzen und Foren. Ihnen alle Veranstaltungen vorzustellen, würde den Rahmen unseres Jahresberichts sprengen. Auf den folgenden Seiten wollen wir daher einen ersten Eindruck geben.



Hier können Sie einen Blick auf die aktuellen Veranstaltungen der Hans-Böckler-Stiftung werfen.

Neujahrsempfang
Digital, divers und demokratisch in die Zukunft
23.01.2024, Berlin



14. Hans-Böckler-Forum zum Arbeits- und Sozialrecht
22.02. – 23.02.2024, Berlin



Besser geht's mit.bestimmt 2024
20.03. – 21.03.2024, Brüssel

75 Jahre Tarifvertragsgesetz
Grundpfeiler der Arbeitsbeziehungen vor neuen Herausforderungen
23.04.2024, Berlin



IMK Forum 2024
Wie weiter mit der Schuldenbremse? Finanzpolitische Reform- und Handlungsoptionen
16.05.2024, Berlin



LABOR.A® 2024
FILL_THE_GAP!
19.09.2024, Berlin



FMM Conference 2024
Progressive Perspectives in Times of Polycrisis
24.10. – 26.10.2024, Berlin



Böckler Konferenz für Aufsichtsräte 2024
Mitbestimmte Unternehmen – starke Demokratie
12.06. – 13.06.2024, Berlin

Vollkonferenz Engere Mitarbeiter*innen Stahl
Wirtschaft – Demokratie – Gute Arbeit:
60 Jahre mitbestimmtes Personalmanagement in der Stahlindustrie
27.06. – 28.06.2024, Hattingen



Hugo Sinzheimer Preis
Sinzheimer-Vorlesung und Verleihung des Hugo Sinzheimer Preises 2024
31.10.2024, Frankfurt am Main

WSI-Herbstforum 2024
Verteilungskonflikte: Herausforderung für die Demokratie
13.11. – 14.11.2024, Berlin

UNSERE STIFTUNGS- AKTIVITÄTEN 2024 NACH LEITTHEMEN

Gute Arbeit und Qualifizierung fördern.

Gute Arbeit und Bildung sind die zentrale Wohlstandsquelle und die Grundlage einer sozial gerechten Gesellschaft sowie einer nachhaltigen Wirtschaft.

Wirtschaft sozial und ökologisch nachhaltig gestalten.

Eine soziale Marktwirtschaft beruht auf Eingriffen in das Marktgeschehen, die das Ziel haben, Stabilität und Sicherheit für die Bevölkerung zu erzielen.

**Demokratie und Mitbestimmung in der
Wirtschafts- und Arbeitswelt stärken.**

Mitbestimmung ist das zentrale Gestaltungsinstrument einer demokratischen Wirtschaft und Arbeitswelt.

Für eine sozial gerechte Gesellschaft eintreten.

Solidarität, Ausgleich sozialer Interessen, faire Verteilung von Chancen, Risiken, Ressourcen und Restriktionen sowie gutes Regieren sind wesentliche Voraussetzungen für eine sozial gerechte Gesellschaft.

Und als Querschnittsthema:**Transformation demokratisch, sozial und nachhaltig gestalten.**

Arbeitswelt, Wirtschaft und Gesellschaft innovativ denken, Wandel gestalten. Demokratisch, mitbestimmt, fair.

GUTE ARBEIT UND
QUALIFIZIERUNG FÖRDERN

Wie Tarifverträge und Gute Arbeit auch die
Demokratie schützen

Die Wahlerfolge rechtspopulistischer und rechts-extremer Parteien bei der Europawahl, bei den Landtagswahlen 2024 sowie bei der Bundestagswahl haben es noch einmal überdeutlich gemacht: Der Rechtsdrall in Deutschland und Europa ist eine Gefahr für die Demokratie. Nach einer WSI-Studie, für die rund 15 000 Erwerbstätige und Arbeitsuchende in zehn EU-Ländern befragt wurden und die auch auf Englisch vorliegt, wird diese Entwicklung von schlechten Arbeitsbedingungen befördert. Wer mit Niedriglöhnen, mangelnder Mitsprache und fehlender Wertschätzung am Arbeitsplatz zu kämpfen hat, ist gegenüber der Demokratie und gegenüber Zugewanderten überdurchschnittlich oft negativ eingestellt. Zudem fühlen sich die Menschen stärker von der Transformation von Wirtschaft und Arbeitswelt bedroht. Bessere Arbeitsbedingungen korrelieren hingegen mit positiveren Einstellungen zur Demokratie und einem höheren Vertrauen in deren Institutionen. Dies gilt auch für das Vertrauen in die Europäische Union.

In der Debatte um Strategien gegen rechts muss die Schaffung Guter Arbeit deshalb stärker in den Vordergrund gerückt werden. „Für die meisten Menschen ist Erwerbsarbeit die wesentliche Grundlage ihrer materiellen Absicherung, und zwar sowohl im Hinblick auf die Entlohnung als auch auf die soziale Absicherung im Falle von Erwerbsunfähigkeit oder im Alter“, erklärt WSI-Direktorin Prof. Dr. Bettina Kohlrausch in einer Analyse. „Darüber hinaus ist Erwerbsarbeit eine wichtige Ressource sozialer Anerkennung.“ Beide Aspekte

spielten eine Rolle bei Sympathien für die AfD: Menschen, denen ihre Arbeit langfristig ein sicheres und ausreichendes Einkommen garantiert, machten seltener ihr Kreuz bei der Rechtsaußenpartei. Dasselbe gelte für Beschäftigte, die Solidarität und demokratische Beteiligung am Arbeitsplatz erleben. Auch für den Kampf gegen den Rechtsruck, so die Soziologin, sei es darum elementar, Tarifbindung und betriebliche Mitbestimmung zu stärken.

In Deutschland arbeiteten 2023 laut einer Untersuchung der WSI-Tarifexperten Dr. Malte Lübker und Prof. Dr. Thorsten Schulten nur noch 49 Prozent der Beschäftigten in einem tarifgebundenen Betrieb. Das in der EU-Mindestlohnrichtlinie verankerte Ziel von mindestens 80 Prozent wurde damit weiterhin massiv unterschritten. Die Studie belegte auch, dass die Arbeitsbedingungen mit Tarifvertrag deutlich besser sind: In tariflosen Betrieben arbeiten Vollzeitbeschäftigte im Mittel wöchentlich 53 Minuten länger und verdienen trotzdem gut zehn Prozent weniger als Beschäftigte in vergleichbaren Betrieben mit Tarifbindung. Über das Jahr gesehen entspricht dies für Beschäftigte ohne Tarifvertrag gut einer zusätzlichen Arbeitswoche, wobei ihnen auf dem Konto gleichzeitig mehr als ein volles Monatsgehalt fehlt.

Erneut stärker als die Löhne stiegen 2023/24 die tarifvertraglichen Ausbildungsvergütungen, wie eine Auswertung des WSI-Tarifarchivs zeigte. „Tarifbranchen, in denen weniger als 1 000 Euro im Monat gezahlt wird, werden angesichts des bestehenden Fachkräftemangels immer weniger“, berichtete WSI-Experte Schulten. Je nach Branche, Region und Ausbildungsjahr gibt es allerdings sehr große Differenzen. Die Spannweite reicht von 710 Euro pro Monat im Friseurhandwerk von

Nordrhein-Westfalen im ersten Ausbildungsjahr bis zu 1 650 Euro im westdeutschen Bauhauptgewerbe, mit denen Auszubildende im vierten Ausbildungsjahr vergütet werden. In elf von 20 untersuchten Branchen bestehen zudem nach wie vor Unterschiede zwischen Ost und West.

Wie sich der vor zehn Jahren eingeführte Mindestlohn auf die Einkommen ausgewirkt hat, untersuchte ein WSI Policy Brief von Dr. Toralf Pusch. Der Ökonom berechnete dabei erstmals Mindestlohneffekte sowohl für das individuelle Lohneinkommen als auch für das bedarfsgewichtete Brutto- und Haushaltsnettoeinkommen. Ergebnis: Die individuellen Einkommen von Geringverdienenden wuchsen zwischen 2013 und 2018 in Ostdeutschland um gut 21 Prozent, in Westdeutschland um rund zwölf Prozent. Bei den Haushaltseinkommen konnte der WSI-Experte deutliche mindestlohnbedingte Steigerungen sogar bis in die Mitte der Einkommensverteilung feststellen. Hinweise auf Einkommenseinbußen, weil Jobs wegen des Mindestlohns verloren gegangen sein oder Arbeitgeber die Stundenzahl reduziert haben könnten, fanden sich dagegen nicht.

Das Arbeitszeitgesetz darf nicht aufgeweicht
werden

Es ist ein alter Wunsch von Arbeitgeberverbänden: Der Achtstundentag soll gekippt werden. Mal wird die Forderung, die Obergrenze für die tägliche Arbeitszeit aus dem deutschen Arbeitszeitgesetz zu streichen, mit Bedürfnissen der Wirtschaft, mal mit vermeintlichen Flexibilisierungswünschen der Beschäftigten begründet. Im Sommer 2024 fand dieses Ansinnen Eingang in die „Wachstumsinitiative“ der Bundesregierung, bereits zuvor hatte die Unionsfraktion einen entsprechenden Antrag im Bundestag gestellt – und auch in den Koalitionsverhandlungen zwischen Union und SPD kam es wieder auf. Warum der diskutierte Eingriff in Beschäftigtenrechte der falsche Weg ist, erklärte HSI-Expertin Dr. Amélie Sutterer-Kipping in einer Stellungnahme für den Bundestagsausschuss für Arbeit und Soziales.

„Eine Öffnung des Arbeitszeitgesetzes hält das Hugo Sinzheimer Institut sowohl aus arbeitsrechtlicher als auch aus empirischer Sicht für nicht verantwortbar und für nicht erforderlich“, schrieb die Juristin. „Die bestehenden Gestaltungsspielräume sind ausreichend, um weitgehende und nötige Flexibilität für beide Seiten des Arbeitsverhältnisses zu gewährleisten.“ Bereits heute kann die werktägliche Arbeitszeit auf bis zu zehn Stunden verlängert werden, wenn innerhalb von sechs Kalendermonaten im Durchschnitt acht Stunden Arbeitszeit werktäglich nicht überschritten werden. Außerdem sind weitere Abweichungen vom Arbeitszeitgesetz durch Tarifvertrag oder Betriebsvereinbarungen möglich.

Auch der Gesundheitsschutz spreche gegen eine Abschaffung des Achtstundentags, so Sutterer-Kipping: „Arbeitswissenschaftliche und arbeitsmedizinische Erkenntnisse belegen, dass Arbeitszeiten von mehr als zehn Stunden täglich bzw. mehr als 40 bis 48 Stunden pro Woche mit gesundheitlichen Beeinträchtigungen einhergehen.“ Und dem angeblichen Ziel, für eine bessere Vereinbarkeit von Beruf und Familie zu sorgen, stünden die Pläne sogar „diametral entgegen“: Wegen der fehlenden Planbarkeit und Vorhersehbarkeit der Arbeitszeit drohe ein Rückgang der Frauenerwerbsarbeit. Sinnvollere Maßnahmen wären stattdessen ein Ausbau der Brückenteilzeit, eine Stärkung der institutionellen Kinderbetreuung sowie eine Umsetzung der gesetzlichen Pflicht zur Arbeitszeiterfassung.

Von den Verfechter*innen einer Aufweichung des Arbeitszeitgesetzes wird behauptet, dass viele Beschäftigte sich nach dem Zubettbringen der Kinder oder der Versorgung pflegebedürftiger Angehöriger gerne noch einmal an den Schreibtisch setzen möchten. Doch das Gegenteil ist der Fall. Das belegen Umfragen ebenso wie die wachsende Nutzung von gesetzlichen, tariflichen oder betrieblichen Rechten zur temporären Arbeitszeitreduzierung, vom Elterngeld bis zur tarifvertraglichen Wahlmöglichkeit zwischen Freizeit und Geld. Wie in den Betrieben mit den Herausforderungen umgegangen wird, die sich aus diesen lebensphasenorientierten Freistellungsoptionen ergeben, untersucht ein von der Hans-Böckler-Stiftung gefördertes Forschungsprojekt des Instituts Arbeit und Qualifikation (IAQ) der Universität Duisburg-Essen.

Erste Befunde machen deutlich: Es ist noch viel zu tun. In den Betrieben sei „erstaunlich wenig“ über die aktuelle und zu erwartende Nutzung von Zeitrechten bekannt, schrieb Projektleiterin Dr. Angelika Kümmerling 2024 in einem Sammelband der Evangelischen Akademie Loccum. Mangels einer längerfristigen, systematischen Planung mit Daten der „Betriebsdemografie“ werde die Kompensation der Arbeitszeitreduzierungen oft ad hoc organisiert. Das berge die Gefahr einer zunehmenden Arbeitsverdichtung für die anderen Beschäftigten. „Damit die Rechte der einen nicht zu mehr Druck für die anderen führen, müssen Betriebe umdenken.“

Hohe Krankenstände sind kein Indiz für
sinkende Leistungsbereitschaft

Eine besonders aufgeregte öffentliche Debatte wurde 2024 um die steigende Zahl erfasster Krankschreibungen geführt. Von einer Gefahr für die wirtschaftliche Leistungsfähigkeit des Landes war die Rede, von mangelnder Leistungsbereitschaft

Mitsprache schützt das politische Klima

Demokratische Teilhabe am Arbeitsplatz geht in europäischen Ländern* einher mit ...



*Belgien, Dänemark, Deutschland, Frankreich, Italien, Niederlande, Polen, Schweden, Ungarn; Quelle: WSI 2024.



der Arbeitnehmer*innen, von einem Trend zum Blaumachen. Bei Tesla in Grünheide machten Vorgesetzte unangekündigte Hausbesuche bei krankgeschriebenen Beschäftigten. Der Chef des Versicherungskonzerns Allianz forderte schließlich sogar, die Lohnfortzahlung für den ersten Krankheitstag zu streichen. Zur Versachlichung der Auseinandersetzung trug eine WSI-Studie von Dr. Elke Ahlers bei. Die Expertin für Arbeit und Gesundheit analysierte, was die tatsächlichen Gründe für die ungewöhnlich hohen Krankenstände sind.

Neben mehr schwereren Atemwegserkrankungen spielen demnach belastende Arbeitsbedingungen, Personalmangel, zu wenig betriebliche Prävention, Probleme in der sozialen Infrastruktur, etwa bei der Kinderbetreuung, sowie die wachsende Zahl älterer Beschäftigter eine wichtige Rolle. In manchen Branchen mag zudem die Angst, den Job zu verlieren, wegen des Fachkräfteengpasses nicht mehr so verbreitet sein wie früher. Auch wenn Studien zeigen, dass viele Beschäftigte regelmäßig krank zur Arbeit gehen, statt sich auszukurieren, unter anderem weil sie sich für ihre Arbeit verantwortlich fühlen und Kolleg*innen nicht im Stich lassen wollen. Stärker dürfte sich laut Ahlers aber auswirken, dass sich erschöpfende Arbeitsbedingungen, bedingt durch Personalengpässe, immer mehr ausbreiten.

„Nur wenn man die strukturellen betrieblichen und sozialen Ursachen kennt und ernst nimmt, kann man wirksam etwas gegen hohe Krankenstände tun“, betont die WSI-Forscherin. Prävention und insbesondere der konsequente Einsatz von Gefährdungsbeurteilungen – sowie wirksame Schlussfolgerungen daraus – seien dabei zentral. Als weiteren, zum Zeitpunkt der Analyse häufig übersehenen Faktor für die höheren erfassten Fehlzeiten nennt Ahlers das geänderte digitalisierte Verfahren bei der Weiterleitung von Krankmeldungen an die

Krankenkassen. Die Statistik bilde die tatsächlichen Krankenstände also schlicht realistischer ab.

Von Digitalisierung bis Rassismus: Diskussion über arbeitsrechtliche Herausforderungen

Wie können Beschäftigtenrechte auch im digitalen Zeitalter gewahrt bleiben? Welche rechtlichen Hebel gäbe es, um die Tarifautonomie zu stärken? Vor welchen Herausforderungen steht die Betriebsverfassung angesichts von digitaler und sozial-ökologischer Transformation? Und wie wichtig ist transnationales Recht, sei es bei der Regulierung von Lieferketten, sei es beim Ringen um eine familiengerechte Arbeitsorganisation? Das waren nur einige der drängenden Fragen, die mehr als 500 Fachleute aus Justiz, Wissenschaft, Gewerkschaften, Betrieben und Politik beim 14. Hans-Böckler-Forum zum Arbeits- und Sozialrecht am 22. und 23. Februar 2024 in Berlin diskutierten.

Mit Verfassungsrichterin Dr. Miriam Meßling, der Präsidentin des Bundesarbeitsgerichts, Inken Gallner, und dem scheidenden Präsidenten des Bundessozialgerichts, Prof. Dr. Rainer Schlegel, waren gleich drei der höchsten deutschen Gerichte prominent vertreten. Beim Abschlusspodium zur Frage „Wie kann eine demokratische und gerechte Transformation gelingen?“ plädierte Prof. Dr. Jutta Allmendinger, Präsidentin des Wissenschaftszentrums Berlin für Sozialforschung (WZB), wie die IG-Metall-Vorsitzende Christiane Benner für eine Stärkung der Mitbestimmung: „Zu Eigentümerverantwortung gehört Mitbestimmung. Das eine geht nicht ohne das andere.“

Aber auch um ein in der arbeitsrechtlichen Debatte eher selten verhandeltes Thema ging es: Rassismus. Noa K. Ha, wissenschaftliche Geschäftsfüh-

rerin des Deutschen Zentrums für Integrations- und Migrationsforschung (DeZIM), lieferte empirische Daten zur ökonomischen Benachteiligung von Schwarzen, von asiatischen und muslimischen Menschen in Deutschland. So liege das Haushaltseinkommen muslimischer Männer um durchschnittlich 1 164 Euro unter dem nicht rassifizierter Männer. „Wie groß die Unterschiede sind, hat auch uns überrascht.“

Der Kampf für Gute Arbeit wird nicht erst seit heute geführt

Ein besonderes Netzwerk mit langer Tradition konnte im vergangenen Jahr sein 60-jähriges Jubiläum feiern: Die „Arbeitsgemeinschaft Engere Mitarbeiter*innen der Arbeitsdirektor*innen Stahl“, so der heutige Name, wirkt seit 1964 als Ideenschmiede für ein humanes, fortschrittliches Personalmanagement – verkörpert in Person der Arbeitsdirektor*innen, die mit dem Vertrauen der Beschäftigten für die Belegschaft und das Unternehmen gleichermaßen da sein sollten. „Heute geht es legerer und diverser zu, aber manches ändert sich auch nicht“, sagte Jan-Paul Giertz, I.M.U.-Experte für Personalmanagement und Vertreter der Hans-Böckler-Stiftung in der Arbeitsgemeinschaft, als sich das Netzwerk am 27. und 28. Juni 2024 in der Hattinger Henrichshütte zur Jubiläumskonferenz traf.

Zu diesen Kontinuitäten gehöre der hohe soziale Anspruch der mitbestimmten Personalarbeit, ebenso wie die personalpolitischen Herausforderungen einer stark schwankenden Ertragssituation im Konjunkturzyklus. Aktuell ist der Veränderungsdruck wegen der klimapolitisch geforderten Umstellung auf CO₂-frei hergestellten grünen Stahl enorm, die Unsicherheit in den Belegschaften entsprechend groß. Im Mittelpunkt der Konferenz stand deshalb die Forderung, die modernsten Stahlwerke der Welt mit kluger Industriepolitik am Standort zu halten, auch wenn das nach der reinen Marktlogik kurzfristig sehr schwierig wäre.

Wer die Zukunft gestalten will, sollte die Vergangenheit kennen. Mit dem Referat „Gewerkschaftliche Erinnerungskulturen“ will die Hans-Böckler-Stiftung die Erinnerung an gewerkschaftliche Erfolge wieder stärker ins öffentliche Bewusstsein holen und für die Gegenwart fruchtbar machen. So ging im vergangenen Jahr die neu konzipierte Internetseite www.gewerkschaftsgeschichte.de an den Start, mit vielen Informationen zu Themen, Epochen und Personen, mit Statistiken, einem Abkürzungsverzeichnis, Antworten auf „seltene Fragen“ – und sogar Quizspielen.

Unter dem Titel „Geschichte wird gemacht“ wurde zudem eine neue Podcast-Reihe gestartet: „Wir

zeigen, wie Gewerkschaften als tragende Säule der Demokratie bessere Arbeits- und Lebensbedingungen für alle erkämpft haben, wie wir heute davon profitieren – aber auch, wo noch Luft nach oben ist“, sagt Referatsleiter Dieter Pougin. Und mit Blick auf den 150. Geburtstag von Hans Böckler im Jahr 2025 entstand ein kurzer dokumentarischer Spiefilm. In neun Minuten wird nachgezeichnet, wie sich der erste DGB-Vorsitzende 1951 mit Bundeskanzler Konrad Adenauer auf die Montanmitbestimmung einigte.

Die Geschichte der Gewerkschaften und der Mitbestimmung wurde indes keineswegs nur von Männern geprägt. Den bislang noch viel zu wenig beachteten Pionierinnen in Betriebsräten, Gewerkschaften und Politik hat sich der Historiker Uwe Fuhrmann in einem Band der HSI-Schriftenreihe gewidmet. Am 25. April 2024 stellte er seine Recherchen zusammen mit HSI-Direktor Dr. Ernesto Klengel im Podcast „Systemrelevant“ der Hans-Böckler-Stiftung vor. „Arbeit von Frauen wurde generell geringgeschätzt und als unwichtig erachtet, entsprechende Unterlagen wurden selten aufbewahrt“, erklärt Fuhrmann. Obwohl es in der Weimarer Republik mehrere tausend Betriebsrätinnen gab und Frauen auch zuvor im Kaiserreich schon erfolgreiche Kämpfe führten, sei die Quellenlage äußerst dünn. Das Buch erzählt exemplarisch die Biografien von neun gewerkschaftlich engagierten Frauen jener Zeit – etwa Paula Thiede, die als erste Frau hauptamtlich eine landesweite Gewerkschaft führte, oder die Betriebsrätin, Frauenrechtlerin und spätere Widerstandskämpferin gegen den Nationalsozialismus Hilde Radusch.



WIRTSCHAFT SOZIAL UND ÖKOLOGISCH
NACHHALTIG GESTALTEN

Warum die Industrie in Deutschland gestärkt werden muss

Krise der Automobilindustrie, Pläne für Chip- und Batteriefabriken, die trotz staatlicher Milliardensubventionen auf Eis gelegt wurden, stagnierendes Wachstum: An Negativschlagzeilen über die deutsche Wirtschaft herrschte 2024 kein Mangel. Wie ernst ist die Lage? Und worauf kommt es an, um den Wirtschaftsstandort Deutschland erfolgreich aus den multiplen Krisen der Gegenwart herausmanövrieren zu können? Bei der Böckler Konferenz für Aufsichtsräte, zu der Hans-Böckler-Stiftung und DGB am 12. und 13. Juni 2024 nach Berlin geladen hatten, diskutierten darüber der New Yorker Wirtschaftshistoriker Adam Tooze und die DGB-Vorsitzende Yasmin Fahimi.

Deutschland und Europa sollten gar nicht erst versuchen, China als Lieferanten von Technik für die Energiewende und die USA als Tech-Vorreiter

einzuholen, befand der Professor von der Columbia University und warb für eine „kluge und taktische Anpassung“. Sogar eine „relative Deindustrialisierung“ wäre hinnehmbar, im Sinne einer Konzentration auf Nischenstrategien und auf die Verknüpfung von Industrieprodukten mit hochwertigen Dienstleistungen. Fahimi widersprach: „Unsere industrielle Basis ist eine so große Stärke, dass wir uns davon nicht verabschieden dürfen.“ Es gehe darum, neue Industriearbeitsplätze zu schaffen, bevor die alten verschwinden. Zumal im industriellen Sektor große Potenziale lägen, die Mitbestimmung nach vorne zu bringen – und damit auch die Demokratie in Deutschland zu stärken. „Es gibt nur einen Weg nach vorne“, sagte die DGB-Vorsitzende. „Wir brauchen mehr soziale Absicherung, mehr Europa und eine klare Fokussierung auf die Aufgabe der Transformation.“

Zu der Konferenz unter dem Titel „Mitbestimmte Unternehmen – starke Demokratie“ waren rund 230 Arbeitnehmervertreter*innen in Aufsichtsräten nach Berlin gekommen, noch einmal genauso viele Menschen verfolgten die hochkarätig besetzte Veranstaltung online. Mit Christiane Benner, Erste Vorsitzende der IG Metall, dem Vorsitzenden der IGBCE Michael Vassiliadis sowie ver.di-Bundesvize Andrea Kocsis saßen am Ende des ersten Tags die Spitzen aller drei großen Einzelgewerkschaften gemeinsam auf dem Podium. „Wir müssen aus der Transformation ein Versprechen auf Zukunft machen“, betonte Vassiliadis. Und Benner erklärte: „Die beste Erzählung gegen rechts ist es, wenn wir den Menschen zeigen, wie stark wir sind in diesem Land.“ Allen Untergangserzählungen zum Trotz: Deutschland habe alles, was es für die grüne Transformation brauche.

Deutschland braucht Milliardeninvestitionen – und eine Reform der Schuldenbremse

In ihren Koalitionsverhandlungen haben sich Union und SPD auf umfangreiche kreditfinanzierte Investitionsprogramme geeinigt. Forscher*innen des IMK haben seit langem für mehr Spielraum bei öffentlichen Investitionen argumentiert. Klimaschutz und Klimaanpassung, Energie- und Verkehrswende, Digitalisierung und Bildungsinfrastruktur: Um Deutschland zukunftsfest zu machen, muss der Staat binnen zehn Jahren rund 600 Milliarden Euro zusätzlich investieren. Zu diesem Ergebnis kamen Ökonom*innen des IMK und des Instituts der deutschen Wirtschaft (IW) in einer gemeinsamen Studie, mit der sie Berechnungen aus dem Jahr 2019 aktualisierten. Damals hatten die Forschenden den öffentlichen Investitionsbedarf mit 460 Milliarden Euro beziffert. Seither habe sich die Dringlichkeit noch einmal deutlich verschärft. „Die Stärkung des Wachstumspotenzials ist eine zentrale Voraussetzung, nicht nur, um die Stagnation zu überwinden,

sondern auch, um die anstehenden gesellschaftlichen Aufgaben einigermaßen spannungsfrei bewältigen zu können“, heißt es in der Untersuchung von Prof. Dr. Sebastian Dullien und Dr. Katja Rietzler (IMK) sowie Prof. Dr. Michael Hüther und Dr. Simon Gerards Iglesias (IW).

Allein 200 Milliarden Euro veranschlagen die Fachleute für den Klimaschutz, insbesondere für die energetische Gebäudesanierung, aber auch für den Ausbau von Strom-, Wasserstoff- und Wärmenetzen und für erneuerbare Energien. Mit 177 Milliarden Euro soll der Investitionsstau bei Städten und Gemeinden aufgelöst werden, rund 127 Milliarden Euro seien für ÖPNV, Schienennetz und Fernstraßensanierung nötig. Eine derartige Investitionsoffensive würde wirtschaftliche Vorteile über Jahrzehnte bringen – etwa weil eine höhere Produktivität durch bessere Bildung und effektivere Technik die geringere Anzahl an Arbeitskräften in einer alternden Gesellschaft teilweise ausgleichen kann.

Im Verhältnis zur deutschen Wirtschaftsleistung sei der zusätzliche Finanzbedarf von jährlich rund 60 Milliarden Euro oder rund 1,4 Prozent des jährlichen Bruttoinlandsprodukts (BIP) „eine überschaubare Größenordnung“, erklären die Wissenschaftler*innen. Dennoch sei eine Finanzierung über Kredite unumgänglich – und auch sinnvoll, da künftige Generationen von den Investitionen profitieren. Die Regelungen zur Schuldenbremse sollten deshalb so schnell wie möglich modifiziert werden. Neben der Einführung einer „Goldenen Regel“, die Investitionen von der Begrenzung der Neuverschuldung ausnimmt, sei dabei auch ein großvolumiger Infrastrukturfonds nach dem Modell etwa des Sondervermögens für die Bundeswehr denkbar.

Unter dem Titel „Wie weiter mit der Schuldenbremse?“ trafen sich am 16. Mai 2024 rund 200 Teilnehmer*innen zum 18. IMK-Forum im Französischen Dom in Berlin. Zu den Referent*innen, die Wege zur Reform der Schuldenbremse vorschlugen, gehörten die DGB-Vorsitzende

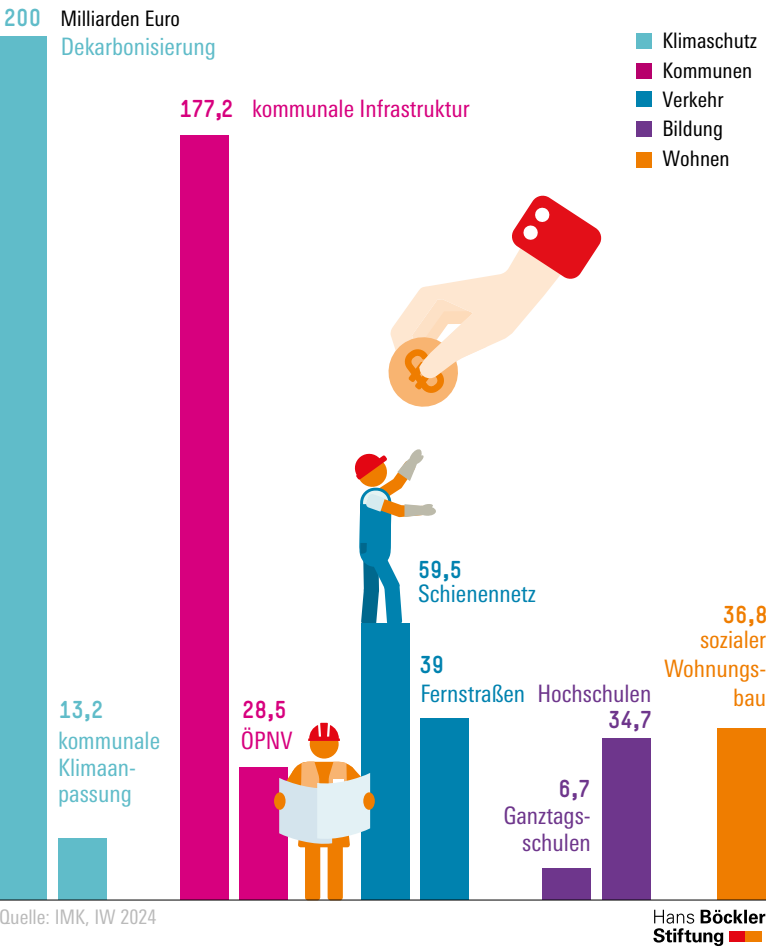
Yasmin Fahimi, der saarländische Finanzminister Jakob von Weizsäcker (SPD), die IMK-Expertin Dr. Katja Rietzler und Jeromin Zettelmeyer, Direktor des Forschungsinstituts Bruegel (Brüssel). Am deutlichsten aber wurde Prof. Dr. Achim Truger, Universität Duisburg-Essen und Mitglied im Sachverständigenrat für Wirtschaft. Richtig sei die Schuldenbremse noch nie gewesen, ihr Funktionieren ein „Schönwettererfolg“, sagte der Wirtschaftsweisen. „Es ist ja kein Wunder, dass es super läuft, wenn die Wirtschaft brummt und gar keine Schulden aufgenommen werden müssen.“ Truger bemängelte zudem eine „Engführung“ der Debatte: Es gehe zu wenig darum, wie der Staat mehr Einnahmen generieren könne – etwa durch Erbschafts- und Vermögenssteuer oder einen Energie-Soli.

Behindert werden öffentliche Investitionen indes nicht nur durch die Schuldenbremse im Grundgesetz, sondern auch durch die Fiskalregeln der EU. Zwar wurden die Regeln im vergangenen Jahr reformiert – nicht zuletzt, um den Mitgliedstaaten einen größeren Spielraum für Investitionen zu eröffnen. Doch wie eine Analyse der IMK-Experten Dr. Christoph Paetz und PD Dr. Sebastian Watzka zeigt, können die neuen Regeln auch das Gegenteil bewirken. Denn bei der Schuldentragfähigkeitsanalyse, die die starre Orientierung an Finanzindikatoren des alten Stabilitäts- und Wachstumspakts ersetzt, sind kreditfinanzierte öffentliche Investitionen nicht ausgeschlossen. Die Ökonomen haben berechnet, was das für die vier größten Volkswirtschaften der EU bedeutet: Die zu erwartende Haushaltskonsolidierung liegt für Italien bei bis zu 1,1 Prozent des Bruttoinlandsprodukts pro Jahr, für Frankreich und Spanien bei 0,9 Prozent und für Deutschland bei 0,1 Prozent.

„Es liegt auf der Hand, dass solche fiskalischen Konsolidierungsanstrengungen in den kommenden Jahren den dringend erforderlichen umfangreichen öffentlichen Investitionsprogrammen in der EU im Wege stehen“, schreiben Paetz und Watzka. Sie plädieren für eine Anpassung der Fiskalregeln und zusätzlich für die Einrichtung eines EU-weiten schuldenfinanzierten Investitionsfonds.

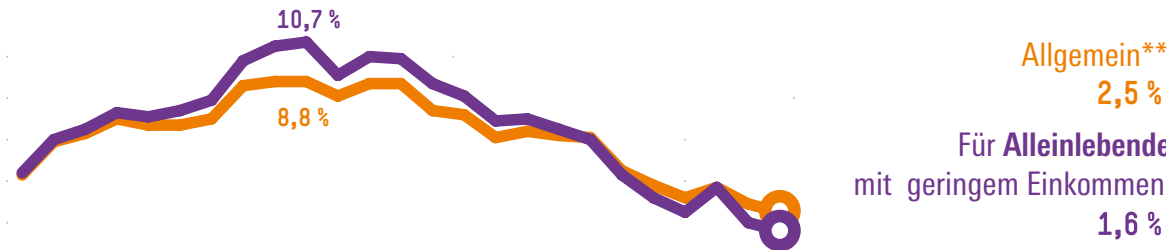
600 Milliarden Euro extra

So hoch ist der Bedarf an zusätzlichen öffentlichen Investitionen in den kommenden zehn Jahren im Bereich ...



Inflationsschub traf Arme stärker

So entwickelte sich die Inflationsrate (Februar 2022 bis Februar 2024)



Wenig Lichtblicke, viel Unsicherheit:
Wirtschaftliche Prognosen fallen verhalten aus

Mehr als eine Stagnation beim Bruttoinlandsprodukt im Jahresdurchschnitt ist 2025 wohl nicht drin. Das geht aus der [Konjunkturprognose](#) hervor, die das IMK zum Jahresende 2024 vorlegte. Für das abgelaufene Kalenderjahr errechneten die Ökonom*innen einen leichten Rückgang des BIP um 0,2 Prozent – und lagen damit richtig. „Die deutsche Wirtschaft stagnierte auch im Jahresverlauf 2024, nunmehr das dritte Jahr in Folge“, schreiben die Wissenschaftler*innen. „Die nach wie vor restriktive Geld- und Fiskalpolitik, die immer noch relativ hohen Energie- und Nahrungsmittelpreise sowie die verhaltene Weltkonjunktur beeinträchtigten die Wirtschaftsaktivität stark.“ Erst im Verlauf des Jahres 2025 sei mit einer „zaghaften Belebung“ der deutschen Konjunktur zu rechnen. Für das erste Quartal 2025 blieb die [IMK-Konjunkturampe](#), für die als Frühwarnsystem allmonatlich die Wahrscheinlichkeit einer Rezession oder eines Booms im folgenden Vierteljahr ermittelt wird, auf „Gelb-Rot“. Nachdem sich Union und SPD in ihren Koalitionsverhandlungen auf zusätzliche Investitionen verständigt hatten, hellte sich der Trend auf. Doch es wird bis 2026 dauern, bis sich in der Statistik eine deutliche wirtschaftliche Erholung ablesen lässt.

Ein Lichtblick: Die Inflationsrate lag laut IMK-Prognose im Jahresdurchschnitt 2024 mit 2,2 Prozent wieder nahe am Inflationsziel der EZB und wird es mit 2,0 Prozent im Jahresmittel 2025 erreichen. Die Teuerung ist damit aktuell weitgehend unter Kontrolle. Ein [längerfristiger Vergleich](#) von IMK-Inflationsexpertin Dr. Silke Tober zeigt aber die Nachwirkungen der hohen Inflation in den vergangenen Jahren. Insgesamt lagen die Verbraucherpreise 2024 um 19,9 Prozent höher als fünf Jahre zuvor. Paare mit Kindern und niedrigem bis mittlerem

Einkommen waren von der starken Teuerung nach dem russischen Überfall auf die Ukraine besonders stark betroffen, weil Güter des Grundbedarfs wie Nahrungsmittel und Energie in ihrem Budget eine größere Rolle spielen. Das IMK berechnet mit seinem [Inflationsmonitor](#) seit Anfang 2022 monatlich spezifische Teuerungsraten für neun repräsentative Haushaltstypen, die sich nach Zahl und Alter der Mitglieder sowie nach dem Einkommen unterscheiden.

Wie der Rückgang der Inflationsrate und der Energiepreise bei den Haushalten ankommt, verdeutlichte eine Studie des IMK auf der Grundlage einer repräsentativen Befragung von 9000 Menschen. So sank der Anteil der Haushalte, die sich durch die Gaspreise finanziell belastet fühlten, von 64 Prozent im August 2022 auf 43 Prozent zu Beginn des Jahres 2024. Entsprechend nahm auch die Konsumbereitschaft wieder zu. „Zu beachten ist allerdings, dass gerade unter Haushalten mit geringeren Einkommen noch ein großer Anteil von geplanter Konsumzurückhaltung berichtet“, heißt es im [IMK Policy Brief](#) von Prof. Dr. Sebastian Dullien und Dr. Jan Behringer. „Dies deutet darauf hin, dass die Preissteigerungen der vergangenen Jahre und die dadurch erlittenen Reallohnverluste noch einige Zeit nachwirken dürften.“

2023 hatten Arbeitnehmer*innen in Deutschland, ebenso wie im Durchschnitt der EU, erneut inflationsbereinigt Einkommensverluste hinnehmen müssen. Diese fielen aber geringer aus als im Vorjahr, und zumindest in der Bundesrepublik gelang es, die hohe Teuerungsrate durch stärkere Lohnerhöhungen im Durchschnitt fast auszugleichen. Laut einem [Report](#) der IMK-Expert*innen Dr. Ulrike Stein und Prof. Dr. Alexander Herzog-Stein ließ das die Arbeitskosten je Arbeitsstunde in der Privatwirtschaft in Deutschland 2023 um jahresdurchschnittlich fünf Prozent zunehmen. Das ist im langjährigen

Vergleich ein relativ hoher Wert, aber spürbar weniger als 2022 mit einem Anstieg um 6,5 Prozent – und auch weniger als der durchschnittliche Zuwachs in der EU (5,6 Prozent). Die Lohnstückkosten, die die Arbeitskosten ins Verhältnis zur Produktivität setzen, stiegen in Deutschland kräftig um 6,6 Prozent, vor allem wegen der hohen Inflation und der schwachen Produktivitätsentwicklung infolge der schleppenden Konjunktur. „Die kurzfristig hohen Anstiege gefährden die preisliche Wettbewerbsfähigkeit bislang aber nicht“, betonten Dr. Ulrike Stein und Prof. Dr. Alexander Herzog-Stein. Anzeichen für eine Preis-Lohn-Spirale gebe es keine.

Alle Prognosen zur wirtschaftlichen Zukunft stehen indes unter einem Vorbehalt: der Unberechenbarkeit von Donald Trump. Wenn der US-Präsident bei seiner Zollpolitik bleibt, könnte das Bruttoinlandsprodukt in Deutschland zwei Jahre lang gut ein Prozent niedriger ausfallen als ohne eine solche Zollerhöhung. Das ergaben [Simulationsrechnungen](#) des IMK. Die neuen Zölle – und mögliche chinesische Vergeltungsmaßnahmen – würden die Wirtschaft in den USA allerdings noch weitaus härter treffen: In der Spitze sei dadurch ein Rückgang der US-Wirtschaftsleistung um rund fünf Prozent zu erwarten, so die Ökonom*innen.

Zur Sicherung des Fachkräftebedarfs
muss investiert werden

Fachkräfte werden in Deutschland in vielen Branchen händierend gesucht. Die öffentliche Debatte um mögliche Mittel gegen den Mangel kreiste aber auch 2024 vor allem um zwei Maßnahmen, die nach einer [Analyse](#) des WSI als bloße Polemik einzustufen sind: Kürzungen des Bürgergelds und eine Erhöhung des Rentenalters. Solche einfachen Forderungen gingen an der Realität des deutschen Arbeitsmarktes vorbei, erklärten Prof. Dr. Bettina Kohlrausch und Magdalena Polloczek. Die Zahl der erwerbsfähigen Bürgergeldempfänger*innen, die eine angebotene Arbeit ablehnen würden, sei „verschwindend gering“. Und bereits heute erscheine es Beschäftigten mit körperlich oder psychisch belastenden Tätigkeiten kaum möglich, bis zum regulären Rentenalter durchzuhalten – geschweige denn noch länger.

Dagegen identifizierten die Wissenschaftlerinnen vier Gruppen von Menschen, deren große ungenutzte Potenziale als mögliche Fachkräfte mit einer zielgerichteten Arbeitsmarkt-, Qualifizierungs- und Familienpolitik gehoben werden könnten: Frauen, ältere Beschäftigte, Menschen mit Migrationsgeschichte und junge Menschen, die noch keinen berufsqualifizierenden Abschluss haben. Statt Druck brauche es deshalb Investitionen, unter anderem in Weiterbildung, in betriebliches

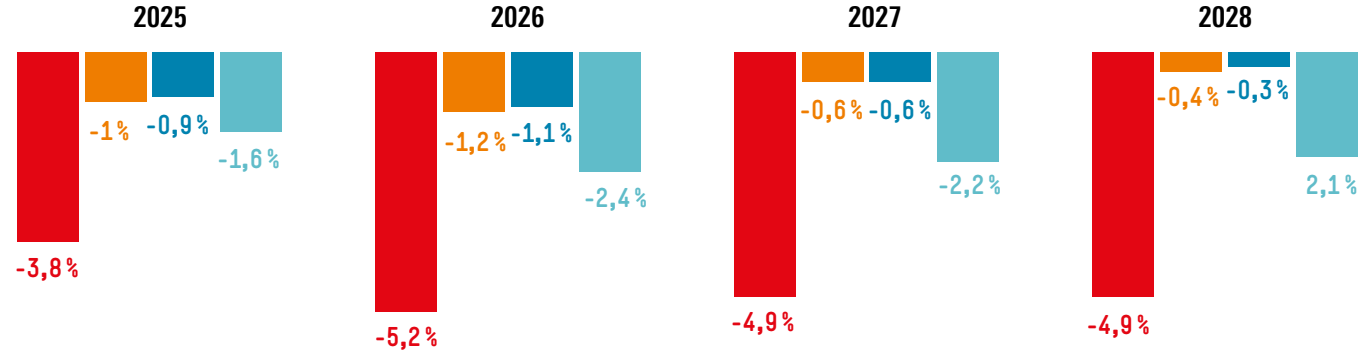
Gesundheitsmanagement, in Kinderbetreuung und Schulen.

Dass es zudem entscheidend darauf ankommt, für bessere Arbeitsbedingungen zu sorgen, unterstrich eine von der Hans-Böckler-Stiftung geförderte [Untersuchung](#) zur Beschäftigungssituation in Kindertagesstätten. In Kitas ist die Personalknappheit besonders groß, zugleich arbeiten die Beschäftigten mehrheitlich in Teilzeit. Laut der Studie von Prof. Dr. Nina Weimann-Sandig und Prof. Dr. Bernhard Kalicki von der Evangelischen Hochschule Dresden kann auf eine Problemlösung durch Aufstockung der Arbeitszeit derzeit nicht gesetzt werden: Von 1 200 befragten Kita-Beschäftigten wollten nur sieben Prozent länger arbeiten, 45 Prozent hingegen sogar kürzer. Einer der Gründe: die hohe Arbeitsbelastung. „Eine verbesserte Vereinbarkeit von Familie und Beruf sowie eine gezielte Analyse der Arbeitsbelastungen und ein Programm zu deren Reduzierung könnten letztlich dazu führen, dass der Beruf wieder als erfüllend empfunden wird“, resümieren die Forschenden.

Eine von der Hans-Böckler-Stiftung geförderte [Studie](#) des WifOR-Instituts und des Öko-Instituts lenkte die Aufmerksamkeit darauf, dass auch bei der Herkulesaufgabe der energetischen Gebäudesanierung in Deutschland ein erheblicher Fachkräftengpass droht. Die Wissenschaftler*innen untersuchten drei Förderprogramme mit einem Investitionsvolumen von insgesamt 14,2 Milliarden Euro im Jahr 2023 – und ermittelten einen Bedarf von mehr als 50 000 Fachkräften, der aktuell kaum bedient werden könne. Dies könne zu steigenden Sanierungspreisen führen, die die Subventionen quasi aufsaugen. „Politischer Handlungsbedarf zeigt sich also dringlichst bei der Fachkräftesicherung entlang der Wertschöpfungskette Wohngebäudesanierung, um die Anreizmechanismen bzw. die reine Umsetzung der Maßnahmen zu gewährleisten“, bilanzieren die Studienautor*innen. „Dies erscheint anhand des ambitionierten Zeitplans des Klimaschutzgesetzes von höherer Priorität als die Neugestaltung von Förderprogrammen.“

Kostspieliger Protektionismus

So würden sich laut IMK die von Donald Trump angekündigten Zollerhöhungen* und chinesische Gegenreaktionen** auswirken auf das Bruttoinlandsprodukt der [USA](#), [Deutschlands](#), der [Eurozone](#), der [Welt](#) ...



Jeweils 4. Quartal. * 60 % auf Importe aus China, 15 % auf alle übrigen Importe. ** 60 % auf Importe aus den USA; Quelle: IMK 2024.

DEMOKRATIE UND MITBESTIMMUNG
IN DER WIRTSCHAFTS- UND ARBEITS-
WELT STÄRKEN

Die Sabotage der Mitbestimmung muss
gestoppt werden

Die deutschen Mitbestimmungsgesetze sollen die demokratische Teilhabe der Beschäftigten sichern – in Zeiten, in denen die Demokratie von Rechtsaußen unter Druck gesetzt wird, ist das wichtiger denn je. Doch die Zahl der Unternehmen, die die Mitbestimmung mithilfe juristischer Tricks umgehen oder das geltende Recht sogar schlicht ignorieren, wächst immer mehr. Nach einer Studie des I.M.U.-Unternehmensrechtsexperten Dr. Sebastian Sick wurde 2022 mindestens 2,45 Millionen Beschäftigten die paritätische Mitbestimmung in Aufsichtsräten vorenthalten. Damit waren rund 300 000 Menschen mehr betroffen als noch 2019.

„Mindestens vier von zehn Großunternehmen mit mehr als 2 000 Beschäftigten verweigern ihren Beschäftigten mittlerweile die paritätische Mitbestimmung im Aufsichtsrat“, sagt Sick. Dadurch seien 111 Unternehmen weniger paritätisch mitbestimmt als vor gut 20 Jahren. „Das deutsche Modell der Sozialpartnerschaft ist hierdurch ernsthaft gefährdet“, warnt der Jurist, der auch Mitglied der Regierungskommission zum Deutschen Corporate Governance Kodex ist. Um die Sabotage der Mitbestimmung zu stoppen, müssten nicht nur dringend gesetzliche Schlupflöcher gestopft

werden. Die EU-Kommission sollte auch eine Rahmenrichtlinie verabschieden, die europaweit generelle Mindeststandards für die Unternehmensmitbestimmung festlegt.

Besonders häufig wird die vor 20 Jahren geschaffene Rechtsform der Europäischen Aktiengesellschaft (SE) zur Mitbestimmungsvermeidung genutzt. Nach einem I.M.U.-Mitbestimmungsreport von Felix Gieseke haben 84 Prozent der aktiven deutschen SE mit mehr als 2 000 Beschäftigten im Inland keinen paritätisch mitbestimmten Aufsichtsrat. Möglich macht das der „Einfrier-effekt“: Nach der derzeitigen Rechtslage bleibt die Mitbestimmung für immer auf dem Niveau bei der SE-Gründung – auch wenn die Beschäftigtenzahl über die Schwellenwerte der deutschen Mitbestimmungsgesetze klettert. Einen erschütternd einfachen Weg, die Beteiligung der Belegschaft zu umgehen, segnete der Europäische Gerichtshof (EuGH) im vergangenen Jahr im Fall des Hamburger Olympia-Konzerns ab: Man gründet eine SE, die keine Beschäftigten und deshalb auch keine Mitbestimmung hat, und setzt diese als Gesellschafterin des eigentlichen, bis dato mitbestimmten Unternehmens ein. Dadurch wird die SE zur neuen Konzernspitze und die Sitze von Vertreter*innen der Belegschaft im Aufsichtsrat fallen unter den Tisch.

Bis vor kurzem sei herrschende Meinung gewesen, dass in derartigen Fällen Nachverhandlungen über die Mitbestimmung in der neuen Unternehmensstruktur stattfinden müssen, kommentierten Helene Langbein (HSI) und Felix Gieseke (I.M.U.) im HSI-Report zum europäischen Arbeits- und Sozialrecht. Der EuGH habe mit seinem Spruch „eine klaffende Lücke im Mitbestimmungsschutz“ gerissen. Die beiden Jurist*innen plädieren deshalb dafür, das deutsche SE-Beteiligungsgesetz „im europarechtlich zulässigen Rahmen zu reformieren und Kriterien zu definieren, die zur Nachholung des Beteiligungsverfahrens führen“. Es müsse klargestellt werden, dass ein Vorgehen wie bei Olympus als missbräuchliche SE-Gründung zu verstehen ist.

Ein Recht auf grenzüberschreitende betriebliche Mitbestimmung besteht in der EU bereits seit fast 30 Jahren: Seit 1996 kann in transnationalen Unternehmen unter bestimmten Voraussetzungen ein Europäischer Betriebsrat (EBR) eingerichtet werden. Von den 3 900 EU-weit infrage kommenden Unternehmen hat jedoch bislang nur etwas mehr als ein Drittel ein solches Gremium. Auch in Deutschland ist die Quote nicht höher. Zudem sind die gesetzlichen Beteiligungsrechte bislang schwach und können von einem unkooperativen Management leicht ausgehebelt werden. „Der EBR kann nur dann ein wichtiger Faktor im Mehrebenensystem der

Mitbestimmung sein, wenn er seine Rechte auf Unterrichtung und Anhörung effektiv wahrnehmen kann – was für einen Großteil der EBR heute nicht zutrifft“, heißt es in einer Studie von Thilo Janssen (WSI) und Maxi Leuchters (I.M.U.).

Bei einer Workers' Voice Konferenz, die das I.M.U. am 19. und 20. März 2024 in Brüssel veranstaltete, wurden Forderungen zur Weiterentwicklung der Mitbestimmung in Europa formuliert. Auch die EU-Kommission und das EU-Parlament haben Vorschläge für eine Reform der EBR-Richtlinie vorgelegt, die vor der Europawahl aber nicht mehr umgesetzt werden konnten. Leuchters und Janssen bewerten die Vorschläge positiv, sie könnten „tatsächlich geeignet sein, die Wirkmächtigkeit von EBR in multinationalen Konzernen erheblich zu verbessern“. So seien unter anderem „klare Regeln“ für den Unterrichtungs- und Anhörungsprozess, höhere Hürden für die Einstufung von Informationen als „vertraulich“ sowie empfindlichere finanzielle Sanktionen bei Verstößen vorgesehen. Die Reform sollte in der neuen Legislaturperiode daher unbedingt umgesetzt werden. Aktuell befinden sich die Vorschläge in einem europäischen „Trilog“-Verfahren.

Die gewerkschaftliche Offensive zur Stärkung Europäischer Betriebsräte war auch bei der Tagung „Besser geht’s mit.bestimmt!“, zu der Hans-Böckler-Stiftung und IGBCE am 20. und 21. März 2024 nach Brüssel geladen hatten, ein Schwerpunkt. IGBCE-Vorsitzender Michael Vassiliadis unterstrich den Handlungsbedarf, indem er dem aktuellen Stand des sozialen Dialogs in Europa eine „Vier minus“ gab. Barbara Kauffmann, Direktorin in der Generaldirektion Beschäftigung

und Soziales der EU-Kommission, erklärte angesichts der Herausforderungen der Transformation: „Mit Dialog kommen wir schneller aus der Krise.“ Und die SPD-Europaabgeordnete Gaby Bischoff machte deutlich, dass es bei alledem nicht zuletzt um die Stärkung der Demokratie geht: „Die Demokratie – ob in der Gesellschaft oder im Betrieb – verteidigen wir nur gemeinsam.“

Betriebsratsarbeit wirkt – und wird trotzdem
noch oft behindert

Die sozial-ökologische Transformation, demografische Veränderungen und neue digitale Technologien fordern Betriebe und Beschäftigte gleichermaßen heraus. Wie ein starker Betriebsrat dabei nicht nur der Belegschaft, sondern auch dem Unternehmen zugutekommt, zeigt der Report „Zukunftssicherung und gute Arbeit“, der 2024 in der Reihe „Mitbestimmungspraxis“ des I.M.U. erschien. Simone Rom und Julia Massolle vom Bochumer Helex Institut werteten acht Projekte aus, die in den vergangenen Jahren beim Deutschen Betriebsrätepreis eingereicht wurden. Das Spektrum reicht von Betriebsvereinbarungen zum Umgang mit künstlicher Intelligenz oder dem betrieblichen Umweltschutz über die Initiierung und Begleitung großer Umstrukturierungen bis hin zur Verhinderung von Werksschließungen. „In jedem dieser Beispiele hat die Interessenvertretung auf Basis der betrieblichen Situation Ideen umgesetzt, um aktiv und strategisch die Unternehmen für die Zukunft aufzustellen“, schreiben die Wissenschaftlerinnen.

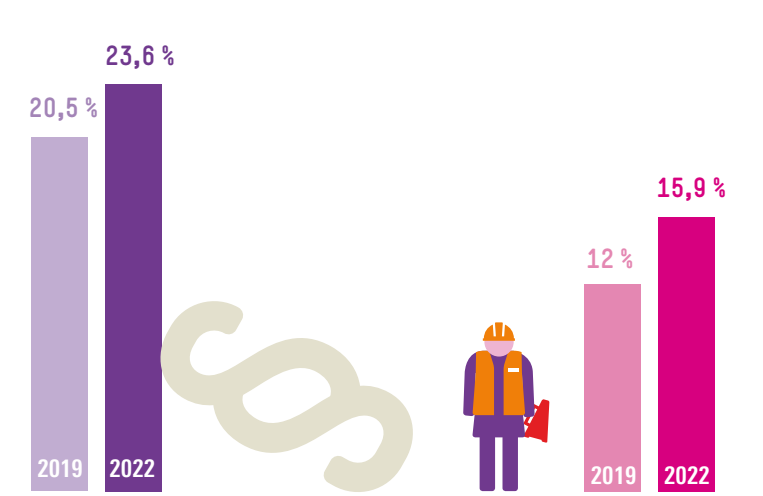
Zur Förderung der Weiterbildung wurde im vergangenen Jahr das Qualifizierungsgeld eingeführt –

Weniger Mitbestimmung

So viele Großunternehmen* haben die paritätische Mitbestimmung im Aufsichtsrat ...

...durch legale Tricks umgangen

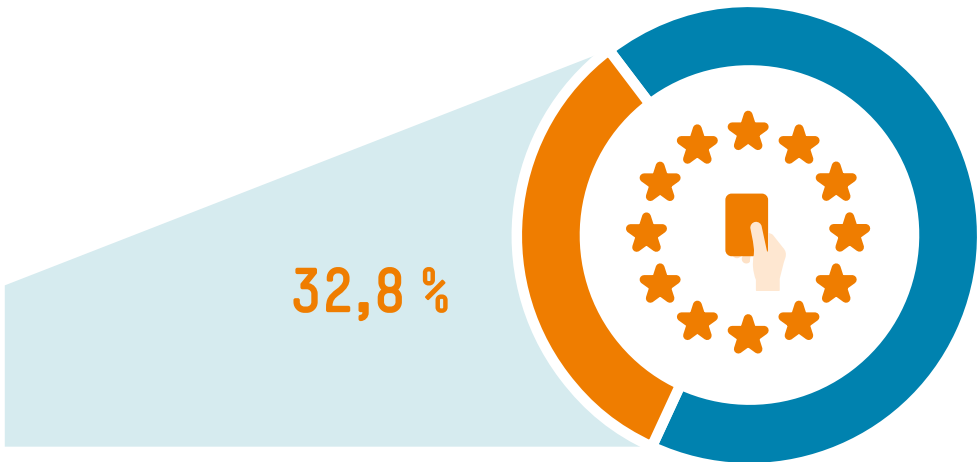
...widerrechtlich ignoriert



*Tendenzfreie Unternehmen mit mehr als 2 000 Beschäftigten in Deutschland; Quelle: Sick 2024.

Begrenzte Mitsprache

Einen Europäischen Betriebsrat haben von den Unternehmen in Deutschland, die die rechtliche Voraussetzung erfüllen ...



Quelle: Janssen, Leuchters 2024

und damit eine langjährige Forderung des DGB erfüllt. Die Leistung der Arbeitsagentur kann aber nur in Anspruch genommen werden, wenn es eine entsprechende Betriebsvereinbarung oder tarifvertragliche Regelung für den Betrieb gibt. Auch auf diese Aufgabe sind Betriebsräte gut vorbereitet, wie eine Analyse von Evelyn Räder, Leiterin der Abteilung Arbeitsmarktpolitik im DGB-Bundesvorstand, und dem WSI-Arbeitsmarktexperten Dr. Toralf Pusch belegte. Laut den WSI-Betriebsrätebefragungen 2015 bis 2023 stand Weiterbildung bereits bei rund zwei Dritteln der Beschäftigtenvertretungen in privaten Betrieben mit mindestens 20 Beschäftigten auf der Agenda. Vereinbarungen zu diesem Thema liegen derzeit in über 40 Prozent der untersuchten Betriebe vor.

Obwohl die Vorzüge einer funktionierenden betrieblichen Mitbestimmung also nicht zu bezweifeln sind, werden Betriebsratsgründungen nach wie vor behindert – und das erschreckend häufig: Eine aktuelle Befragung des WSI lieferte Hinweise darauf, dass Arbeitgeber mehr als jede fünfte Neugründung von Betriebsräten behindern, obwohl das ein Straftatbestand ist. Sie schüchtern Kandidat*innen ein, drohen mit Kündigung oder verhindern die Bestellung eines Wahlvorstands. Überproportional häufig kommen solche Aktivitäten in mittelgroßen inhabergeführten Unternehmen vor, haben die Studienautoren PD Dr. Martin Behrens und Dr. Heiner Dribbusch ermittelt. Um Verstöße wirksamer als bisher zu sanktionieren, raten die Wissenschaftler zur Bildung von Schwerpunktstaatsanwaltschaften, die auf die Verfolgung gesetzwidriger Eingriffe von Unternehmen in Betriebsratswahlen spezialisiert sind. Doch auch der gesetzliche Schutz engagierter Beschäftigter

gegen Repressionen müsse verbessert werden. Wie nötig das ist, zeigte eine Entscheidung des Landesarbeitsgerichts Köln vom 19. Januar 2024: Wenn Initiator*innen einer Betriebsratswahl gekündigt werden, hätten sie bis zur Entscheidung über ihre Kündigungsschutzklage keinen Anspruch auf Weiterbeschäftigung.

„Damit läuft der Schutz weitgehend leer, weil die Wahlvorbereitung bereits gescheitert sein dürfte, selbst wenn der/die Gekündigte später im Prozess Recht bekommen sollte“, sagt HSI-Referent Laurens Brandt, der das Urteil in der Neuen Zeitschrift für Arbeitsrecht (NZA) kritisch kommentierte. „Eine andere Entscheidung wäre nach geltendem Recht möglich und geboten gewesen, vor allem sollte aber der Gesetzgeber hier nachbessern.“ Der Jurist hält darüber hinaus eine grundlegende Modernisierung des zuletzt 1972 umfassend reformierten Betriebsverfassungsgesetzes für dringend erforderlich: „Angesichts der rasanten technologischen Entwicklung und daraus folgender Gefährdungen brauchen Betriebsräte echte Mitbestimmungsrechte, unter anderem bei Datenschutz, Arbeitsorganisation, Personalplanung und beruflicher Bildung.“

Bei der betriebspolitischen Tagung des HSI, die als Austausch zwischen Praxis und Wissenschaft am 10. Juni 2024 in Frankfurt am Main stattfand, wurde aus gegebenem Anlass ein weiterer wichtiger Punkt ergänzt. Tim Hühnert, Referatsleiter Recht beim DGB-Bundesvorstand, sprach über die Möglichkeiten von Betriebsräten, kulturelle Verständigung zu stärken und gegen Rassismus und Rechtsextremismus im Betrieb vorzugehen, und forderte auch in diesem Bereich ein echtes Mitbestimmungsrecht. Die Hürden, um gegen Diskriminierungen vorzugehen, seien noch zu hoch.

Künstliche Intelligenz und Digitalisierung brauchen Mitbestimmung

In Unternehmen kommen zunehmend auf künstlicher Intelligenz (KI) basierende Systeme wie ChatGPT und Microsoft CoPilot zum Einsatz. Das verändert den Arbeitsalltag der Beschäftigten erheblich – und stellt damit auch eine Herausforderung für die Mitbestimmung dar. Es geht um Qualifizierung, Überwachung, Datenschutz, Leistungskontrolle, Arbeitsverdichtung, Gesundheitsbelastung, Algorithmen zur Personalauswahl und vieles mehr.

Handlungs- und Orientierungswissen für diese komplexe Materie stellt der Arbeitsschwerpunkt „Praxiswissen Betriebsvereinbarungen“ des I.M.U. zur Verfügung (wo man sich immer über die Zusendung von Betriebs- und Dienstvereinbarungen freut, auch und gerade zum Thema KI). Neben

zahlreichen Vorträgen von I.M.U.-Experte Nils Werner lieferte im vergangenen Jahr eine Ausgabe der Mitbestimmungspraxis konkrete Beispiele, wie sich der KI-Einsatz im Unternehmen regeln ließe – mit neuen, aber auch mit etablierten Methoden. „Es ist möglich, KI mitbestimmt zu gestalten“, heißt es in der Handlungshilfe von Jonas Grasy und Bettina Seibold (IMU Institut Stuttgart), zu der HSI-Direktor Dr. Ernesto Klengel ein Kapitel zu betriebsverfassungsrechtlichen Aspekten beige-steuert hat. „Dazu braucht es Ansätze, um das abstrakte und weitgefassste Thema KI greifbar und verständlich zu machen.“ Außerdem sei es wesentlich, Transparenz zu schaffen, um die Risiken der KI für die Beschäftigten einschätzen zu können.

Speziell mit der Situation im Gesundheitswesen beschäftigten sich zwei von der Hans-Böckler-Stiftung geförderte Forschungsprojekte. Ein Forschungsteam der Ruhr-Universität Bochum und der FU Berlin untersuchte in Zusammenarbeit mit der Berliner Charité, wie sich der Einsatz digitaler Technologien konkret auf die Arbeitsabläufe und Arbeitsbedingungen im Krankenhaus auswirkt. Ergebnis: Damit neue Technologien wirklich unterstützen und nicht behindern, müsse die Nutzerfreundlichkeit im Vordergrund stehen. Die Beschäftigten bei der Digitalisierung einzubeziehen, sei deshalb unabdingbar.

Wie ein „konsensualer Ansatz“ zum Erfolg führen kann, analysierten die Soziolog*innen Prof. Dr. Philipp Staab, Julia Bringmann und Benjamin Henry Petersen (Humboldt-Universität zu Berlin) in der Intensivfallstudie eines überdurchschnittlich digitalisierten Krankenhauses. Die Vertretung der Beschäftigten sei hier von Anfang an eingebunden und entscheide mit, welche Software angeschafft wird. Es würden Regelungen zu Datenschutz und Schulungsaufwand getroffen. Die Nutzung digitaler Systeme zur Leistungskontrolle sei durch eine Dienstvereinbarung kategorisch ausgeschlossen. Mit diesem Ansatz, schreiben die Wissenschaftler*innen, sei die Klinik beim digitalen Fortschritt bereits weiter gekommen als die meisten Krankenhäuser in Deutschland.

In der EU trat 2024 die KI-Verordnung in Kraft. Während ein rein informierender Chatbot darin als unproblematisch eingestuft wird, gelten viele Systeme als Hochrisikooanwendungen, die besonders stark reguliert werden sollen. Und manches, wie etwa digitale Emotionserkennung am Arbeitsplatz, ist von vornherein verboten. „Ich denke schon, dass uns das weiterbringen wird“, sagte HSI-Direktor Klengel im Podcast „Systemrelevant“ der Hans-Böckler-Stiftung. Es gebe aber noch viele offene Fragen, etwa zu den Pflichten der Unternehmen. Außerdem fehlten wichtige Regelungen

zu Haftung, Datenschutz und Urheberrecht. Hier für weitere Klarheit zu sorgen, sei auch die Aufgabe des Gesetzgebers in Deutschland.

Für die Demokratie: rechter Propaganda die Stirn bieten

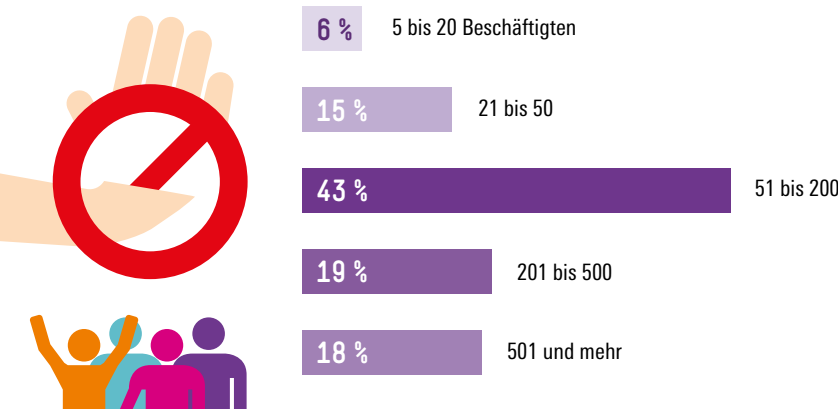
Beim Aufstieg der demokratiefeindlichen Rechten spielt eine Parallelwelt aus Lügen und Halbwahrheiten, Hass und Hetze im Internet eine wichtige Rolle. Wie die rechte Rhetorik funktioniert und was sich ihr entgegensetzen lässt, haben Wissenschaftler*innen der Universität Siegen im von der Hans-Böckler-Stiftung geförderten Forschungsprojekt „Rechte Diskursstrategien gegen linke Politik in Social Media“ (ReDiSS) untersucht. Ein halbes Jahr lang beobachteten sie 7700 Accounts bei Twitter (heute X), um die „rechte Twittersphäre“ und ihre Kommunikationsstrategien zu analysieren. Auf der eigens eingerichteten Website www.rechte-diskurse.de wurden die Ergebnisse veröffentlicht.

Es werden rechte Schlagwörter erläutert – darunter auch etliche, die wie „Arbeiter“ oder „Solidarität“ eigentlich politisch links besetzt waren und jetzt von rechts gekapert werden sollen – sowie Argumentations- und Handlungsmuster offengelegt, wie etwa das Narrativ vom angeblichen „Bevölkerungsaustausch“ oder die Strategie der Selbstverharmlosung. „Die rechte Herausforderung anzunehmen und erfolgreich beantworten zu können, setzt das Verständnis ihrer Inhalte und Funktionsweisen voraus“, heißt es auf der Website. Für die Bildungsarbeit kann hier auch ein Modul zum „Schlachtfeld Sprache“ bestellt werden.

Nie wieder ist jetzt. Für die Erinnerung an die Menschheitsverbrechen des Nationalsozialismus und die Mahnung, die sich daraus für Gegenwart und Zukunft ableitet, stehen wenige Orte so wie Yad Vashem. In Kooperation mit der Internationalen Schule für Holocaust-Studien (ISHS), die seit 1993 Teil der israelischen Gedenkstätte ist, bietet die Hans-Böckler-Stiftung regelmäßig Seminare für ihre Stipendiat*innen an. Wegen der Reisewarnung, die nach dem Hamas-Terror vom 7. Oktober 2023 ausgesprochen wurde, konnte das Seminar im vergangenen Jahr nicht in Israel stattfinden. Stattdessen setzten sich 20 Studierende und Promovierende vom 22. bis 26. August 2024 im Geschichtsort Villa ten Hompel in Münster mit dem Thema „Holocaust Education“ auseinander. Julian Tsapir vom German Desk der ISHS nahm vor Ort teil und stellte das pädagogische Konzept von Yad Vashem vor. Der Historiker Uriel Kashi berichtete über die aktuelle Lage in Israel. Außerdem stand ein Besuch der KZ-Gedenkstätte Bergen-Belsen auf dem Programm.

In mittelgroßen Firmen ist der Widerstand am größten

So verteilen sich Versuche des Managements, Betriebsratswahlen zu verhindern, auf Betriebe mit ...



FÜR EINE SOZIAL GERECHTE GESELLSCHAFT EINTRETEN

Wachsende Verteilungsungerechtigkeit bedroht die Demokratie

Es ist ein Armutszeugnis im wortwörtlichen Sinne: Obwohl Deutschland ein reiches Land ist, wächst die Armut immer mehr. Laut dem WSI-Verteilungsbericht 2024 hat der Anteil armer Menschen im Land einen neuen Höchststand erreicht. Zudem sind Arme während der 2010er-Jahre gegenüber anderen Einkommensgruppen wirtschaftlich noch weiter zurückgefallen. Von der insgesamt positiven Wirtschafts- und Einkommensentwicklung im vergangenen Jahrzehnt bekamen sie vergleichsweise wenig ab.

Für ihren Bericht haben die WSI-Expert*innen Dr. Dorothee Spannagel und Dr. Jan Brülle die jüngsten Daten des Sozio-oekonomischen Panels (SOEP) sowie die repräsentative Lebenslagenbefragung der Hans-Böckler-Stiftung ausgewertet. Demnach stieg die Armutsquote von gut 14 Prozent im Jahr 2010 auf fast 18 Prozent im Jahr 2021. Mehr als elf Prozent lebten sogar in strenger Armut, hatten also weniger als die Hälfte des Medianeinkommens zur Verfügung. Elf Jahre zuvor waren es noch weniger als acht Prozent. Sorgen um die eigene wirtschaftliche Situation machen sich jedoch weit mehr Menschen: 2023 fürchteten selbst in der oberen Mittelschicht 47 Prozent der Befragten, ihren Lebensstandard zukünftig nicht mehr halten zu können.

Das hat auch gesamtgesellschaftlich negative Folgen: Vor allem bei ärmeren Menschen schlägt sich die materielle Lage in einer Skepsis gegenüber demokratischen Institutionen nieder. Der Aussage „Die regierenden Parteien betrügen das Volk“

stimmten in der unteren Einkommenshälfte mehr als ein Drittel der Befragten zu. „Wir sehen in den Daten, dass Deutschland in einer Teilhabekrise steckt, die sich in den vergangenen Jahren verschärft hat“, bilanzieren Spannagel und Brülle. Eine verantwortungsvolle Politik müsse darauf verzichten, verschiedene Gruppen in der Gesellschaft gegeneinander auszuspielen, wie es etwa in der Debatte um das Bürgergeld geschehen sei, fordern die Wissenschaftler*innen. Viel sinnvoller sei es, „Niedriglöhne wirksam zu bekämpfen und Tarifbindung zu stärken – Maßnahmen, die auch Menschen außerhalb des Grundsicherungsbezugs zugutekommen“.

Über die Ergebnisse des Verteilungsberichts, wie Verteilungskonflikte die Demokratie herausfordern und was politisch gegen die wachsende soziale Ungleichheit zu tun ist, darüber diskutierten 220 Teilnehmer*innen aus Wissenschaft, Gewerkschaften, Politik und Verbänden beim WSI-Herbstforum am 13. und 14. November 2024 in Berlin. Weitere 140 Menschen verfolgten die Konferenz im Livestream. „Ungleichheit ist kein Naturgesetz, sondern das Ergebnis politischer Entscheidungen“, sagte Stiftungsgeschäftsführerin Dr. Claudia Bogedan in ihrer Begrüßung. „Die Verteilungsfrage, untermauert von Empirie, gehört in den Mittelpunkt der politischen Debatte.“

Ulrich Schneider, bis 2024 Hauptgeschäftsführer des Deutschen Paritätischen Wohlfahrtsverbands (DPWV), bescheinigte Deutschland „sozialstaatliche Selbstüberschätzung“ und forderte die Politik auf, endlich mehr Geld in den sozialen Zusammenhalt zu investieren. Das sei teuer. „Aber wir haben das Geld.“ Zahlen der Ökonomin Dr. Charlotte Bartels (Universität Leipzig) unterstrichen das: Den ärmeren 50 Prozent der Bevölkerung in Deutschland gehören drei Prozent des Vermögens, dem



reichsten Prozent knapp 30 Prozent: „Bei der Vermögensungleichheit ist Deutschland europaweit Spitzenreiter.“ Wie der Soziologe Prof. Dr. Fabian Pfeffer (Ludwig-Maximilians-Universität München) erklärte, würde an dieser Verteilung selbst eine Vermögenssteuer von zehn Prozent nichts Wesentliches ändern. Trotzdem könnte eine solche Steuer „enorme Einnahmen“ bringen. Höchste Zeit also, sich vorurteilsfrei mit ihrer Wiederinkraftsetzung zu beschäftigen.

Die DGB-Vorsitzende Yasmin Fahimi betonte, dass zu Verteilungsgerechtigkeit aber auch stabile Sozialversicherungen, ein gutes Bildungssystem und eine funktionierende Infrastruktur gehören. „Wenn wir fehlende Investitionen gegen Sozialausgaben ausspielen, fliegt uns der Laden um die Ohren“, warnte Fahimi und sprach sich darum erneut für eine Reform der Schuldenbremse aus. Eine zusätzliche Einnahmequelle für den Staat sieht die DGB-Vorsitzende in einer Stärkung der Tarifverträge. „Durch Tarifflicht gehen dem Staat jährlich 130 Milliarden Euro verloren.“

Mit Daten und Fakten gegen Scheinargumente in der Sozialpolitik

Sobald es um den Haushalt der Bundesrepublik Deutschland geht, taucht verlässlich immer dieselbe Behauptung auf: Die Ausgaben, insbesondere fürs Soziale, seien zu hoch, der Staat „aufgebläht“. Doch das ist, wie eine Analyse des IMK nachwies, schlicht Unfug. Die Staats- und Sozialausgaben seien hierzulande weder besonders hoch, noch hätten sie zuletzt stark zugenommen. „Wer von einem ungebremst wachsenden Sozialstaat spricht oder davon, dass der Staat generell immer weiter aufgebläht werde, verbreitet eine Mär, die nicht durch Fakten gedeckt ist“, erklärte IMK-Direktor Prof. Dr. Sebastian Dullien, der den Datencheck zusammen mit der IMK-Fiskalexpertin Dr. Katja Rietzler durchführte.

Von den 27 Ländern der Industriestaatenorganisation OECD, für die Daten von 2002 bis 2022 verfügbar sind, hat Deutschland mit einem preisbereinigten Zuwachs von 26 Prozent das drittniedrigste Wachstum bei den Sozialausgaben. Aktuell liegt Deutschland beim Anteil der staatlichen Sozialausgaben am Bruttoinlandsprodukt (BIP) mit 26,7 Prozent auf Rang sieben von 18 reichen OECD-Ländern in Westeuropa und Nordamerika. In Ländern wie den Niederlanden oder den USA, wo die Krankenversicherung privat organisiert werden muss, ist die Quote zwar deutlich niedriger. Nimmt man jedoch öffentliche, vom Staat vorgeschriebene und freiwillige Ausgaben für Soziales zusammen, dann landen auch diese Länder noch knapp vor der Bundesrepublik.

Der Vergleich zwischen Deutschland und den USA geht – entgegen landläufiger Meinung – aber auch in vielen anderen ökonomischen und sozialen Bereichen zugunsten der Bundesrepublik aus. Das ergab eine vom IMK unterstützte Studie von Prof. Dr. Jan Priewe, Emeritus der Hochschule für Technik und Wirtschaft (HTW) Berlin. Zwar haben die Vereinigten Staaten ein deutlich höheres Bruttoinlandsprodukt pro Kopf, doch das erlaubt laut der Untersuchung nur begrenzte Rückschlüsse auf das Wohlergehen der breiten Bevölkerung. Der Ökonom wertete 80 Indikatoren aus dem Jahr 2022 aus, die sich auf 15 unterschiedliche Themen von Löhnen über Einkommensverteilung, Lebenserwartung bis Wohnen und Zeitsouveränität beziehen. Er griff damit neuere ökonomische Ansätze auf, Wohlstand nach einem breiteren, realistischeren Konzept zu messen, als es das BIP alleine kann.

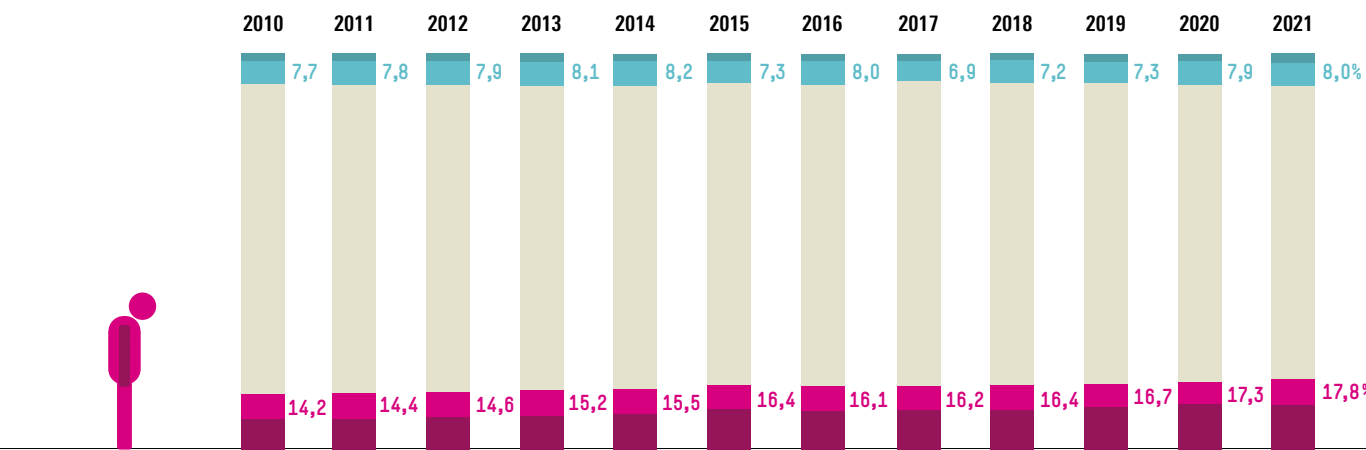
Das Ergebnis: Deutschland hat in zehn der untersuchten Felder die Nase vorn. Besonders groß ist der Vorsprung in Sachen Umwelt, Gesundheit, Sicherheit, Work-Life-Balance und Gleichstellung. Die USA stehen lediglich bei Haushaltseinkommen und Konsum deutlich besser da, aber dies hat vor allem mit der längeren Jahresarbeitszeit zu tun. Zudem ist Armut in den USA weiter verbreitet und die soziale Ungleichheit noch größer als in der Bundesrepublik.

Zu den umkämpftesten sozialpolitischen Feldern in Deutschland gehört die Rentenpolitik. Angesichts des bevorstehenden Renteneintritts der geburtenstarken Jahrgänge wird die Diskussion um die Notwendigkeit einer Reform des deutschen Rentensystems immer lauter. Doch die Reformvorschläge beschränken sich zumeist darauf, das Renteneintrittsalter weiter anzuheben, die Rentenanpassung von der Lohnentwicklung abzukoppeln und die kapitalgedeckte Rente auszubauen. Damit die Auswirkungen solcher Maßnahmen nachvollziehbar berechnet werden können, fördert die Hans-Böckler-Stiftung die Entwicklung eines transparenten Open-Source-Rentenmodells durch die HTW Berlin, das als Analysetool der wissenschaftlichen Community zur Verfügung gestellt werden soll.

Während bei vielen der bislang in Wissenschaft und Politikberatung genutzten Rentenmodelle im Dunkeln bleibt, welche Vorannahmen die Resultate beeinflussen, entsteht unter Leitung der Ökonomin Prof. Dr. Camille Logeay ein dynamisches Rentenversicherungsmodell (DyReMo). Gut dokumentiert und für alle interessierten Forschenden zugänglich soll es mit überprüfbaren Ergebnissen die Renten-debatte stimulieren. Im ersten Schritt wurden Modellressourcen aufgebaut, um Simulationen für den Beitragssatz und für das sogenannte Sicherungsniveau erstellen zu können. In einem zweiten

Armut wächst

In **armen** und **reichen** Haushalten lebten von der deutschen Bevölkerung ...



Armut: weniger als 60 % des Medianeinkommens; strenge Armut: weniger als 50 %; Reichtum: mehr als 200 % des Medianeinkommens; großer Reichtum: mehr als 300 %; Quelle: WSI 2024.

Hans Böckler Stiftung

Schritt wird das Modell 2025/26 um verschiedene Module ergänzt und mit Blick auf die Nutzerfreundlichkeit ausgebaut. Erstmals zum Einsatz kam das Modell bei einer Analyse, die die Auswirkungen des gescheiterten Rentenpakets II der Ampelregierung für verschiedene Geburtsjahrgänge ermittelte.

Eine nicht im engeren Sinne sozialpolitische Maßnahme, die gleichwohl weite Bevölkerungskreise wirksam entlastete, war die Inflationsausgleichsprämie. Von Herbst 2022 bis Ende 2024 konnten Beschäftigte bis zu 3000 Euro steuer- und abgabenfrei zusätzlich zum Lohn ausgezahlt bekommen. Nach einer Untersuchung des IMK erhielten fast 26 Millionen Beschäftigte insgesamt mehr als 52 Milliarden Euro – wobei die Zahlungen in Unternehmen mit Tarifvertrag und/oder betrieblicher Mitbestimmung im Durchschnitt höher ausfielen und häufiger gewährt wurden.

Die Wirkung bewerteten die IMK-Forscher Dr. Jan Behringer und Prof. Dr. Sebastian Dullien positiv: „Zusammenfassend lässt sich festhalten, dass die Inflationsausgleichsprämie einen relevanten Beitrag zur finanziellen Entlastung vieler Beschäftigter, zur Stabilisierung der Kaufkraft in Deutschland, zur Begrenzung des Kostendrucks durch Zweitrundeneffekte bei den Löhnen und zur Verbesserung des Vertrauens in politische Institutionen in der Hochinflationsphase 2022 bis 2023 geleistet hat.“ Gesamtwirtschaftlich entspreche die fiskalische Entlastung durch die Prämie etwa einem Prozent des BIP, die Lohnstückkosten seien um rund 1,5 Prozent gesenkt worden.

Für eine echte Gleichstellung der Geschlechter ist noch viel zu tun

Der Corona-Effekt ist verpufft: Unbezahlte Sorgearbeit wird in Deutschland nach wie vor ganz

überwiegend von Frauen erledigt. Der Gender-Care-Gap, der während der Pandemie etwas geschrumpft war, liegt mittlerweile wieder auf Vorkrisenniveau. Wie eine Auswertung der Erwerbspersonenbefragung der Hans-Böckler-Stiftung durch WSI-Direktorin Prof. Dr. Bettina Kohlrausch und WSI-Gleichstellungsexpertin Dr. Eileen Peters zeigte, hatte sich der Anteil der Väter, die den Löwenanteil der Kinderbetreuung übernehmen, zu Beginn der Pandemie auf gut zwölf Prozent verdreifacht. Im November 2023 lag er nach Angaben der Väter wieder nur noch bei knapp vier Prozent.

Laut einer Studie, die die WSI-Forscherin Dr. Yvonne Lott gemeinsam mit Wissenschaftler*innen des Berliner Instituts SowiTra durchführte, arbeiten erwerbstätige Frauen mit rund 54 Stunden pro Woche eine Stunde länger als Männer. Knapp 26 Stunden davon sind unbezahlte Sorgearbeit – rund acht Stunden mehr als bei den Männern. Zur Förderung einer partnerschaftlichen Aufteilung von Erwerbs- und Nichterwerbsarbeit empfehlen die WSI-Expertinnen unter anderem die Einführung einer Familienarbeitszeit, die Verlängerung der Partnermonate beim Elterngeld und die Verbesserung der institutionellen Kinderbetreuung. Auch eine verkürzte Vollzeitarbeit wie die Viertagewoche würde helfen.

Gegen den ebenfalls immer noch hohen Gender-Pay-Gap, also die ungleiche Bezahlung von Frauen und Männern für gleichwertige Arbeit, sollte das 2017 in Kraft getretene Entgelttransparenzgesetz wirken. Die praktische Bedeutung dieses Gesetzes sei wegen seiner begrenzten Reichweite sowie fehlender Sanktionen bislang jedoch „außerordentlich gering“, bilanzierte HSI-Juristin Dr. Amélie Sutterer-Kipping in einem Beitrag für das Magazin Mitbestimmung. Größere Fortschritte bringe dagegen die Entgelttransparenzrichtlinie der EU, die bis

2026 in deutsches Recht umzusetzen ist. Der Auskunftsanspruch der Beschäftigten sei nicht mehr auf große Unternehmen begrenzt. Unternehmen mit mehr als 100 Beschäftigten müssten bei einem festgestellten Gender-Pay-Gap von mehr als fünf Prozent selbst aktiv werden. Bei Verstößen drohen Bußgelder. „Auf diese Weise erhöht die Richtlinie den Druck zur Durchsetzung der Entgeltgleichheit, die bereits vor mehr als 65 Jahren im EWG-Vertrag versprochen wurde“, meint Sutterer-Kipping.

Die Frage, wie die Gleichstellung in der Erwerbsarbeit weiter vorangetrieben werden kann, stand im Zentrum der ersten Spring School zum feministischen Arbeits- und Sozialrecht vom 4. bis 8. März 2024 in Kassel. An der Veranstaltung, die das HSI zusammen mit Prof. Dr. Judith Brockmann und Prof. Dr. Isabell Hensel (Universität Kassel) sowie Prof. Dr. Eva Kocher (Europa-Universität Viadrina) ins Leben gerufen hat, nahmen 28 Studierende der Rechtswissenschaften teil. In Impulsvorträgen, Arbeitsgruppen und einer Podiumsdiskussion ging es um Gender-Gaps, Antidiskriminierung oder die Rechtsdurchsetzung in Sorgearbeitsbranchen, aber auch um die konzeptionelle Frage, wie Geschlecht im Arbeits- und Sozialrecht verankert ist. Die nächste Spring School „Arbeit Recht Feministisch“ findet 2026 in Frankfurt an der Oder statt.

Warum digitale Barrierefreiheit eine Aufgabe für Betriebsräte ist

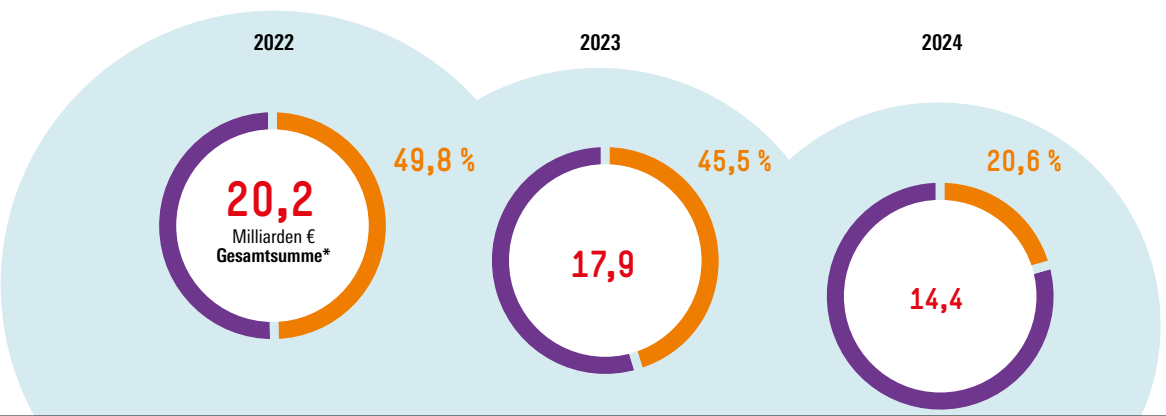
Nur noch bis Mitte 2025 haben Unternehmen Zeit, ihre digitalen Produkte und Dienstleistungen so umzugestalten, dass sie auch für Menschen mit Behinderung ohne Hilfe nutzbar sind. Das schreibt das Barrierefreiheitsstärkungsgesetz vor. Was das

konkret bedeutet, erklärte HSI-Arbeitsrechtlerin Antonia Seeland im Magazin Mitbestimmung. „E-Books, Formulare oder AGB müssen eine klare Schrift haben und technisch so gestaltet sein, dass sie kompatibel mit Screenreadern sind, die die Texte vorlesen. Die Angebote müssen zudem ohne Maus und per Tastatur bedienbar sein.“ Ein Test der Aktion Mensch habe indes gezeigt, dass drei Viertel der beliebtesten Webshops in Deutschland nicht barrierefrei sind. Neben dem Internethandel geht es beispielsweise aber auch um Online-Banking, Reiseinformationen, Fahrkarten- und Geldautomaten, Computer oder Smartphones. Lediglich Kleinunternehmen mit weniger als zehn Beschäftigten mit maximal zwei Millionen Euro Jahresumsatz sind von den Vorschriften ausgenommen.

Seeland empfiehlt Akteur*innen der Mitbestimmung in betroffenen Betrieben, sich des Themas anzunehmen: „Betriebsrat und Schwerbehindertenvertretung als Förderer der betrieblichen Inklusion sollten unbedingt prüfen, wie sie die Neuerungen auch für die eigene Belegschaft nutzen können.“ So könnten sie Barrierefreiheit etwa bei der Gestaltung des Intranets oder bei Qualifizierungsmaßnahmen einfordern. „Das Gesetz war ein längst überfälliger, wenn auch nur ein erster Schritt, um Menschen mit Einschränkungen besser und selbstbestimmt an der digitalisierten Gesellschaft und Umwelt teilhaben zu lassen.“ Barrierefreiheit helfe nicht nur Menschen mit Behinderung, sondern genauso auch Älteren, die schlecht sehen oder motorisch eingeschränkt sind, und Menschen mit temporären Beeinträchtigungen wie Migräne.

Milliarden als Ausgleich

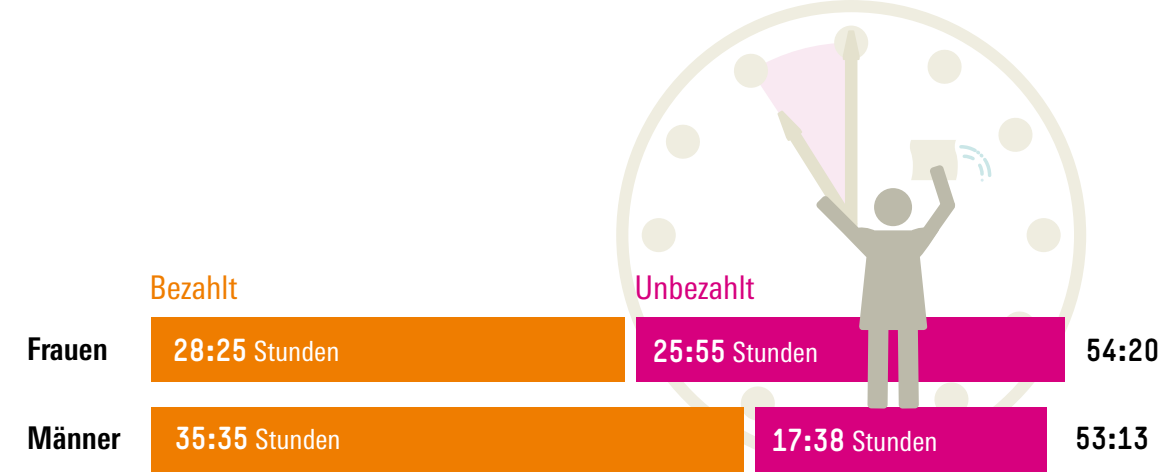
Eine Inflationsausgleichsprämie erhielten von den sozialversicherungspflichtig Beschäftigten ...



* Inklusive Beamt*innen; Quelle: IMK 2024. Hans Böckler Stiftung

Frauen arbeiten eine Stunde mehr

Der durchschnittliche wöchentliche Zeitaufwand beträgt für erwerbstätige ...



Quelle: Lott 2024. Hans Böckler Stiftung

TRANSFORMATION DEMOKRATISCH,
SOZIAL UND NACHHALTIG GESTALTEN

Wissen und praktische Unterstützung für eine
faire Transformation

Klimawandel, digitale Transformation und demografische Entwicklung verändern unsere Art, zu arbeiten und zu leben. Daraus folgende Umbauprozesse sind kompliziert und fordern immense Investitionen. Wie viel Veränderung ist möglich? Wie viel Veränderung ist nötig? Die Hans-Böckler-Stiftung hilft Akteur*innen der Mitbestimmung, Antworten auf diese Fragen zu finden. „Ob Transformation gelingt, entscheidet sich in der Arbeit und rund um die Arbeit“, sagt Stiftungsgeschäftsführerin Dr. Claudia Bogedan.

Um das Erfahrungswissen aus den Betrieben schnell, flexibel und praxisorientiert mit wissenschaftlicher Kompetenz zusammenzubringen, wurde 2022 die Förderlinie Transformation aufgelegt. „Es geht darum, kurzfristig und sehr konkret zu Lösungen für die Herausforderungen der Transformation zu kommen“, erklärt Dr. Manuela Maschke, die das Programm der Forschungsförderung koordiniert. 30 betriebliche und regionale Projekte wurden bereits gefördert, in Großbetrieben wie in mittelständischen Unternehmen, verteilt über nahezu sämtliche Branchen. „Das zeigt, dass der Veränderungsdruck jetzt überall richtig durchschlägt“, sagt Maschke. „Der Bedarf an Unterstützung ist groß.“

Wo die wesentlichen Knackpunkte bei der Gestaltung der Transformation liegen, lässt sich an den Themen ablesen, die in den Projekten verhandelt werden: Erstens Human Resources Management, also alles, was mit Fachkräftesicherung, Qualifikation oder Gesundheitsschutz zusammenhängt. Zweitens, eng damit verknüpft, Zukunftsfelder für Beschäftigungssicherung. Drittens

Prozessmanagement und Arbeitsorganisation, bis hin zu „New Work“ und KI am Arbeitsplatz. Und schließlich, viertens, das genauere Ausleuchten von lokalen und regionalen Arbeitsmärkten. In einer 2024 veröffentlichten Broschüre sowie zahlreichen Beiträgen auf dem Portal www.mitbestimmung.de werden ausgewählte Projekte detailliert vorgestellt.

Ein Projekt, das im vergangenen Jahr sehr erfolgreich abgeschlossen wurde, leitete beim mittelständischen Automobilzulieferer Brehm Präzisionstechnik in Ulm die Erschließung neuer Geschäftsfelder ein – durch eine „sozialpartnerschaftliche Lernreise“, an der Geschäftsführung, Betriebsrat, IG Metall und externe wissenschaftliche Partner*innen beteiligt waren. Gemeinsam wurden Handlungsansätze entwickelt, im Marketing, im Vertrieb, in der Akquise neuer Kund*innen und Produkte. Es entstand aber auch ein Vorgehensmodell für eine partizipative Gestaltung der Transformation im Mittelstand, das auf andere Betriebe übertragbar ist. Dr. Alexander Ziegler (Institut für sozialwissenschaftliche Forschung, München) und Maximilian Locher (IG Metall) bereiteten die Ergebnisse in einem Working Paper und einem interaktiven Praxisleitfaden auf.

Präsentiert wurde das Projekt auch auf der LABOR.A®, die die Arbeitsstelle „Arbeit der Zukunft“ der Hans-Böckler-Stiftung am 19. September 2024 zum siebten Mal ausrichtete. Unter dem Titel „FILL_THE_GAP! – Füll die Lücke“ zielte die hybride Konferenz im Café Moskau in Berlin, die mit mehr als 100 Referent*innen und 70 Partnerorganisationen erneut rund 2000 Besucher*innen vor Ort und online erreichte, darauf ab, die Leerstellen bei der klimagerechten Gestaltung von Arbeit und Wirtschaft mit neuen Ideen zu schließen. Es ging um Infrastruktur und abgehangene Regionen, um Mitgestaltung und Demokratie, um Tarifbindung und grüne Jobs. Grüne Jobs seien nicht automatisch gute Jobs, betonte die DGB-Vorsitzende Yasmin Fahimi im Abschlusspanel. „Es muss mit der Transformation gelingen, gute Arbeitsplätze zu schaffen – mit Beschäftigten, die eigene Innovationswünsche haben.“ Die nächste Ausgabe der LABOR.A® findet am 1. Oktober 2025 statt.

Klar ist: Die notwendigen Veränderungen werden nur gelingen, wenn sie demokratisch gestaltet, sozial gerecht, ökologisch nachhaltig und ökonomisch wettbewerbsfähig angelegt sind. Wie das geht, welche Maßnahmen dafür erforderlich sind und wie sie miteinander in Wechselwirkung stehen, soll ein von der Hans-Böckler-Stiftung 2024 eingerichtetes Kompetenzcluster aus vier renommierten Wissenschaftseinrichtungen erforschen.

Das Center for Employment Relations, Innovation and Change (CERIC) in Leeds nimmt die Perspektive von Beschäftigten in den Blick. Das Wirtschaftsforschungsinstitut WifOR in Darmstadt untersucht die Fachkräftebedarfe in Wertschöpfungsketten, die für die Transformation zentral sind. Das Fraunhofer-Zentrum für Internationales Management und Wissensökonomie (IMW) in Halle an der Saale legt den Fokus auf Wertschöpfungspotenziale, Infrastrukturanforderungen und Beschäftigungseffekte industriepolitischer Maßnahmen. Und am Lehrstuhl für Volkswirtschaftslehre, Makroökonomik und Wirtschaftspolitik der Universität Mannheim wird ermittelt, welche öffentlichen Investitionen für eine faire und erfolgreiche Transformation nötig sind.

Nur eine gesellschaftlich akzeptierte Transformation kann erfolgreich sein

Was nach der Wahl von Donald Trump zum neuen US-Präsidenten von der Zwei-Blinden-Dollar-Investitionsoffensive übrig bleiben wird, mit der sein Vorgänger Joe Biden die Transformation der US-Wirtschaft voranbringen wollte, ist noch offen. Trumps Vorhaben, den Inflation Reduction Act (IRA) ersatzlos zu streichen, stößt auch bei republikanisch geführten Bundesstaaten auf Kritik – zu sehr profitieren sie von den massiven Subventionen für Infrastruktur, Wasserstoffproduktion, klimaneutrale Stromerzeugung, Elektromobilität, Halbleiterproduktion sowie wissenschaftliche und technische Innovationen. Dass Biden mit seiner Industriepolitik auf dem richtigen Weg war, zugleich der US-Wirtschaft wichtige Impulse zu verleihen und die Treibhausgasemissionen drastisch zu reduzieren, wies eine IMK-Studie von Dr. Tom Bauermann, Dr. Sabine Stephan und Dr. Andrew Watt detailliert nach.

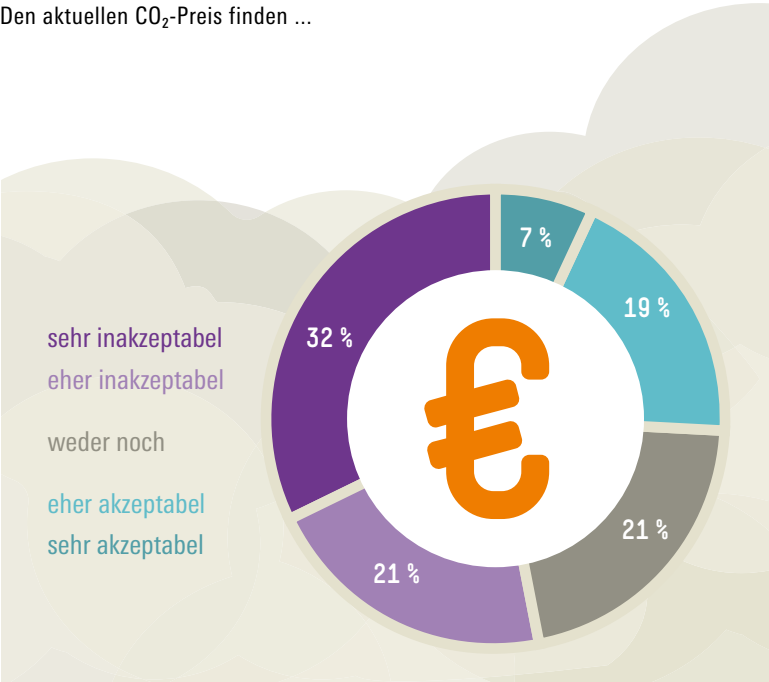
„Mit dem IRA adressiert die US-Regierung die aktuell drängenden industrie-, klima-, sozial-, struktur- und geopolitischen Herausforderungen und versucht, die große Transformation in einer Weise zu gestalten, die diese verschiedenen Perspektiven berücksichtigt und den damit verbundenen unterschiedlichen Interessen Rechnung trägt“, so das Fazit der Ökonom*innen. Die US-Regierung habe es verstanden, die mit der Transformation verbundenen Chancen in den Vordergrund zu

stellen und eine Aufbruchstimmung in der Wirtschaft zu erzeugen, während die große Transformation in Europa bislang vor allem mit Sorge betrachtet werde. Europa müsse stärker überlegen, welche Schlussfolgerungen man für die eigene Politik aus dem IRA ziehen könne.

Der „Green Deal“ der EU nimmt sich gegen das entschlossene Vorgehen der Biden-Regierung eher unambitioniert aus – und es wird mittlerweile sogar über eine Abschwächung diskutiert. Die Transformationsstrategie, mit der die EU bis 2050 klimaneutral werden will, krankt aber auch noch an einem anderen Defizit, wie HSI-Direktor Dr. Ernesto Klengel in seinem Vortrag zum Auftakt des „Seminars of comparative labour law – Pontignano XV“ am 22. Juli 2024 in Göttingen ausführte: der geringen Beachtung der sozialen Dimension. Der „Green Deal“ sei ohne angemessene Mitsprache der Arbeitnehmer*innen zustande gekommen. Und die Instrumente, die für einen gerechten Übergang sorgen sollen, seien in ihrer Reichweite sehr begrenzt. „Die Frage, welche Rolle den Sozialpartnern beim ‚Green Deal‘ zukommen soll, ist nicht nur eine Frage der politischen Werte, die je nach eigener Überzeugung so oder so beantwortet werden kann“, betonte der Jurist. „Es geht um den Erfolg der Transformation zu einer klimaneutralen Gesellschaft an sich.“

Anders ausgedrückt: Die sozial-ökologische Transformation kann nur gelingen, wenn sie gesellschaftlich akzeptiert ist. Bei einer der derzeit wichtigsten Maßnahmen, mit denen die Treibhausgasemissionen gesenkt werden sollen, ist das

Wenig Verständnis für CO₂-Abgaben
Den aktuellen CO₂-Preis finden ...



Quelle: IMK 2024

Hans Böckler
Stiftung

allerdings lediglich bei einer Minderheit der Menschen in Deutschland der Fall: Mit der CO₂-Bepreisung in den Bereichen Verkehr und Wärme sind nach einer repräsentativen Befragung, die die IMK-Forscher*innen Dr. Jan Behringer, Lukas Endres und Maïke Korsinnek auswerteten, nur 26 Prozent einverstanden. Besonders unter Menschen mit niedrigem Einkommen und in Ostdeutschland überwiegt die Ablehnung.

Allerdings überschätzen die meisten Befragten ihre aktuelle finanzielle Belastung durch den CO₂-Preis drastisch, während sie die absehbare Kostenentwicklung in den kommenden Jahren unterschätzen, wenn ein unbegrenzter Marktmechanismus die bislang geltende politische Preissetzung ablöst. Von derzeit 55 Euro pro Tonne CO₂ dürften die Kosten dann auf 200 Euro steigen. Neben einer besseren Information der Bevölkerung empfehlen die Wissenschaftler*innen darum, zeitnah einen finanziellen Ausgleich zu schaffen, der vor allem untere und mittlere Einkommensgruppen entlastet.

Dass die Energiewende unverzichtbar ist, glaubt indes eine Mehrheit der Arbeitnehmer*innen in Deutschland. Nach einer von der Hans-Böckler-Stiftung geförderten Studie von Prof. Dr. Vera Trappmann und Dr. Felix Schulz (Universität Leeds), die auf einer repräsentativen Befragung von 2.000 abhängig Beschäftigten basiert, schwankt die Zustimmung jedoch je nach parteipolitischer Präferenz. Bei Anhänger*innen der etablierten demokratischen Parteien liegt sie zwischen 67 Prozent (CDU/CSU) und 93 Prozent (Grüne). Bei Wähler*innen von BSW (41 Prozent Zustimmung) und AfD (23 Prozent) überwiegt dagegen die Ablehnung.

Aber: Die Anhängerschaften aller Parteien sprechen sich mehrheitlich dafür aus, staatliche

Subventionen an soziale Aspekte und gute Arbeitsbedingungen zu knüpfen – eine Idee, für die sich der DGB und seine Mitgliedsgewerkschaften stark gemacht haben. Zudem stimmt eine Mehrheit zu, dass die Energiewende erfolgreicher wird, wenn Bürger*innen und Beschäftigte mitbestimmen können. „Insgesamt legen die Ergebnisse unserer Studie nahe, dass die Forderungen, die ökologische Transformation sozial zu gestalten, nicht nur eine Fußnote in der politischen Diskussion ausmachen können, sondern zentral werden müssen, um den Zuspruch zu demokratischen Parteien der Mitte aufrechtzuerhalten und wieder zu stärken“, schreiben die Wissenschaftler*innen.

Mitbestimmung bringt die Nachhaltigkeit im Unternehmen voran

Durch die CSRD-Richtlinie der EU sollten eigentlich weit mehr Unternehmen als bislang dazu verpflichtet werden, Transparenz hinsichtlich ihrer Nachhaltigkeit herzustellen. Nach der Umsetzung der Richtlinie in nationales Recht – was bereits bis Mitte 2024 hätte geschehen müssen, der Bundesregierung aber bis Jahresende nicht mehr gelang – sollte die Zahl der berichtspflichtigen Unternehmen allein in Deutschland binnen fünf Jahren von derzeit 500 auf rund 15.000 steigen. Neben Fragen des Umwelt- und Klimaschutzes erfassen die verpflichtenden Berichtsstandards dabei im Bereich Soziales auch die Arbeitsbedingungen oder die Achtung der Menschenrechte und im Bereich Governance die Rolle der Aufsichtsorgane oder die Unternehmenskultur. Auf Druck der Wirtschaft machte die EU-Kommission Ende Februar 2025 jedoch eine Kehrtwende und schlug eine Reihe von Änderungen vor, die die geplante Ausweitung der Transparenzverpflichtungen wieder einschränken würden. Auch Mitbestimmungsrechte sind betroffen.

Für die Mitbestimmung bedeutet das einmal mehr die Notwendigkeit eines proaktiven Vorgehens, wie I.M.U.-Expertin Alexandra Schädler im Podcast „Fokus Aufsichtsrat“ der Hans-Böckler-Stiftung erläuterte. Um sicherzustellen, dass ein Unternehmen alle relevanten sozialen Aspekte als für sich „wesentlich“ und damit als berichterstattungspflichtig einstuft, müssten Beschäftigtenvertreter*innen ihre Beteiligung am Prozess von Beginn an aktiv einfordern. „Das wird ziemlich sicher kein Selbstläufer.“ Einen Überblick über die für Arbeitnehmervertreter*innen zentralen Elemente der neuen European Sustainability Reporting Standards (ESRS) lieferten Dr. Judith Beile und Christina Benning von der Hamburger Beratungsfirma wmp consult auf dem Mitbestimmungsportale der Hans-Böckler-Stiftung. Die neue Rubrik UP2DATE: Nachhaltigkeit informiert über die jüngsten Entwicklungen bei der Nachhaltigkeitsberichterstattung.

Auch die 2024 verabschiedete europäische Lieferkettenrichtlinie soll nach dem Willen der EU-Kommission erheblich abgeschwächt werden. In einem Vortrag beim Kooperationstreffen von IG Metall und ihrer italienischen Partnergewerkschaft FIOM am 24. September 2024 in Wolfsburg erklärte HSI-Juristin Helene Langbein, welche neuen gewerkschaftlichen Handlungsoptionen sich durch die Richtlinie in ihrer bisherigen Form eröffnen würden. So könnten Beschäftigtenvertreter*innen bei Sorgfaltspflichtverstößen entlang der gesamten Wertschöpfungskette Beschwerde erheben, Betroffene vertreten und dabei unterstützen, Schadenersatz- oder Wiedergutmachungsansprüche gerichtlich durchzusetzen. „Dadurch kann Betroffenen effektiver geholfen werden“, sagte Langbein. Nach dem Vorschlag der EU-Kommission sollen nun jedoch weder Schadenersatz- und Wiedergutmachungsansprüche noch eine Möglichkeit der Vertretung durch Gewerkschaften und NGOs verpflichtend umgesetzt werden. Auch würde nicht mehr die gesamte Lieferkette in den Blick genommen.

„Smart City“: die digitale Stadt als demokratischere Stadt?

Intelligente Straßenlampen, kommunizierende Mülltonnen, futuristische Bewässerungssysteme, aber auch digitale Tools für die Beteiligung der Bürger*innen an Stadtplanung und politischen Diskussionen: Hinter dem Schlagwort „Smart City“ kann sich ganz Unterschiedliches verbergen. Besonders vielfältig und weit fortgeschritten ist diese Digitalisierung und Vernetzung des öffentlichen Raums in Barcelona – die katalanische Metropole gilt weltweit als Vorreiterin in Sachen „Smart City“. Die bereits seit 2015 entwickelte Digitalisierungsstrategie wird dabei von einem

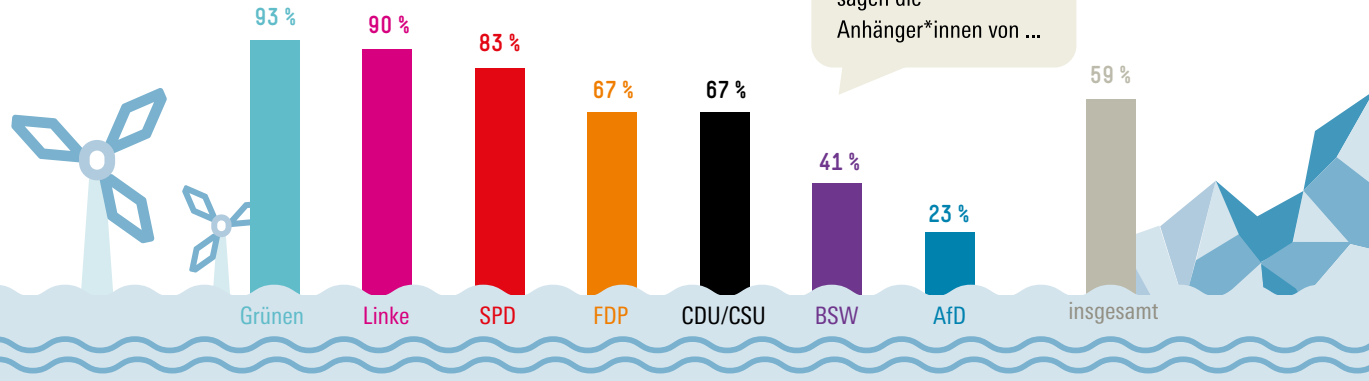


hohen Anspruch getragen: Die Transformation soll die Stadt offener, gerechter und demokratischer machen, die Technologie soll den Menschen dienen.

Inwieweit das gelingt und wo mögliche Probleme liegen, damit beschäftigten sich 16 Stipendiat*innen der Hans-Böckler-Stiftung bei einer einwöchigen Studienreise nach Barcelona. Für welche Zwecke und Ziele werden die Daten genutzt? Welche Rolle spielen die verschiedenen Interessengruppen wie Stadtverwaltung, Bewohner*innen oder große Technologiekonzerne? Und wie nachhaltig ist eine „smarte“ Stadtgestaltung tatsächlich?

Ein Stadtplaner führte die Teilnehmer*innen durch den ältesten der mittlerweile zahlreichen „Superblocks“ der Stadt – geschätzte und zugleich umstrittene Wohnquartiere, aus denen der Autoverkehr zugunsten von Lebensqualität, Begrünung und sozialem Zusammenhalt weitgehend verbannt ist. Ein Architekt besuchte mit den Studierenden das auf einem ehemaligen Industriegelände entstandene Innovationsviertel 22@, in dem unter anderem eine digitale Monitoring-Struktur aufgebaut wurde und sozial-ökologische Transformationsprojekte wie die Einrichtung von Sozialwohnungen in nachhaltigen Neubauten betrieben werden. Auf der 2016 eingeführten Plattform decidim können alle Bewohner*innen von Barcelona heute selbst über Stadtplanungsprojekte abstimmen. Wie gut diese digitale Bürger*innen-Beteiligung funktioniert, konnten die Studierenden mit Vertreter*innen der Plattform und der Gewerkschaft CCOO Catalunya diskutieren.

Mehrheit für die Energiewende außer bei AfD und BSW ...



Befragung von rund 2.000 abhängig Beschäftigten im April und Mai 2024; Quelle: Schulz, Trappmann 2024.

I.M.U. – INSTITUT FÜR MITBESTIMMUNG UND UNTERNEHMENSFÜHRUNG

Unternehmensmitbestimmung für eine starke Demokratie.



ÜBER 30 SEMINARANGEBOTE für Aufsichtsräte boten die Möglichkeit, sich über wichtige Themen und Aufgaben im Aufsichtsrat zu informieren und zu qualifizieren.



227 IN PRÄSENZ UND 230 ONLINE

Aufsichtsratsmitglieder, Gewerkschafter*innen und Expert*innen der Hans-Böckler-Stiftung diskutierten auf der diesjährigen Böckler-Konferenz für Aufsichtsräte über „Mitbestimmte Unternehmen – starke Demokratie“.



60 JAHRE gibt es die „Arbeitsgemeinschaft Engere Mitarbeiter*innen der Arbeitsdirektor*innen Stahl“ nun schon. Auf der Vollkonferenz im Juni wurde das große Jubiläum gefeiert.



Neues Format am I.M.U.: 5 Folgen des **PODCASTS** „Fokus Aufsichtsrat – Das Update für starke Mitbestimmung“ sind online gegangen.

EROSION

Insbesondere Familienunternehmen missachten die Mitbestimmung. 66 Prozent der mindestens 256 Unternehmen, die die paritätische Aufsichtsratsbesetzung vermeiden, und 60 Prozent der mindestens 172 Unternehmen, die rechtswidrig die paritätische Mitbestimmung ignorieren, sind in Familienhand.



329 Aufsichtsrät*innen haben bis Ende Januar 2024 an der **AUFSICHTSRÄTEBEFRAGUNG** 2023 teilgenommen.




Dr. Daniel Hay
Wissenschaftlicher Direktor des I.M.U.

THEMEN

Wir unterstützen Vertreter*innen von Beschäftigten in Aufsichtsräten, Personal- und Betriebsräten sowie Arbeitsdirektor*innen dabei, die Mitbestimmung in Unternehmen und Betrieben umzusetzen und als zentralen Bestandteil guter Unternehmensführung zu stärken. Dabei heben wir sowohl die sozial-ökologischen als auch die wirtschaftlichen Vorteile der Mitbestimmung hervor. Zudem verdeutlichen wir für die Forschung und die öffentliche Debatte ihren Mehrwert, insbesondere in Zeiten von Transformation, Krisen und Digitalisierung. Darüber hinaus entwickeln wir Konzepte, um die Mitbestimmung weiter auszubauen und zu schützen, insbesondere im Kontext von Europäisierung und Globalisierung.

SOCIAL MEDIA

 [Institut für Mitbestimmung und Unternehmensführung](https://www.mitbestimmung.de)

 [@zukunftmitbestimmung](https://www.instagram.com/zukunftmitbestimmung)

„

„WENN DEMOKRATISCHE RECHTE NUR AUF DEM PAPIER STEHEN, STELLT DAS SOWOHL DIE GLAUBWÜRDIGKEIT EINES RECHTSSTAATS ALS AUCH DIE SOZIALE MARKTWIRTSCHAFT ALS SOLCHE IN FRAGE. MITBESTIMMUNG AUSZUHÖHLEN IST POLITISCH UND ÖKONOMISCH EIN VERMEIDBARER FEHLER UND EINE SCHWERE HYPOTHEK FÜR DIE ZUKUNFT DER SOZIAL-ÖKOLOGISCHEN TRANSFORMATION.“

LEISTUNGEN

Mitbestimmungsportal

www.mitbestimmung.de

- Wissen kompakt
- Werkzeugkästen
- Themenmodule

Regelmäßige Veröffentlichungen

- Branchenmonitore
- Mitbestimmungsreports
- Mitbestimmungspraxis
- Arbeitshilfen für Aufsichtsräte
- Podcast „Fokus Aufsichtsrat“
- Praxiswissen Betriebsvereinbarungen

Regelmäßige Veranstaltungen

- Böckler Konferenz für Aufsichtsräte
- Böckler Seminarprogramm für Aufsichtsräte
- Workers' Voice: Format zur Stärkung der Beteiligung von Arbeitnehmer*innen auf europäischer Ebene

WSI – WIRTSCHAFTS- UND SOZIALWISSENSCHAFTLICHES INSTITUT

Handlungsorientierte Forschung für eine faire und menschliche Arbeits- und Lebenswelt.

Der **LOHN- UND GEHALTSHECK** von Lohnspiegel.de bietet Informationen zu den tatsächlich gezahlten Löhnen und Gehältern in über **500 BERUFEN**.



Die **WSI-MITTEILUNGEN** haben 2024 **41** wissenschaftliche Aufsätze, **11** Berichte aus der Praxis und **14** Diskussionsimpulse veröffentlicht.



SONDERZAHLUNGEN:

Mehr mit Tarif: Weihnachtsgeld bekommen von den Beschäftigten mit Tarifvertrag **77 %**, ohne Tarifvertrag **41 %**. Urlaubsgeld bekommen von den Beschäftigten mit Tarifvertrag **74 %**, ohne Tarifvertrag **36 %**.

Um **5,4 %** sind die Tariflöhne im Jahr 2024 gestiegen. Nach Abzug der Inflation von **2,2 %** erhöhen sie sich real um **3,1 %**.



Für die **13. WELLE** der **ERWERBSPERSONENBEFRAGUNG** haben **7 504** Erwerbstätige und Arbeitslose im November und Dezember 2024 **64** Fragen beantwortet.



Seit über zehn Jahren informiert das **WSI-GENDERDATENPORTAL** über Stand und Entwicklung der Gleichstellung von Frauen und Männern in Deutschland. Aktuell sind **167** Grafiken in **7** Themenbereichen abrufbar.



Die **INTERAKTIVE KARTE** der **WSI-Mindestlohndatenbank** gibt einen Überblick über die **MINDESTLÖHNE** **IN 39 LÄNDERN**.



Prof. Dr. Bettina Kohlrausch
Wissenschaftliche Direktorin des WSI

”

„GUTE ARBEITSBEDINGUNGEN UND EINE SOZIALE GESTALTUNG VON TRANSFORMATIONSPROZESSEN STÄRKEN DEMOKRATISCHE EINSTELLUNGEN. WENN MENSCHEN AM ARBEITSPLATZ ERFAHRUNGEN GESELLSCHAFTLICHER TEILHABE MACHEN, WIRD DAS DEMOKRATISCHE FUNDAMENT UNSERER GESELLSCHAFT GEFESTIGT.“


THEMEN

Das WSI forscht zu ökonomischen und sozialwissenschaftlichen Themen, die für Arbeitnehmer*innen relevant sind: Wie lassen sich die Bedingungen für Gute Arbeit schaffen? Wie können die Institutionen der Tarifpolitik und Mitbestimmung gesichert werden? Wo liegen die Ursachen der zunehmenden sozialen Ungleichheit? Mit unserer Arbeit wollen wir dazu beitragen, Arbeitsmarktprobleme zu lösen, die soziale Sicherung zu verbessern und die Lebenschancen für alle Menschen gerechter zu gestalten.

SOCIAL MEDIA

 [@WSI.institut](#)

 [WSI-Blog Work on Progress](#)

 [@wsiiinstitut.bsky.social](#)

LEISTUNGEN

Wissenschaftliche Zeitschrift
– WSI-Mitteilungen

Regelmäßige Reports

- Verteilungsbericht
- Mindestlohnbericht
- Tarifpolitischer Jahresbericht
- Europäischer Tarifbericht
- Gleichstellungsbericht
- Arbeitskampfbilanz

Regelmäßige Veranstaltungen

- Herbstforum
- Tarifforum
- Gleichstellungsforum

Datenerhebungen und Datenportale

- WSI-Tarifarchiv
- Betriebsrätebefragung
- Lohnspiegel.de
- WSI-Erwerbspersonenbefragung
- Genderdatenportal
- Verteilungsmonitor
- Arbeitsmarkt im Wandel
- Mindestlohndatenbank

IMK – INSTITUT FÜR MAKROÖKONOMIE UND KONJUNKTURFORSCHUNG

Gesamtwirtschaftliche Analysen für eine progressive Wirtschaftspolitik.

UMFASSENDE KONJUNKTURPROGNOSEN



2 PROGNOSEN und **2 PROGNOSE-UPDATES** gaben 2024 Aufschluss über Wachstumsaussichten für die deutsche Wirtschaft, internationale Wirtschaftsdynamiken sowie Entwicklungen auf dem Arbeitsmarkt. Die Konjunkturprognosen beleuchten Hintergründe und Optionen der gesamtwirtschaftlichen Entwicklung im Schlagschatten aktueller wirtschaftlicher Verwerfungen.

ANALYSE VON INVESTITIONSBEDARF UND REFORMNOTWENDIGKEIT BEI DER SCHULDENBREMSE

Das IMK analysierte gemeinsam mit dem Institut der deutschen Wirtschaft (IW), wie der deutsche Staat über die kommenden zehn Jahre jährlich etwa 60 Milliarden Euro gezielt zusätzlich investieren kann, um Infrastruktur, Wirtschaft und Gesellschaft zukunftsfähig zu machen. Mit der Investitionsoffensive von rund **600 MILLIARDEN EURO** könnten bis Mitte der 2030er-Jahre der Investitionsstau aufgelöst und nötige Fortschritte in der Bildungsinfrastruktur, bei Energie- und Verkehrsnetzen, öffentlichem Nahverkehr sowie der Dekarbonisierung des Landes erzielt werden.



IMK-VERANSTALTUNGEN

Insgesamt **560 TEILNEHMENDE** diskutierten vor Ort auf den zwei großen IMK-Veranstaltungen „IMK Forum“ und „Forum for Macroeconomics and Macroeconomic Policies (FMM)“ in Berlin zu finanzpolitischen Reform- und Handlungsoptionen und der Frage „Wie weiter mit der Schuldenbremse?“ sowie zu „Progressiven Perspektiven in Zeiten der Polykrisen“.



INFLATIONSMONITOR

12 FOLGEN des bewährten Inflationsmonitors lieferten 2024 monatlich aktuelle Daten zur Inflation für verschiedene Haushalte.

SYSTEMRELEVANT – FAKTEN FÜR EINE DEMOKRATISCHE UND NACHHALTIGE WIRTSCHAFT

In **17 FOLGEN** des Podcasts „Systemrelevant“ erklärt IMK-Direktor Sebastian Dullien wirtschaftliche Themen und Aspekte wie u. a. Rezession, Inflation, Handels- und Zollpolitik, Investitionsbedarfe und Schuldenbremse, Geldpolitik oder Fragen des Bundeshaushalts.



Prof. Dr. Sebastian Dullien
Wissenschaftlicher Direktor des IMK

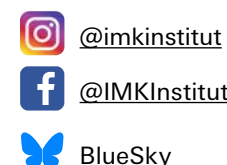
„

„DIE SCHULDENBREMSE HAT SICH ALS INVESTITIONS- UND FORTSCHRITTSBREMSE ERWIESEN. DIE NEUE REGIERUNG MUSS SIE REFORMIEREN, UM DEUTSCHLANDS WOHLSTAND AUCH FÜR DIE JUNGE GENERATION ZU SICHERN.“

THEMEN

Wir vermitteln Stakeholder*innen und Öffentlichkeit Orientierungswissen zu aktuellen gesamtwirtschaftlichen Entwicklungen und Fragen, so etwa zu den ökonomischen Verwerfungen des Energiepreisschocks und der Inflation und den damit einhergehenden wirtschaftlich-sozialen Herausforderungen in Krisenzeiten. Dabei legen wir explizit einen Schwerpunkt auf die Perspektive der Arbeitnehmer*innen und insbesondere auf Transformations- und Verteilungsfragen. Wir erstellen regelmäßig umfassende Wirtschaftsprognosen, veröffentlichen Fachstudien sowie wirtschaftspolitische Empfehlungen und verbreiten diese mit öffentlichkeitswirksamen Veranstaltungen und Formaten.

SOCIAL MEDIA



LEISTUNGEN

Regelmäßige Reports des IMK

- Konjunkturprognosen
- Wirtschaftspolitische Herausforderungen
- Finanzmarktstabilität
- Arbeitskostenreport
- Geldpolitik

Regelmäßige Policy Briefs des IMK

- IMK Inflationsmonitor

Wiederkehrende Veranstaltungen

- IMK Forum
- FMM Conference (Forum for Macroeconomics and Macroeconomic Policies)
- IMK-Workshop „Plurale Ökonomik“

IMK-Publikationen

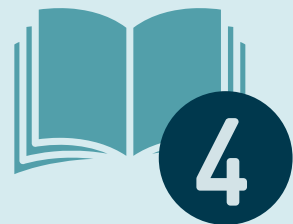
- IMK Kommentar
- IMK Report
- IMK Working Paper
- IMK Studies
- IMK Policy Brief
- FMM Working Paper

Digital und Social Media

- Podcasts
- Interviews („Drei Fragen an ...“)
- Audiokommentare

HSI – HUGO SINZHEIMER INSTITUT FÜR ARBEITS- UND SOZIALRECHT

Arbeitnehmerorientierte Forschung zum Arbeits- und Sozialrecht.



Mit **4** Ausgaben erscheint jedes Jahr der **HSI-REPORT** zum Europäischen Arbeits- und Sozialrecht – seit mittlerweile elf Jahren.



275 550 URTEILSVERFAHREN wurden von den Arbeitsgerichten im Jahr abgeschlossen. Vor den Sozialgerichten sind es **269 176 VERFAHREN**.



55 PROGRAMMBETEILIGTE haben am **14. Hans-Böckler-Forum** mitgewirkt.



2024 wurde der **HUGO SINZHEIMER PREIS** für eine herausragende arbeitsrechtliche Dissertation zum **22. Mal** verliehen.

Seit 2012 hat das HSI **53** rechtswissenschaftliche **GUTACHTEN** in der eigenen HSI-Schriftenreihe veröffentlicht – das sind im Schnitt vier Gutachten pro Jahr, mit denen fundierte Antworten auf praxisrelevante Fragen geliefert werden.



Über **1 000** Personen erhalten regelmäßig den **HSI-NEWSLETTER** mit Infos zu Aktivitäten und Veröffentlichungen des HSI per E-Mail – Tendenz steigend.



Das Tarifvertragsgesetz (TVG) feierte 2024 sein **75. JUBILÄUM**.



2024 wurden mit dem HSI-Direktor Dr. Ernesto Klengel **12** Folgen des **PODCASTS „SYSTEMRELEVANT“** veröffentlicht, u. a. zu Themen wie KI-Regulierung, Stärkung der Tarifbindung oder Plattformregulierung.



Dr. Ernesto Klengel
Wissenschaftlicher Direktor des HSI

„

„DIE ZUKUNFT SOWOHL DES ARBEITSRECHTS ALS AUCH DES SOZIALRECHTS IST DIGITAL. DOCH DIE VERÄNDERUNGEN IN DER ARBEITSWELT BERUHEN NACH WIE VOR AUF MENSCHLICHEN ENTSCHEIDUNGEN UND NICHT AUF DER BLOSSEN ANWENDUNG VON TECHNIK.“

THEMEN

Das HSI betreibt und vernetzt nationale wie internationale arbeits- und sozialrechtliche Forschung. Im Sinne seines Namensgebers, des Rechts- und Sozialwissenschaftlers Hugo Sinzheimer, verfolgt es einen Forschungsansatz, der soziologische, rechtspolitische und internationale Aspekte integriert und zwischen Theorie und Praxis vermittelt. Das Institut geht nicht nur grundsätzlichen und rechtshistorischen Fragestellungen nach, sondern behandelt auch aktuelle, für Arbeitnehmer*innen, Gewerkschaften, Betriebs- und Personalräte sowie für die Politik praktisch wichtige Themen. Mit wissenschaftlich fundierten Argumenten leistet es einen aktiven Beitrag zu den rechtspolitischen Debatten im Arbeits- und Sozialrecht.

SOCIAL MEDIA

 [@arbeitsrechthsi.bsk_y.social](https://twitter.com/arbeitsrechthsi.bsk_y.social)

LEISTUNGEN

Regelmäßige Veröffentlichungen

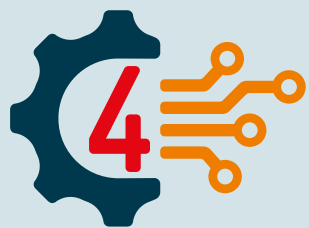
- HSI-Schriftenreihe
- HSI-Working Paper
- Arbeitsrechtliche Schriften (Dissertationsreihe)
- HSI-Report zum Europäischen Arbeits- und Sozialrecht (dt./engl.)
- Zeitschrift Soziales Recht (in Kooperation)

Regelmäßige Veranstaltungen

- Hans-Böckler-Forum zum Arbeits- und Sozialrecht
- Campus Arbeitsrecht (in Kooperation)
- Betriebspolitische HSI-Tagung
- Colloquium für den wissenschaftlichen Nachwuchs im Arbeits- und Sozialrecht
- Gleichstellungsforum (in Kooperation mit dem WSI)
- Hugo Sinzheimer Preis
- Sinzheimer-Vorlesung
- Feministische Spring School
- Jahrestagung Arbeitsrechtsgeschichte (in Kooperation mit dem Max-Planck-Institut)
- Forum Arbeitsrecht und Rechtspolitik

FORSCHUNGS- FÖRDERUNG

**Kompetenzaufbau zu dringenden Fragen der Transformation:
Beschäftigungs-, Infrastruktur-, Industriepolitik und vieles mehr.**



4 Kompetenzzentren im Kompetenzcluster zu aktuellen Fragen in der Transformation.

LABOR.A® 2024

2000 Teilnehmende in Präsenz und digital; **71** Partner haben das Programm gestaltet: in **32** eigenen Sessions und Impulsen und in **24** Ausstellungen auf dem Markt der Ideen.

Der **PODCAST „GESCHICHTE WIRD GEMACHT“** ist im April 2024 erstmals erschienen. Thematisch behandelten die ersten sieben Folgen u. a. die Durchsetzung des Achtstundentags, Frauen im Kampf um Mitbestimmung und wie die Gewerkschaften Demokratie verteidigen. Aktuell hat er ca. 1 000 Zuhörer*innen.



Förderlinie Transformation:
schnelle Beiboote für konkrete betriebliche und regionale Anliegen. **37** Projekte, davon **25** mit Betrieben und **7** in Regionen.



70 neu aufgenommene Projekte,
60 abgeschlossene Projekte,
mehr als **100** Veröffentlichungen,
darunter 50 Publikationen in eigenen Formaten.



Christina Schildmann
Abteilungsleitung Forschungsförderung

„

„IM JAHR 2024 HAT SICH DIE DEBATTE UM DIE SOZIAL-ÖKOLOGISCHE TRANSFORMATION ZUGESPITZT. DER KONSENS SCHEINT ZU BRÖCKELN. UMSO MEHR IST ES UNSERE AUFGABE, ZU ZEIGEN, DASS DIE TRANSFORMATION GELINGEN KANN, WENN SIE SOZIAL UND DEMOKRATISCH ABLÄUFT.“

THEMEN

Im Jahr 2024 hat sich die Debatte um die sozial-ökologische Transformation zugespitzt. Der Konsens scheint zu bröckeln. Die Wahlen in Ostdeutschland waren ein Gradmesser dafür, wie stark das Projekt „sozial-ökologische Transformation“ herausgefordert ist und wie sehr es auf der Kippe steht. Mit AfD und BSW konnten die beiden Parteien besonders erfolgreich mobilisieren, die versprechen, die Transformation zu stoppen (AfD) oder zumindest stark zu verlangsamen (BSW). Sie bieten – scheinbare – Entlastung für diejenigen, die besonders unter Veränderungsstress und Ungewissheit leiden, und die darum sehr empfänglich sind für die Stimmen, die ihnen zurufen: „Es muss sich gar nichts ändern.“ Umso mehr ist es unsere Aufgabe, zu zeigen, dass die Transformation gelingen kann, wenn sie sozial und demokratisch abläuft. Das stand im Jahr 2024 im Zentrum unserer Arbeit, zum Beispiel bei den zahlreichen betrieblichen Praxisprojekten der Förderlinie „Transformation“, wo wir inzwischen gut sehen können, was auf der betrieblichen Ebene im Rahmen der Transformation verhandelt wird. Oder im „Kompetenzcluster zu aktuellen Fragestellungen der Transformation“, wo gleich vier Zentren stereo und mit unterschiedlichen Fragen zum Thema „Energiewende“ geforscht haben und weiter forschen.

LEISTUNGEN

Regelmäßige Veranstaltungen

- LABOR.A®: Die jährliche Konferenz der Forschungsförderung zur Arbeit der Zukunft bringt Akteur*innen aus Thinktanks, Politik, Gewerkschaften, Wissenschaft und Unternehmen zusammen.

Aktivitäten

- Mehr als 150 geförderte Einzelprojekte im Jahr 2024. Laufende Forschung wird durch Beiräte begleitet, deren Mitglieder in Wissenschaft, Gewerkschaften, Verbänden und Politik tätig sind und ihre Expertise einbringen.

SOCIAL MEDIA



@arbeit-der-zukunft.bsky.social

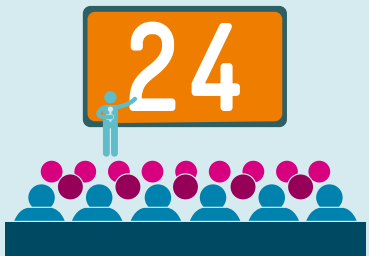
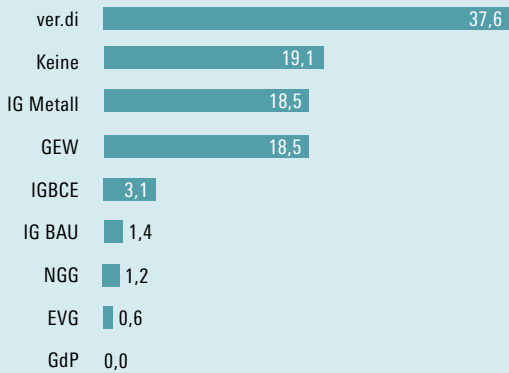


@labora.digital

STUDIEN- UND PROMOTIONSFÖRDERUNG

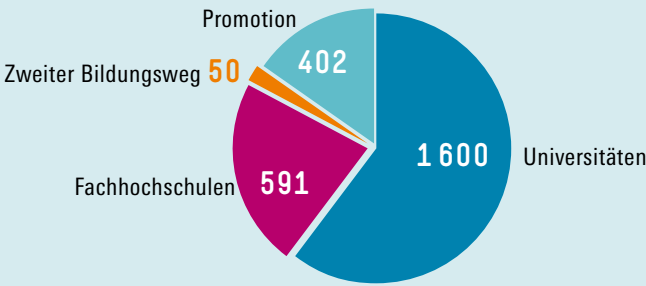
Talente fördern.

GEWERKSCHAFTSZUGEHÖRIGKEIT der geförderten Stipendiat*innen (in Prozent)



24 Stipendiat*innen
studieren auf dem
DRITTEN BILDUNGSWEG.

ZAHL DER GEFÖRDTEN STIPENDIAT*INNEN 2023/24

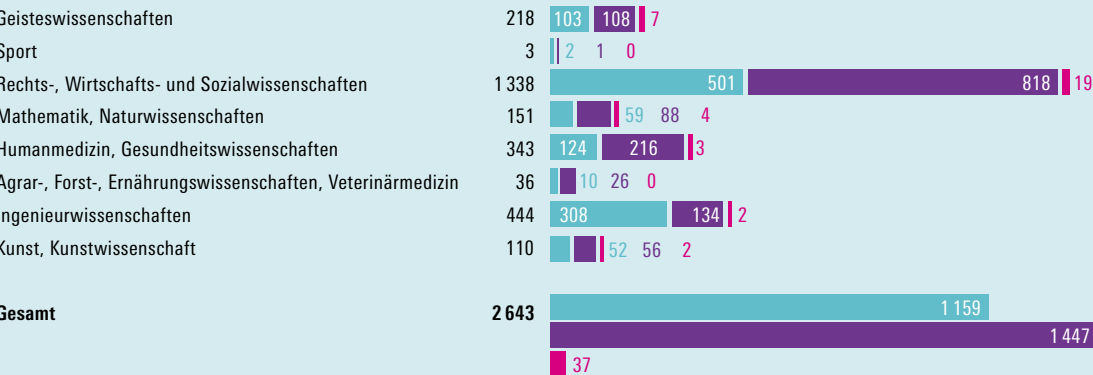


71,3 Prozent der
Studierenden stammen aus
NICHAKADEMIKERFAMILIEN.

40,4 Prozent der Studierenden haben einen
MIGRATIONSHINTERGRUND.

ANZAHL DER STIPENDIAT*INNEN NACH FÄCHERGRUPPEN

Studierende und Promovierende



Ralf Richter
Abteilungsleitung Studienförderung

THEMEN

Als eines der größten Begabtenförderungswerke Deutschlands fördern wir Stipendiat*innen mit vielseitigen und unterschiedlichen Bildungs- und Lebensbiografien. Dazu gehören Studierende und Promovierende an Universitäten, Hochschulen für angewandte Wissenschaften und Kunsthochschulen mit gewerkschaftlichem oder gesellschaftspolitischem Engagement sowie überdurchschnittlichen Leistungen. Ein besonderer Schwerpunkt liegt auf der Förderung von Abiturient*innen aus sozial benachteiligten Gruppen, die sich aktiv an der Gestaltung unserer Gesellschaft beteiligen wollen. Darüber hinaus unterstützen wir auch den Erwerb des (Fach-)Abiturs auf dem zweiten Bildungsweg und fördern über unser Programm „Talente in der beruflichen Bildung“ Auszubildende mit einem Stipendium.

WEITERE INFORMATIONEN



CHIN-KoBe

„

„UNSERE NEUE AUSLANDS-
AKADEMIE IN POLEN, DIE
WIR IN KOOPERATION MIT DER
JAGIELLONEN-UNIVERSITÄT
IN KRAKAU DURCHFÜHREN,
ERMÖGLICHT UNSEREN
STIPENDIAT*INNEN, DIE
ENTWICKLUNGEN IN OSTEUROPA
AUS DER NÄHE ZU VERFOLGEN.
DABEI NIMMT MIT DEM BESUCH
DES KONZENTRATIONSLAGERS
AUSCHWITZ-BIRKENAU DAS
GENDENKEN AN DEN HOLOCAUST
EINE ZENTRALE ROLLE EIN.“

LEISTUNGEN

Regelmäßige Veröffentlichungen

- Jahresprogramm, das einen Überblick gibt über die jährlich mehr als 120 Seminare, Workshops und Tagungen unserer ideellen Förderung

Regelmäßige Veranstaltungen

- Auslandsakademien in verschiedenen Ländern, wo neben dem Spracherwerb die Vermittlung von Informationen zu Politik, Geschichte und Kultur im Zentrum steht
- Programm zum Auf- und Ausbau der China-Kompetenz für die Stipendiat*innen der 13 akademischen Begabtenförderungswerke und der Stiftung Begabtenförderung berufliche Bildung unter Federführung der Hans-Böckler-Stiftung

Aktivitäten

- Förderung von bis zu 20 Promotionsverbänden, welche die strukturierte Promotion und die Postdoc-Förderung an deutschen Hochschulen unterstützen

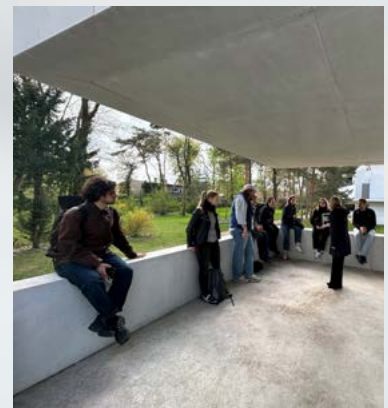
SEMINARE DER STUDIENFÖRDERUNG

Das Stipendium der Hans-Böckler-Stiftung bietet mehr als eine sichere Existenzgrundlage: Unsere Seminare, Auslandsakademien und Reisen bieten Gelegenheit, sich weltweit zu vernetzen. Internationalität ist uns wichtig. Gemeinsam befassen wir uns in unseren gesellschaftspolitischen Seminaren mit aktuellen Themen. Unsere Angebote richten sich an alle Stipendiat*innen – ganz unabhängig vom Studienfach. Sie führten uns 2024 etwa nach Dessau, Südostasien, nach Brasilien oder nach Krakau und Auschwitz.



WEIT MEHR ALS NUR SPRACHUNTERRICHT: AUSLANDSAKADEMIE IN POLEN

Krakau ist eine Stadt mit so bewegter wie bewegender Geschichte. Sie war jahrhundertlang Hauptstadt des polnischen Königsreichs, die Pracht der zum Weltkulturerbe zählenden Altstadt legt davon steinernes Zeugnis ab. In Krakau lebte bis zum Holocaust aber auch die größte jüdische Gemeinde Polens. Das nationalsozialistische Vernichtungslager Auschwitz ist nicht weit entfernt. Mit Geschichte und Gegenwart Polens beschäftigten sich 14 Stipendiat*innen bei einer Auslandsakademie vom 31. August bis 28. September 2024. Neben Polnischunterricht und Vorlesungen in Landeskunde standen unter anderem Treffen mit Gewerkschaftsvertreter*innen, Besuche in der Fabrik von Oskar Schindler und in der Gedenkstätte Auschwitz sowie eine Führung durch das Viertel Nowa Huta auf dem Programm, das in den 1980er-Jahren zu den Zentren der Solidarność-Bewegung zählte.



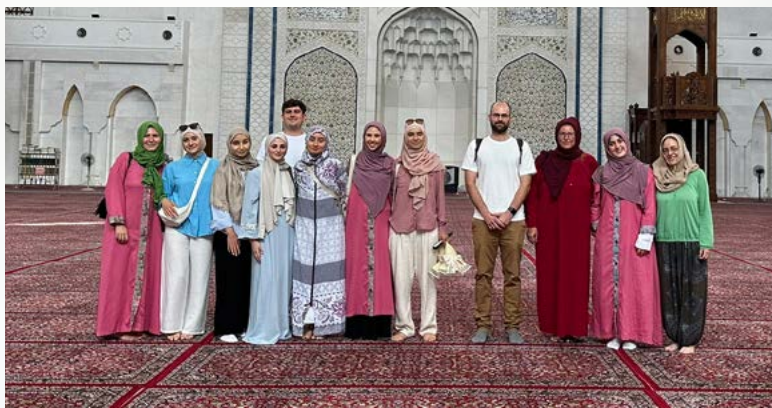
MODERNE ARCHITEKTUR ALS SOZIALE ARCHITEKTUR

Steigende Mieten und ein wachsender Mangel an bezahlbarem Wohnraum haben das Wohnen zu einer der drängendsten sozialen Fragen der Gegenwart werden lassen. Bei der Suche nach Antworten kann auch ein Blick in die Vergangenheit helfen. Wie nach dem Ersten Weltkrieg mit der Architektur des Bauhauses, des Neuen Bauens oder des Funktionalismus neue Wege im Wohn- und Siedlungsbau besritten wurden, erfuhren zehn Stipendiat*innen bei einem Seminar vom 9. bis 12. April 2024 in Dessau. Fachvorträge und Exkursionen vermittelten ihnen die ästhetischen Leitprinzipien des „Less is more“ oder „Form follows function“ und die damit verbundenen gesellschaftlichen Ideen. Auf dem Dessauer Campus der Hochschule Anhalt erlebten sie, wie Gestaltungsmerkmale der architektonischen Moderne für aktuell geforderte Nutzungsformen übersetzt werden können.



BRASILILIEN UND DER GEIST DES BOLSONARISMUS

Er galt als der brasilianische Trump: Vier Jahre lang führte Präsident Jair Bolsonaro das größte latein-amerikanische Land auf einen strammen Rechtsaußenkurs. Agrarindustrie, Militär, Evangelikale und prominente Verschwörungsprediger*innen stützten ihn. Sein Nachfolger, der aus der Gewerkschaftsbewegung stammende Luiz Inácio Lula da Silva, ringt seit seinem knappen Wahlsieg im Oktober 2022 darum, ein wirtschaftlich und politisch zutiefst gespaltenes Land zu einen, in dem der Geist des Bolsonarismus immer noch weiterwirkt. Bei einer Studienreise vom 22. April bis 3. Mai 2024 nach São Paulo diskutierten 16 Stipendiat*innen mit politischen, gewerkschaftlichen und indigenen Aktivist*innen, wie es um die Zukunft der Demokratie in Brasilien steht. Bei der Maikundgebung in São Paulo trafen zwei Teilnehmer*innen sogar direkt auf Präsident Lula.



INNENANSICHTEN EINER AUFSTREBENDEN WELTREGION

Alle sprechen vom Indo-Pazifik. Die Weltregion, in der rund 60 Prozent der Erdbevölkerung leben, ist ins Zentrum des handels- wie machtpolitischen Interesses gerückt. Die USA und Europa möchten den chinesischen Einfluss zurückdrängen, die Region steht unter Druck, sich zwischen China und dem Westen zu positionieren. Hinzu kommen die Konflikte um Taiwan sowie zwischen Nord- und Südkorea. Bei einer Studienreise vom 19. bis 31. August 2024 nach Singapur und Malaysia erkundeten zwölf Stipendiat*innen die lokale Sicht auf diesen riesigen geografischen Raum mit seinen vielen Sprachen und Ethnien. Wissenschaftler*innen, Aktivist*innen und Gewerkschafter*innen eröffneten ihnen Einblicke in Zivilgesellschaft, Demokratisierung, Lebenschancen junger Menschen sowie das multiethnische und multireligiöse Zusammenleben in den beiden postkolonialen Staaten.

DIE ORBÁNISIERUNG DER SLOWAKEI?

Die Slowakei unter Robert Fico und das Ungarn unter Viktor Orbán haben einiges gemeinsam – von der Ablehnung liberaler Werte durch ihre rechtspopulistischen Ministerpräsidenten über die Daueropposition gegen die Europäische Union bis zum Einfluss des organisierten Verbrechens auf das politische System. Mit den historisch-kulturellen und politökonomischen Verbindungen zwischen beiden Ländern und ihrer Kooperation gegen Vorgaben aus Brüssel setzten sich zwölf Stipendiat*innen bei einer Studienreise nach Bratislava und Budapest auseinander. Vom 28. April bis 8. Mai 2024 trafen sie auf Akteur*innen aus Politik, Wissenschaft und Zivilgesellschaft, besuchten in beiden Hauptstädten die deutsche Botschaft – und lernten dabei Gesellschaften kennen, die vielschichtiger und demokratischer sind, als sie erwartet hätten.

DIE LETZTE GETEILTE HAUPTSTADT DER WELT

Im vergangenen Jahr jährte sich die Teilung Zyperns zum 50. Mal. Seit türkische Truppen 1974 den Norden besetzten, läuft eine Demarkationslinie durch die Insel – und mitten durch die Hauptstadt Nikosia. Zuletzt verschärfte sich der Konflikt wegen der Öffnung der ehemaligen „Geisterstadt“ und militärischen Sperrzone Varosha durch die Türkei. Mit den Bemühungen zur Wiederannäherung der Republik Zypern und des international nicht anerkannten Nordzypers, aber auch mit Migration und Flucht in dieser Krisenregion des östlichen Mittelmeers sowie mit Gewerkschaftsarbeit in beiden Landesteilen beschäftigten sich neun Stipendiat*innen bei einer Studienreise vom 16. bis 22. Juni 2024. Neben vielen Gesprächen mit Expert*innen lernten sie bi-kommunale Projekte kennen, in denen sich griechische und türkische Zypriot*innen gemeinsam engagieren.



ÖFFENTLICHKEITS- ARBEIT

Das Wissen unter die Leute bringen. Die Forschungs- und Beratungsleistung der Hans-Böckler-Stiftung für eine breite Öffentlichkeit nutzbar zu machen – darum kümmert sich die Abteilung Öffentlichkeitsarbeit. Aktuell, anschaulich und verständlich aufbereitet finden sich die Themen der Stiftung im Newsletter „HANS.“, im Infodienst „Böckler Impuls“, im Magazin „Mitbestimmung“, auf der Website www.boeckler.de, in unseren Social-Media-Kanälen und dem Podcast „Systemrelevant“. „Böckler Schule“ stellt Unterrichtsmaterialien zur sozioökonomischen Bildung für Schüler*innen der Sekundarstufen I und II zur Verfügung. Die Pressestelle hält den Kontakt zu den Medien.

152 472 696

Gut 152 Millionen – so hoch war allein im November 2024 die Reichweite, die Medienberichte über die Forschungsergebnisse und die Arbeit der Hans-Böckler-Stiftung erzielten. Das ergibt die regelmäßige Auswertung von 22 Zeitungen, Medien-Websites und Rundfunksendungen.



INFOS DIREKT VON DER QUELLE

Auf www.boeckler.de findet man alles rund um die Hans-Böckler-Stiftung. Alle Inhalte sind gebündelt unter „Themen“ auffindbar. Wer sich für bestimmte Angebote interessiert – wie zum Beispiel ein Stipendium, die Förderung von Forschungsarbeiten oder unsere Veranstaltungen –, wird unter „Leistungen“ fündig. Die Institute der Stiftung haben ihre eigenen Auftritte, präsentieren aber ihre Arbeit nach dem gleichen Ordnungsprinzip. Mehr als 6 Millionen Seitenaufrufe und über 320 000 Downloads von Dokumenten wurden auf www.boeckler.de im Jahr 2024 gemessen.



HANS. BÖCKLER NEWS

Alle **2 WOCHEN** erscheint HANS. – der Newsletter mit den wichtigsten Studien, Neuigkeiten und Terminen aus der Stiftung.

Hier können Sie die Newsletter der Hans-Böckler-Stiftung bestellen.



Das Angebot an Schulmaterialien ist umfangreich:
mit **12 UNTERRICHTSEINHEITEN**,

3 AUSFÜHRLICHEN THEMENHEFTEN und **5 ERKLÄRFILMEN**.

Ganz neu ist eine digitale Unterrichtseinheit zum Tarifvertrag, die mit vielen interaktiven Elementen einen spielerischen Zugang zum Thema ermöglicht. Böckler Schule deckt ein breites Themenspektrum ab – von der Mitbestimmung bis zur Tarifpolitik – und greift aktuelle Themen auf:

Wozu braucht man einen Tarifvertrag?

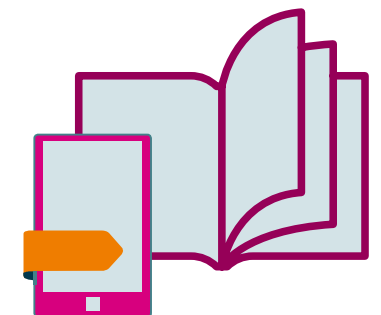
Warum streiken Beschäftigte?

Was ist ein Betriebsrat?



RUND 21 500 ABONNENT*INNEN

informierte Böckler Impuls über Neues aus der Forschung zu den Themen Arbeit, Wirtschaft und Soziales. Ein großer Teil der Bezieher*innen sind Abgeordnete, Betriebs- und Personalräte, Wissenschaftler*innen sowie Journalist*innen.



Alle **2 MONATE** liefert das Magazin Mitbestimmung

Nachrichten, Analysen und Reportagen aus Arbeitswelt, Wirtschaft und Gesellschaft. Dabei immer aus der Perspektive der Beschäftigten.

SYSTEMRELEVANT - FAKTEN FÜR EINE DEMOKRATISCHE UND NACHHALTIGE WIRTSCHAFT

In Systemrelevant analysieren Wissenschaftler*innen der Hans-Böckler-Stiftung, was Politik, Wirtschaft und Gesellschaft bewegt: makroökonomische Zusammenhänge, ökologische und soziale Herausforderungen und die Bedingungen einer gerechten und mitbestimmten Arbeitswelt.



DIE DIGITALEN KANÄLE DER HANS-BÖCKLER-STIFTUNG

SYSTEMRELEVANT



Das Lieferkettengesetz bietet einen Anreiz, die "gute Seite" der Digitalisierung zu stärken. Also dafür zu sorgen, dass die gesammelten Daten zum Schutz der Arbeitnehmer*innen genutzt werden, statt lediglich zur ihrer Überwachung.

SYSTEM RELEVANT

Christina Schildmann
Leiterin der Forschungsförderung

Fakten für eine demokratische und nachhaltige Wirtschaft

Auch im vergangenen Jahr sind wieder viele spannende Folgen unseres Wirtschaftspodcasts „Systemrelevant“ erschienen. **50**-mal begrüßte Moderator Marco Herack die Podcast-Gäste aus unseren Instituten und der Forschungsförderung. Insgesamt gab es **113 000** Abrufe des Podcasts und **8 600** weitere Abrufe der Folgen auf YouTube. Reinhören lohnt sich.

HANS. BÖCKLER NEWS

HANS. BÖCKLER NEWS

Wir wollen unsere Geförderten zu mitbestimmenden, handlungsfähigen Persönlichkeiten in der Arbeitswelt ausbilden.

RALF RICHTER
Abteilungsleiter der Studienförderung



Die wichtigsten Studienergebnisse, Neuigkeiten und Termine aus der Stiftung kommen gebündelt im „HANS.“ zu euch. Prominent eröffnet wird der Newsletter jeweils durch ein Editorial von Persönlichkeiten aus der Stiftung und ihrem Umfeld. Rund **6 300** Abonnent*innen sind schon dabei.

YOUTUBE



Debatten, Vorträge, Interviews und Erklärfilme: Unsere Videos erscheinen nun dank Grafik-Update im neuen Glanz. Alle Videos finden sich auf unserem YouTube-Kanal, wo sie im vergangenen Jahr wieder knapp **206 000**-mal aufgerufen wurden. Vorbeischauen lohnt sich.



INSTAGRAM

Neben dem Instagram-Account unserer Stipendiat*innen „@boeckler_stips“ mit **3 800** Follower*innen hat sich auch der Kanal der Stiftung etabliert. Rund **8 600** Follower*innen verfolgen darüber Fotos und Videos von unseren Veranstaltungen, Visualisierungen neuer Studienergebnisse und Neuigkeiten rund um unsere Stipendienangebote. Seit Januar 2024 sind wir auf der Microblogging-Plattform Instagram Threads vertreten. Zu finden unter: www.threads.net/@boeckler_stiftung

Hans-Böckler-Stiftung
@boeckler-stiftung.bsky.social

59 % der Arbeitnehmer halten die #Energiewende für unverzichtbar, um die Klimaziele zu erreichen – Mehrheit will stärkere Bindung an soziale Kriterien!
Klare Unterschiede: Demokratische Wähler unterstützen die Energiewende, AfD-Anhänger sind skeptischer.

www.boeckler.de/de/pressemit...



28. Oktober 2024 um 12:39 · 25 Alle können antworten · 9 Reposts · 20 Likes



BLUESKY



MASTODON

Mittlerweile spielen für die Verbreitung unserer Forschungsergebnisse und als Debattenplattform Bluesky und Mastodon eine wichtige Rolle. Wir informieren rund **4 850** Follower*innen über unsere Aktivitäten. **1 100** bei Mastodon und **3 750** über Bluesky.



FACEBOOK

Unter unseren rund **16 145** Abonnent*innen auf Facebook sind viele Betriebsrät*innen, Gewerkschafter*innen und Mitbestimmungsakteur*innen, die an unserer Forschung und an unseren Veröffentlichungen interessiert sind, weil sie für ihre eigene Arbeit relevant sind.

Hans-Böckler-Stiftung
14.463 Follower*innen
Website besuchen
6 Monate · 1

Wir gratulieren den diesjährigen Preisträgerinnen des Maria-Weber-Grants: Dr. Lea Elsässer, Dr. Stefanie Gärtner & Dr. Judith Purkarthofer 🎉🎉🎉 ... mehr



WIR GRATULIEREN DEN PREISTRÄGERINNEN DES MARIA-WEBER-GRANT

60 · 3 Kommentare · 1 direkt geteilter Beitrag



LINKEDIN

Wo das Thema Arbeitswelt ohnehin allgegenwärtig ist, kommen auch unsere praxisnahen Inhalte zu Mitbestimmung und Guter Arbeit an: Auf der Business-Plattform LinkedIn hat die Stiftung mittlerweile über **14 460** Follower*innen.

Hans-Böckler-Stiftung
Gepostet von Hootsuite
21. November 2024 · 1

Die Debatte um die Ausgestaltung und Höhe des Bürgergeldes reißt nicht ab. Die Bürgergeldhöhungen der letzten Jahre haben hohe Wellen geschlagen: nicht fair, viel zu hoch, und vor allem für alle, die arbeiten, ein Schlag ins Gesicht – so die Erzählung. Faktisch stimmt das aber nicht. Die Kritik an der Bürgergeldhöhung ist hartnäckig, aber falsch. <https://www.wsi.de/.../blog-17857-hartnaeckig-aber-falsch...>

L... Mehr anzeigen



Insights und Anzeigen ansehen · Beitrag bewerben

13 · 11 Mal geteilt

DIE STIFTUNG IN ZAHLEN

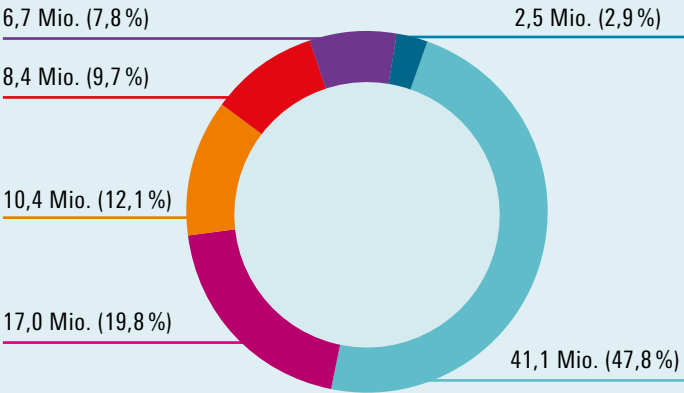
Der Haushalt des Geschäftsjahres 2023/24 (1. Oktober 2023 bis 30. September 2024) hatte ein Gesamtvolumen von 92,6 Millionen Euro. 61,3 Prozent der Stiftungseinnahmen speisten sich aus Zuwendungen von Förderinnen und Förderern. So führten vor allem Arbeitnehmervertreter*innen in Aufsichtsräten, Arbeitsdirektor*innen sowie Vorstandsmitglieder und Geschäftsführer*innen gewerkschaftlicher Unternehmen – gemäß Beschluss des DGB-Bundesausschusses – Teile ihrer Vergütungen oder Einkünfte an die Hans-Böckler-Stiftung ab. Die Zuwendungen des Bundesministeriums für Bildung und Forschung wurden zweckgebunden für die Studienförderung verwendet.

92,6 MIO. EURO GESAMT



61 % DAVON SIND
ZUWENDUNGEN VON
FÖRDERINNEN UND
FÖRDERERN

GESAMTAUFWENDUNGEN IN EURO
Betrachtet man die operativen Geschäftsfelder der Hans-Böckler-Stiftung, so verteilen sich – bei Umlage der Aufwendungen für die Zentralbereiche und die Öffentlichkeitsarbeit – die Gesamtaufwendungen wie folgt:



FORSCHUNG DER HANS-BÖCKLER-STIFTUNG



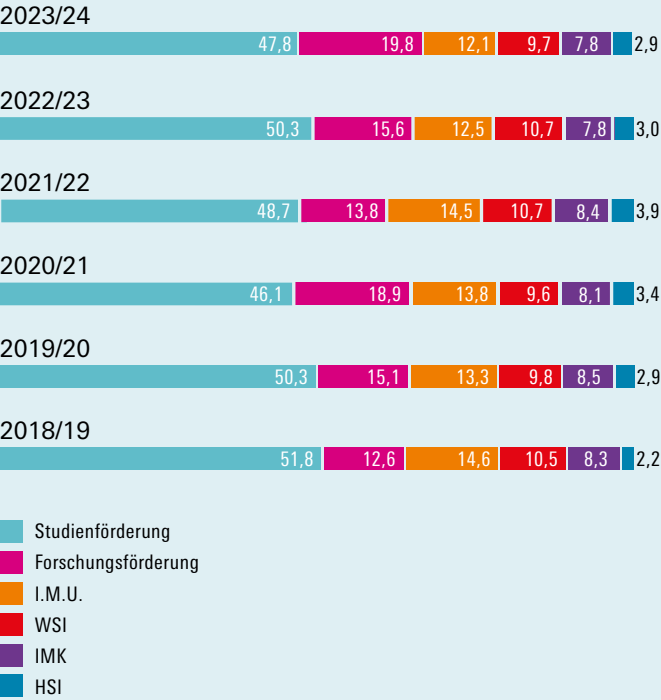
Wissenschaftliche Projekte
11 MIO. EURO

STUDIENFÖRDERUNG DER HANS-BÖCKLER-STIFTUNG



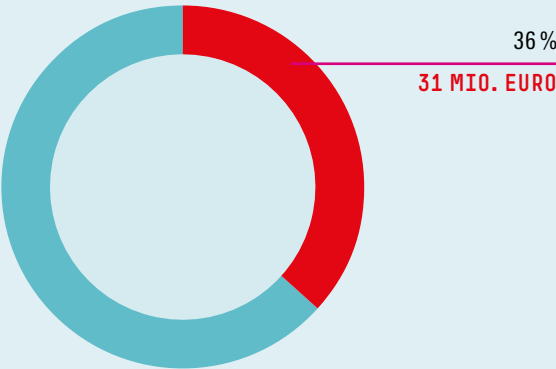
Stipendiat*innen
28,8 MIO. EURO

DIE GESAMTAUFWENDUNGEN IM VERGLEICH MIT DEN VERGANGENEN GESCHÄFTSJAHREN IN PROZENT



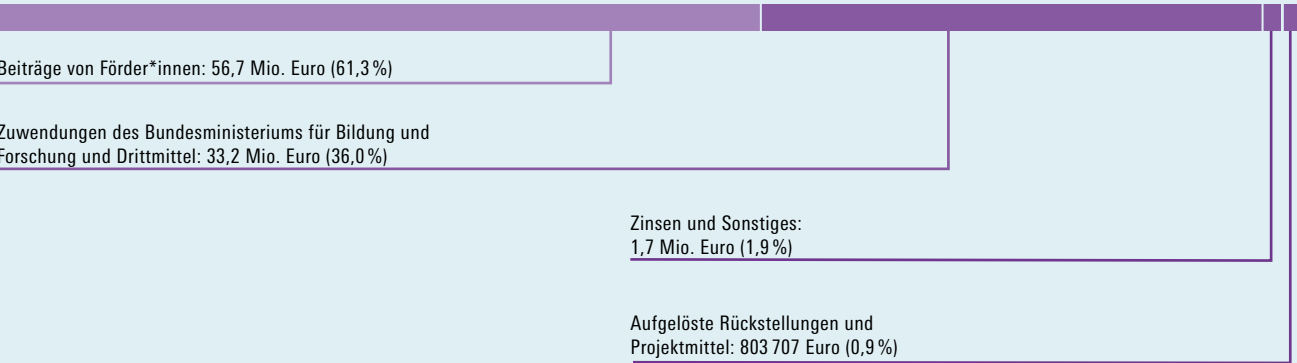
INTERNE PERSONAL- UND SACHAUFWENDUNGEN

Die internen Personal- und Sachaufwendungen lagen 2023/24 bei 31 Millionen Euro (36 Prozent).



EINNAHMEN

Die Einnahmen der Hans-Böckler-Stiftung setzten sich folgendermaßen zusammen:



DER VORSTAND

VORSITZ

Yasmin Fahimi
Vorsitzende
DGB

STELLVERTRETENDER VORSITZ

Andrea Kocsis
Stellvertretende Vorsitzende
ver.di – Bundesverwaltung

Ralf Reinstädler
Geschäftsführendes Vorstandsmitglied
IG Metall

MITGLIEDER

Vanessa Barth
Bereichsleiterin Grundsatz
IG Metall

Alexander Bercht
Mitglied
Geschäftsführender Hauptvorstand
IGBCE

Sylvia Borcharding
Arbeitsdirektorin und Mitglied der
Geschäftsführung
50Hertz Transmission GmbH

Oliver Burkhard
Vorstand Personal und Arbeitsdirektor
thyssenkrupp AG

Michael Fischer
Leiter des Bereichs Politik und Planung
ver.di – Bundesverwaltung

Thomas Fischer
Leiter der Abteilung Grundsatz und Gute Arbeit
DGB

Kerstin Oster
Vorständin
Personal und Soziales
Berliner Wasserbetriebe AöR

Harald Schaum
Stellvertretender Vorsitzender
Bundesvorstand IG BAU

Jan Grüneberg
Abteilungsleiter
Abteilung Mitbestimmung und Aufsichtsratsrecht
IGBCE

BERATER*IN

André Bleicher
Vertrauensdozent der HBS
Berater des Vorstands

Sindiss Jaafary
Stipendiatische Vertreterin der HBS
Beraterin des Vorstands

Konstituierung am 16.12.2022

Der Vorstand hielt im Berichtszeitraum
drei Sitzungen ab.
Die Vorstandskommissionen Wissenschaft
und Mitbestimmung tagten dreimal.

DAS KURATORIUM

VORSITZ

Elke Hannack
Stellvertretende Vorsitzende
DGB

STELLVERTRETENDER VORSITZ

Beatrice Fiege
Arbeitsdirektorin und Geschäftsführerin Personal
Peiner Träger GmbH

Christoph Meister
Mitglied
Bundesvorstand
ver.di – Bundesverwaltung

REVISOR*INNEN

Stephanie Albrecht-Suliak
Landesbezirksleiterin LB Nordost
IGBCE

Prof. Dr. Nadine Brandl
Bereichsleiterin Rechtspolitik
ver.di – Bundesverwaltung

MITGLIEDER

Freddy Adjan
Stellvertretender Vorsitzender
NGG

Birgit Biermann
Stellvertretende Vorsitzende und Mitglied des gHV
Landesbezirk Nordrhein
IGBCE

Hakan Bölükmeşe
Mitglied des Betriebsrats
Fraport AG

Carsten Büchling
Vorsitzender des Betriebsrats
VOLKSWAGEN AG, Werk Kassel

Sylvia Bühler
Mitglied des Bundesvorstandes
ver.di – Bundesverwaltung

Constanze Clodius
Leiterin Vorstandsbüro Berlin
IGBCE

Tatjana Diether
Mitglied des Betriebsrats
BASF SE

Karin Erhard
Mitglied der Geschäftsführung
Vivawest Wohnen GmbH

Monika Friebe
Mitglied des Betriebsrats
Georgsmarienhütte GmbH

Timo Heider
Vorsitzender des Betriebsrats
BHW Bausparkasse AG und BHW Holding AG

Birgit Helten-Kindlein
Vorsitzende des Betriebsrats
Henkel AG & Co. KGaA

Prof. Dr. Kerstin Jürgens
Fachgebietsleitung
Institut für Soziologie, Universität Kassel

Karsten Kaus
1. Bevollmächtigter
Geschäftsstelle Duisburg-Dinslaken
IG Metall

Dr. Andreas Keller
Stellvertretender Vorsitzender
Mitglied des geschäftsführenden Vorstands für
Hochschule und Forschung
GEW

Robert Kensbock
Vorsitzender des Gesamtbetriebsrats
Siemens Energy Global GmbH & Co. KG

Peter Kippes
Bereichsleiter Betriebspolitik
IG Metall Vorstandsverwaltung

Dörthe Knips
Vorsitzende
Konzernbetriebsrat
JENOPTIK AG

Carmen Kopf
Mitglied im Aufsichtsrat
AVECO Holding AG

Stefan Körzell
Mitglied des geschäftsführenden
Bundesvorstandes
DGB

Katrin Kuhl
Mitglied
Geschäftsführender Bundesvorstand
GdP

Kerstin Meißner
Ehrenamtliches Mitglied
Hauptvorstand
NGG

Michaela Müller-Klang
Geschäftsführerin für Personal und Organisation
Technische Universität Berlin

Alexander Naujoks
Arbeitsdirektor der GMH-Gruppe und CHRO
Georgsmarienhütte Holding GmbH

Prof. Dr. Katja Nebe
Juristische und Wirtschaftswissenschaftliche
Fakultät
Martin-Luther-Universität Halle-Wittenberg

Kemo Razanica
Mitglied des Vorstandes
RWE Power AG

Torben Seebold
Arbeitsdirektor
Hamburger Hafen und Logistik AG

Isabell Senff
Vorsitzende des Betriebsrats
Deutsche Post

Nicole Simons
Mitglied
Geschäftsführender Hauptvorstand
IG BAU

Johanna Uekermann
Geschäftsführerin EVA Akademie
EVG

Prof. Dr. Berthold Vogel
Geschäftsführender Direktor
Forschungsinstitut Gesellschaftlicher
Zusammenhalt (FGZ)
Soziologisches Forschungsinstitut Göttingen
(SOFI) Georg-August-Universität

Thomas Wessel
Mitglied des Vorstands
Evonik AG

Stephanie Wlodarski
Bezirksvorsitzende Niedersachsen-Mitte
IG BAU
Betriebsrätin und Euro-Betriebsrätin
Compass Group Deutschland GmbH

STIPENDIATISCHE VERTRETUNG

Jasmin Kunze
Stipendiatin der Hans-Böckler-Stiftung
ver.di

Manal Faiz
Stipendiatin der Hans-Böckler-Stiftung
GEW

VERTRAUENSDOZENT*INNEN (VER.DI)

Prof. Dr. Carola Iller
Professorin
Institut Erziehungswissenschaften
Universität Hildesheim

Prof. Dr. Raimund Geene
Professor für Gesundheitsförderung und
Prävention
Berlin School of Public Health

Neukonstituierung zum 01.10.2023

Das Gremium tagte im Berichtszeitraum
zweimal.

Gremienzusammensetzung: Stand Dezember 2024.

DER WISSEN- SCHAFTLICHE BEIRAT

VORSITZ

Prof. Dr. Berthold Vogel
Geschäftsführender Direktor, Soziologisches
Forschungsinstitut (SOFI)
Georg-August-Universität Göttingen

Prof. Dr. Katja Nebe
Juristische und Wirtschaftswissenschaftliche
Fakultät
Martin-Luther-Universität Halle-Wittenberg

MITGLIEDER

Prof. Karen M. Anderson
School of Social Policy, Social Work
and Social Justice
University College Dublin

Vanessa Barth
Vorsitzende der Vorstandskommission
Wissenschaft
Hans-Böckler-Stiftung

Prof. Dr. Sigrid Betzelt
Fachbereich Sozialwissenschaften mit dem
Schwerpunkt Arbeits- und Organisationssoziologie
Hochschule für Wirtschaft und Recht Berlin

Prof. Dr. Bernhard Emunds
Nell-Breuning-Institut
Philosophisch-Theologische Hochschule
St. Georgen

Prof. Dr. Karin Gottschall
SOCIUM Forschungszentrum
Ungleichheit und Sozialpolitik
Universität Bremen

Prof. Dr. Maria Jepsen
European Foundation for the Improvement of
Living and Working Conditions (Eurofound), Dublin

Prof. Dr. Heike Joebges
Fachbereich Wirtschaftswissenschaften
Hochschule für Technik und Wirtschaft Berlin

Prof. Dr. Kerstin Jürgens
Institut für Soziologie
Universität Kassel

Prof. Dr. Rüdiger Krause
Juristische Fakultät
Georg-August-Universität Göttingen

Prof. Dr. Stephan Lessenich
Institut für Sozialforschung
Johann Wolfgang Goethe-Universität Frankfurt

Prof. Özlem Onaran
Greenwich Political
Economy Research Center
University of Greenwich

Prof. Dr. Marc Steffen Rapp
Marburg Centre for Institutional
Economics (MACIE)
Philipps-Universität Marburg

Prof. Dr. Jens Südekum
Düsseldorf Institute for Competition
Economics (DICE)
Heinrich-Heine-Universität Düsseldorf

Prof. Dr. Daniel Ulber
Juristische und Wirtschaftswissenschaftliche
Fakultät
Martin-Luther-Universität Halle-Wittenberg

Prof. Dr. Enzo Weber
Bereich Prognosen und
gesamtwirtschaftliche Analysen
Institut für Arbeitsmarkt- und Berufsforschung
Nürnberg

Prof. Dr. Michael Wolff
Wirtschaftswissenschaftliche Fakultät
Georg-August-Universität Göttingen

Das Gremium tagte im Berichtszeitraum
einmal.

Gremienzusammensetzung: Stand Dezember 2024.

DIE AUSWAHLAUSSCHÜSSE DER STUDIENFÖRDERUNG

HOCHSCHULEN UND ZWEITER BILDUNGSWEG

DGB	Sonja Bolenius
IG BAU	Daniel Göcht
IGBCE	Lisa Sadlowski
IG Metall	Timo Gayer
ver.di	Julia Böhnke
Vertrauensdozent*innen	Prof. Dr. Sylke Bartmann , Hochschule Emden/Leer
	George Hermanegild Dias , Westfalen-Kolleg Dortmund
Stipendiat*innen	Yelka Mielack , Humboldt-Universität zu Berlin
	Charlene Sube , Humboldt-Universität zu Berlin

UNIVERSITÄTEN

DGB	Rieke Riepshoff
IGBCE	Lisa Sadlowski
IG Metall	Jonas Künkel
NGG	Volkmar Wolf
ver.di	Sonja Staack
Vertrauensdozent*innen	Martina Winkelmann , Universität Greifswald
	Prof. Dr. Kenan Engin , ehemals Akkon-Hochschule Berlin
Stipendiat*innen	Clara Friederike Speckmann , Charité – Universitätsmedizin Berlin
	Denise Kittelmann , Universität Potsdam

BÖCKLER-AKTION BILDUNG

DGB	Jeanette Schnell
IGBCE	Marty Falk
IG Metall	Jonas Künkel
ver.di	Keine Benennung
EVG	Julia Großholz
Vertrauensdozent*innen	Prof. Ulrike Völger , Hochschule für Schauspielkunst Ernst Busch Berlin
	Prof. Dr. med. Mümtaz Ali Köksal , Rheinische Friedrich-Wilhelms-Universität Bonn, Universitätsklinikum
Stipendiat*innen	Prof. Dr. Abdulillah Polat , IU Internationale Hochschule Essen
	Mitra Hani , Johann Wolfgang Goethe-Universität Frankfurt am Main
	Slafa Kafi , Friedrich-Alexander-Universität Erlangen
	Cansu Karaoglan , Hochschule für Technik und Wirtschaft Saarbrücken

PROMOTION

DGB	Dr. Jana Flemming
GEW	Dr. Dana Dülcke
IGBCE	Dr. Sophia Schönborn
IG Metall	Dr. Ralf Rukwid
ver.di	Dr. Martin Beckmann
Vertrauensdozent*innen	Apl. Prof. Dr. Weiping Huang , Universität zu Köln
	Prof. Dr. Claudia Jarzebowski , Rheinische Friedrich-Wilhelms-Universität Bonn
	Prof. Dr. Daniel Bellingradt , Universität Augsburg
	Prof Dr. Martina Fuchs , Universität zu Köln
	Prof. Dr. Georg Hein , Universität Duisburg-Essen
	Prof. Dr. Jörg Reitzig , Hochschule für Wirtschaft und Gesellschaft Ludwigshafen
	Prof. Dr. Christoph Bieber , Universität Duisburg-Essen (Stellvertreter)
	Prof. Dr. Olaf Struck , Otto-Friedrich-Universität Bamberg (Stellvertreter)
Stipendiat*innen	Regina Gerlich , Universität Stuttgart
	Sascha-Christopher Geschke , Otto-Friedrich-Universität Bamberg

JURY

BÖCKLER HOCH K

IG Metall	Irene Schulz , Vorstandsbeauftragte Studienförderung
Künstlerisches Fachgremium	Zuzanna Czebatul , Bildhauerin
	Olaf Kröck , Intendant der Ruhrfestspiele
	Prof. Elena Mendoza , Universität der Künste Berlin
	Dr. Thomas Oberender , Autor und Dramaturg

DIE VERTRAUENSDOZENTINNEN UND VERTRAUENSDOZENTEN

A	Prof. Dr.	Felix	Ackermann	FernUniversität in Hagen
	Prof. Dr.	Hartmut	Aden	Hochschule für Wirtschaft und Recht Berlin
	Ass.-Prof.	Azadeh	Akbari	University of Twente, Niederlande
	Prof. Dr.	Martin	Allespach	University of Labour, Frankfurt am Main
	PD Dr.	Knud	Andresen	Universität Hamburg
	Prof. Dr.	Susan	Arndt	Universität Bayreuth
	Prof. Dr.	Ingrid	Artus	Friedrich-Alexander-Universität Erlangen-Nürnberg
	Prof. Dr.	Doris	Aschenbrenner	Hochschule Aalen – Technik und Wirtschaft
B	Prof. Dr.	Brigitte	Aulenbacher	Johannes Kepler Universität Linz, Österreich
	Prof. Dr.	Götz	Bachmann	Universität Siegen
	Apl. Prof. Dr.	Stefan	Bär	Universität Heidelberg
	Prof. Dr.	Sylke	Bartmann	Hochschule Emden/Leer
	Prof. Dr.	Ulrich	Bartosch	Universität Passau
	Prof. Dr.	Iris	Baumgardt	Universität Potsdam
	Prof. Dr.	Maren	Baumhauer	Technische Universität Hamburg
	Prof. Dr.	Christine	Baur	Ostfalia Hochschule für angewandte Wissenschaften – Hochschule Braunschweig/Wolfenbüttel
	Prof. Dr.	Carola	Bauschke-Urban	Hochschule Fulda
	Prof. Dr.	Thomas	Behrends	Europa-Universität Flensburg
	Prof. Dr.	Constanze	Beierlein	Hochschule Hamm-Lippstadt
	Prof. Dr.	Jürgen	Belle	Hochschule für angewandte Wissenschaften München
	Prof. Dr.	Gabriele	Bellenberg	Ruhr-Universität Bochum
	Prof. Dr.	Daniel	Bellingradt	Universität Augsburg
	Prof. Dr.	Franz	Benstetter	Technische Hochschule Rosenheim
	Prof. Dr.	Mechthild	Bereswill	Universität Kassel
	Prof. Dr.	Dirk	Bergemann	Yale University, USA
	Prof. Dr.	Stefan	Berger	Ruhr-Universität Bochum
		Sarah	Bernhard	Hansa-Kolleg, Hamburg
	Prof. Dr.	Ulrich	Bernhard	Hochschule Hannover
	Prof. Dr.	Christoph	Bieber	Universität Duisburg-Essen
	Prof. Dr.	Hans-Jürgen	Bieling	Eberhard Karls Universität Tübingen
	Prof. Dr.	Oliver	Bierhoff	Hochschule Bielefeld
	PD Dr.	Peter	Birke	Georg-August-Universität Göttingen
	Prof. Dr.	Ursula	Birsl	Philipps-Universität Marburg
	Dr.	Jürgen E.	Blank	Rheinland-Pfälzische Technische Universität Kaiserslautern-Landau
	Prof. Dr.	André	Bleicher	Hochschule Biberach
	Prof. Dr.	Thomas	Blotevogel	Technische Hochschule Würzburg-Schweinfurt
	Dr.	Hartmut	Blum	Eberhard Karls Universität Tübingen
	Prof. Dr.	Karin	Bock	Technische Universität Dresden
	Prof. Dr.	Stefanie	Bock	Philipps-Universität Marburg
	PD Dr.	Bettina	Bock von Wülfigen	Humboldt-Universität zu Berlin
	Apl. Prof. Dr.	Andreas	Boes	Technische Universität Darmstadt
	Prof. Dr.	Jörg	Bogumil	Ruhr-Universität Bochum
	Prof. Dr.	Tanja	Bogusz	Universität Hamburg
	Prof. Dr.	Stefan	Borrmann	Hochschule für angewandte Wissenschaften Landshut

B	Prof. Dr.	Dierk	Borstel	Fachhochschule Dortmund
	PD Dr.	Elsbeth	Bösl	Universität der Bundeswehr München
	Prof. Dr.	Silke	Bothfeld	Hochschule Bremen
	Apl. Prof. Dr.	Gideon	Botsch	Universität Potsdam
	Prof. Dr.	Rita	Braches-Chyrek	Otto-Friedrich-Universität Bamberg
		Nico	Brademann	Abendgymnasium Frankfurt am Main
	Prof. Dr.	Julia	Brandl	Universität Innsbruck
	Prof. Dr.	Sebastian	Brandl	Hochschule der Bundesagentur für Arbeit
	Prof. Dr.	Kim	Bräuer	Duale Hochschule Schleswig-Holstein
	Prof. Dr.	Alexander	Braun	IMC Hochschule Krems, Österreich
	Prof. Dr.	Holger	Brecht-Heitzmann	Hochschule der Bundesagentur für Arbeit
	Prof. Dr.	Helmut	Bremer	Universität Duisburg-Essen
	Prof. Dr.	Steven A.	Brieger	University of Sussex, Großbritannien
	Prof. Dr.	Ulrich	Brinkmann	Technische Universität Darmstadt
	Prof. Dr.	Michael	Brodowski	Alice Salomon Hochschule Berlin
		Martin	Brökmann	Hessenkolleg, Wetzlar
	Prof. Dr.	Kirstin	Bromberg	Ostfalia Hochschule für angewandte Wissenschaften – Hochschule Braunschweig/Wolfenbüttel
	Prof. Dr.	Christiane	Brors	Carl von Ossietzky Universität Oldenburg
	Prof. Dr.	Kerstin	Brückweh	Europa-Universität Viadrina Frankfurt (Oder)
	Apl. Prof. Dr.	Detlev	Brunner	Universität Leipzig
	Prof. Dr.	Regina	Brunnett	Hochschule Fulda
	Prof. Dr.	André	Bruns	Hochschule RheinMain
	Prof. Dr.	Martin	Brussig	Universität Duisburg-Essen
	Prof. Dr.	Christian	Brütt	Hochschule Darmstadt
	Prof. Dr.	Karin	Büchter	Helmut-Schmidt-Universität/Universität der Bundeswehr Hamburg
	Prof. Dr.	Sonja	Buckel	Universität Kassel
	Prof. Dr.	Hans-Jürgen	Burchardt	Universität Kassel
	Prof. Dr.	Wolfram	Burkhardt	Frankfurt University of Applied Sciences
C	Prof. Dr.	Anne Lisa	Carstensen	Universität Kassel
	Prof. Dr.	Tanja	Carstensen	Technische Universität Chemnitz
	Prof. Dr.	Silvy	Chakkalakal	Universität Zürich
	Prof. Dr.	Zoe	Clark	Universität Siegen
	Prof. Dr.	Karin	Cudak	Hochschule für angewandte Wissenschaft und Kunst Hildesheim/Holzminde/Göttingen
D	Prof. Dr.	Bärbel	Dangel	Ernst-Abbe-Hochschule Jena
	Prof. Dr.	Olaf	Deinert	Georg-August-Universität Göttingen
	Dr.	Irene	Demmer-Dieckmann	Technische Universität Berlin
	Prof. Dr.	Ernst	Deuer	Duale Hochschule Baden-Württemberg
	Prof. Dr.	Viola	Deutscher	Georg-August-Universität Göttingen
		George Hermanegild	Dias	Abendgymnasium, Dortmund
	Prof. Dr.	Anja	Dieterich	Alice Salomon Hochschule Berlin
	Prof. Dr.	Andreas	Diettrich	Universität Rostock
	Prof. Dr.	Berthold	Dietz	Evangelische Hochschule Freiburg
	Prof. Dr.	Irene	Dingeldey	Universität Bremen
	Prof. Dr.	Jörg	Dinkelaker	Martin-Luther-Universität Halle-Wittenberg
	Prof. Dr.	Leonhard	Dobusch	Universität Innsbruck, Österreich

DIE VERTRAUENSDOZENTINNEN UND VERTRAUENSDOZENTEN

D	Prof. Dr.	Philipp	Donath	University of Labour Frankfurt am Main
	Prof. Dr.	Steffen Daniel	Dörhöfer	Hochschule Nordhausen
E		Daniel	Eberts	Hessenkolleg Frankfurt am Main
	Prof. Dr.	Frank	Eckardt	Bauhaus-Universität Weimar
	Apl. Prof. Dr.	Björn	Egner	Technische Universität Darmstadt
	Prof. Dr.	Gudrun	Ehlert	Hochschule Mittweida
	Prof. Dr.	Ulrike	Eichinger	Alice Salomon Hochschule Berlin
	Prof. Dr.	Andreas	Eis	Universität Kassel
	Prof. Dr.	Uwe	Elsholz	FernUniversität in Hagen
	Prof. Dr.	Jürgen	Enders	University of Bath, Großbritannien
	Prof. Dr.	Egon	Endres	Katholische Stiftungshochschule München
	Prof. Dr.	Alexandra	Engel	Hochschule für angewandte Wissenschaft und Kunst Hildesheim/Holzminde/Göttingen
	Prof. Dr.	Mischa	Engelbracht	Bergische Universität Wuppertal
	Prof. Dr.	Ruth	Enggruber	Hochschule Düsseldorf
	Prof. Dr.	Kenan	Engin	Ehemals Akkon-Hochschule Berlin
	Prof. Dr.	Markus	Enser	Ostbayerische Technische Hochschule Regensburg
	Prof. Dr.	Nina	Erdmann	Technische Hochschule Köln
	Prof. Dr.	Roland	Erne	University College Dublin, Irland
	Prof. Dr.	Thomas	Ernst	University of Antwerp, Belgien
	Ass.-Prof.	Patrick Volker	Eser Esser	Universidad de Buenos Aires, Argentinien Riehl-Kolleg Düsseldorf
F	Prof. Dr.	Melanie	Fabel-Lamla	Universität Hildesheim
	Dr.	Frédéric	Falkenhagen	Universität Siegen
		Florian	Fink	Städtische Fachoberschule für Sozialwesen, München Nord
	Prof. Dr.	Andreas	Fisahn	Universität Bielefeld
	Prof. Dr.	Gabriele	Fischer	Hochschule für angewandte Wissenschaften München
	Prof. Dr.	Lars	Fischer	Hochschule Bremerhaven
	Jun.-Prof. Dr.	Svenja	Flechtner	Universität Siegen
	Prof. Dr.	Timo	Fleckenstein	London School of Economics and Political Science
	Prof. Dr.	Susanne	Fleckinger	Jade Hochschule Oldenburg
	Dr.	Tatjana	Freytag	Universität Hildesheim
	Prof. Dr.	Andrea	Fried	Linköping University, Schweden
	Ass.-Prof.	Heiko	Fritz	Linné-Universität, Växjö, Schweden
	Prof. Dr.	Dietmar	Frommberger	Universität Osnabrück
	Prof. Dr.	Martina	Fuchs	Universität zu Köln
	Prof. Dr.	Lutz	Galiläer	Technische Hochschule Nürnberg
				Georg Simon Ohm
G	Dr.	Erick Rostand	Gankam Tambo	United Nations University, Bonn
	Jun.-Prof. Dr.	Freya	Gassmann	Rheinland-Pfälzische Technische Universität Kaiserslautern-Landau
	Prof. Dr.	Sebastian	Gechert	Technische Universität Chemnitz
	Prof. Dr.	Raimund	Geene	Alice Salomon Hochschule Berlin
	Prof. Dr.	Britta	Gehrke	Freie Universität Berlin

G	Prof. Dr.	Axel	Gehrmann	Technische Universität Dresden
	Prof. Dr.	Brigitte	Geißel	Johann Wolfgang Goethe-Universität, Frankfurt am Main
	Prof. Dr.	Julia	Genz	Eberhard Karls Universität Tübingen
	Prof. Dr.	Mike	Geppert	Friedrich-Schiller-Universität Jena
	Prof. Dr.	Jan	Gerber	Universität Leipzig
	Prof. Dr. Dr.	Thomas	Gerlinger	Universität Bielefeld
	Prof. Dr.	Susanne	Gerner	Evangelische Hochschule Darmstadt
	Prof. Dr. Dr.	Michael	Gessler	Universität Bremen
	Prof. Dr.	Susann	Gessner	Philipps-Universität Marburg
	Prof. Dr.	Cinur	Ghaderi	Evangelische Hochschule Rheinland-Westfalen-Lippe
	Dr.	Stephan	Giglberger	Universität Regensburg
	Prof. Dr.	Katrin	Girgensohn	SRH Berlin University of Applied Sciences
	Prof. Dr.	Janina	Glaeser	Evangelische Hochschule Berlin
	Jun.-Prof. Dr.	Nina	Göddertz	Universität Paderborn
	Dr.	Detlef	Goller	Otto-Friedrich-Universität Bamberg
	Prof. Dr.	Mechtild	Gomolla	Pädagogische Hochschule Karlsruhe
	Dr.	Bernhard	Goodwin	Ludwig-Maximilians-Universität München
	Prof. Dr.	Katharina	Gosse	Hochschule Düsseldorf
	Prof. Dr.	Monika	Götsch	Hochschule Esslingen
	Prof. Dr.	Jiré Emine	Gözen	University of Europe for Applied Sciences
	PD Dr.	Angela	Graf	Technische Universität München
	Prof. Dr.	Gunther	Graßhoff	Universität Hildesheim
	Prof. Dr.	Stefan	Greß	Hochschule Fulda
	Prof. Dr.	Nina	Gribat	Brandenburgische Technische Universität Cottbus-Senftenberg
	Prof. Dr.	Eva	Grill	Ludwig-Maximilians-Universität München
	Prof. Dr.	Katrin	Großmann	Fachhochschule Erfurt
	Prof. Dr.	Monika	Grubbauer	HafenCity Universität Hamburg
	Prof. Dr.	Martin	Gruber-Risak	Universität Wien, Österreich
	Prof. Dr.	Cathleen	Grunert	Martin-Luther-Universität Halle-Wittenberg
	Prof. Dr.	Simon	Güntner	Technische Universität Wien, Österreich
	Prof. Dr.	Derya	Gür-Seker	Hochschule Bonn-Rhein-Sieg
H	Prof. Dr.	Björn	Hacker	Hochschule für Technik und Wirtschaft Berlin
	Prof. Dr.	Udo	Hagedorn	Universität Bielefeld
	Prof. Dr.	Thomas	Haipeter	Universität Duisburg-Essen
		Dareusch Christian	Hamidzadeh Hamudi	Abendgymnasium, Köln
	Prof. Dr.	Veronika	Hammer	Hochschule für angewandte Wissenschaften Coburg
	Prof. Dr.	Antje	Handelmann	Hochschule Bremerhaven
	Prof. Dr.	Matthew	Hannah	Universität Bayreuth
	Prof. Dr.	Peter	Hansbauer	Fachhochschule Münster
	Prof. Dr.	Uwe	Hansen	Hochschule Koblenz
	Jun.-Prof. Dr.	Harald	Hantke	Leuphana Universität Lüneburg
	Dr.	Arne	Harms	Universität Leipzig
	Prof. Dr.	Michael	Has	Université de Grenoble, Frankreich
	Prof. Dr.	Axel	Haunschild	Gottfried Wilhelm Leibniz Universität Hannover
	PD Dr.	Björn	Hayer	Rheinland-Pfälzische Technische Universität Kaiserslautern-Landau

DIE VERTRAUENSDOZENTINNEN UND VERTRAUENSDOZENTEN

H	Prof. Dr.	Susanne	Hechenblaikner	Anita-Augspurg-Berufsoberschule, München
	Prof. Dr.	Susanne	Heeg	Johann Wolfgang Goethe-Universität, Frankfurt am Main
	Prof. Dr.	Eckhard	Hein	Hochschule für Wirtschaft und Recht Berlin
	Prof. Dr.	Georg	Hein	Universität Duisburg-Essen
	Prof. Dr.	Friederike	Heinzel	Universität Kassel
	Prof. Dr.	Arne	Heise	Universität Hamburg
	Prof. Dr.	Helmut	Heit	Technische Universität Berlin
	Prof. Dr.	Catrin	Heite	Universität Zürich, Schweiz
	Prof. Dr.	Urte	Helduser	Carl von Ossietzky Universität Oldenburg
	Prof. Dr.	Markus	Helfen	University of Labour Frankfurt/M.
	Prof. Dr.	Wera	Hemmerich	FOM Hochschule für Ökonomie und Management, Mannheim
	Apl. Prof. Dr.	Béatrice	Hendrich	Universität zu Köln
	Prof. Dr.	Thomas	Henne	Johann Wolfgang Goethe-Universität, Frankfurt am Main
	Prof. Dr.	Annette	Henninger	Philipps-Universität Marburg
		Maike	Hensen	Köln-Kolleg
	Prof. Dr.	Cora	Herrmann	Evangelische Hochschule für Soziale Arbeit und Diakonie, Hamburg
	Prof. Dr.	Franz	Herrmann	Hochschule Esslingen
	Prof. Dr.	Markus	Hertwig	Ruhr-Universität Bochum
	Prof. Dr.	Kerstin	Herzog	Hochschule RheinMain
	Prof. Dr.	Sabine	Hess	Georg-August-Universität Göttingen
	Prof. Dr.	Josefine	Heusinger	Hochschule Magdeburg-Stendal
	Prof. Dr.	Felicitas	Hillmann	Technische Universität Berlin
	Prof. Dr.	Andrea	Hirschfeldt	Ostfalia Hochschule für angewandte Wissenschaften – Hochschule Braunschweig/ Wolfenbüttel
	Prof. Dr.	Daniel	Hlava	Frankfurt University of Applied Sciences
	Dr.	Stefan	Hochstadt	Fachhochschule Dortmund
	Prof. Dr.	Peter	Höfflin	Evangelische Hochschule Ludwigsburg
	Prof. Dr.	Nina	Hogrebe	Technische Universität Dortmund
	Prof. Dr.	Hajo	Holst	Universität Osnabrück
	Prof. Dr.	Christine	Horz-Ishak	Technische Hochschule Köln
	Prof. Dr.	Jürgen	Howaldt	Technische Universität Dortmund
	Apl. Prof. Dr.	Weiping	Huang	Universität zu Köln
	Prof. Dr.	Monika	Huesmann	Hochschule für Wirtschaft und Recht Berlin
	Prof. Dr.	Ina	Hunecke	Fachhochschule für Verwaltung und Dienstleistung Altenholz
	Prof. Dr.	Bettina	Hünersdorf	Martin-Luther-Universität Halle-Wittenberg

I	Prof. Dr.	Thomas	Ihme	Hochschule Mannheim
	Prof. Dr.	Carola	Iller	Universität Hildesheim

J	Prof. Dr.	T. Florian	Jaeger	University of Rochester, USA
	Prof. Dr.	Traugott	Jähnichen	Ruhr-Universität Bochum
	Prof. Dr.	Claudia	Jarzebowski	Rheinische Friedrich-Wilhelms-Universität Bonn
	Prof.	Günther	Jikeli	Indiana University, USA
	Prof. Dr.	Heike	Joebges	Hochschule für Technik und Wirtschaft Berlin
	Prof. Dr.	Elizabeta	Jonuz	Hochschule Hannover
	Prof. Dr.	Ingrid	Jungwirth	Hochschule Rhein-Waal

K	Prof. Dr.	Franz	Kaiser	Universität Rostock
	Prof. Dr.	Herbert	Kalthoff	Johannes Gutenberg-Universität Mainz
	PD Dr.	Tobias	Kämpf	University of Labour Frankfurt am Main
	Prof. Dr.	Jakob	Kapeller	Universität Duisburg-Essen
	Prof. Dr.	Bernd	Käpplinger	Justus-Liebig-Universität Gießen
	Prof. Dr.	Juliane Rebekka	Karakayali	Evangelische Hochschule Berlin
	Prof. Dr.	Ralph	Kattenbach	Hochschule Wismar
	Prof. Dr.	Sven	Kesselring	Hochschule für Wirtschaft und Umwelt Nürtingen-Geislingen

Prof. Dr.	Fabian	Kessl	Bergische Universität Wuppertal
Prof. Dr.	Markus	Kiefer	Universität Ulm
Prof. Dr.	Mechthild	Kiegelmann	Pädagogische Hochschule Karlsruhe
Prof. Dr.	Claudia	Kiessling	Universität Witten/Herdecke
PD Dr.	Hans-Hubert	Kirch	Rheinische Friedrich-Wilhelms-Universität Bonn
Prof. Dr.	Christine	Kirchhoff	International Psychoanalytic University Berlin
Prof. Dr.	Ute	Klammer	Universität Duisburg-Essen
Prof. Dr.	Frank	Kleemann	Universität Duisburg-Essen
Prof. Dr.	Thomas	Klein	Hochschule für Technik und Wirtschaft des Saarlandes

Prof. Dr.	Matthias	Klemm	Hochschule Fulda
	Uwe	Klingebiel	Hannover-Kolleg
Prof. Dr.	Daniel M.	Klocke	Johannes Gutenberg-Universität Mainz
Prof. Dr.	Ulrich	Klüh	Hochschule Darmstadt
Prof. Dr.	Sebastian	Klus	Katholische Hochschule Freiburg
	Judith	Knabe	Technische Hochschule Köln
Prof. Dr.	Wilhelm	Knelangen	Christian-Albrechts-Universität zu Kiel
Prof. Dr.	Gesa	Köbberling	Evangelische Hochschule Freiburg
Prof. Dr.	Eva	Kocher	Europa-Universität Viadrina Frankfurt (Oder)
Prof. Dr.	Astrid	Köhler	Queen Mary University of London, Großbritannien
Prof. Dr.	Sebastian	Köhler	Media University of Applied Sciences, Campus Berlin

Prof. Dr.	Thomas	Köhler	Technische Universität Dresden
Prof. Dr.	Mümtaz Ali	Köksal	Rheinische Friedrich-Wilhelms-Universität Bonn
Prof. Dr.	Ludger	Kolhoff	Ostfalia Hochschule für angewandte Wissenschaften – Hochschule Braunschweig/ Wolfenbüttel

Jun.-Prof. Dr.	Maria	Kondratjuk	Pädagogische Hochschule Ludwigsburg
Prof. Dr.	Christoph	Kopke	Hochschule für Wirtschaft und Recht Berlin
Jun.-Prof. Dr.	Jan-Markus	Kötter	Heinrich-Heine-Universität Düsseldorf
Prof. Dr.	Michaela	Köttig	Frankfurt University of Applied Sciences
Prof. Dr.	Klaus	Kraemer	Karl-Franzens-Universität Graz, Österreich
Prof. Dr.	Markus	Krajewski	Friedrich-Alexander-Universität Erlangen-Nürnberg
Prof. Dr.	Hans Martin	Krämer	Universität Heidelberg

DIE VERTRAUENSDOZENTINNEN UND VERTRAUENSDOZENTEN

K	Dr.	Dani	Kranz	El Colegio de México, Mexiko
	Prof. Dr.	Robert	Kretschmer	Technische Universität Chemnitz
	Prof. Dr.	Ansgar	Kreutzer	Justus-Liebig-Universität Gießen
	Prof. Dr.	Susanne	Kreutzer	Fachhochschule Münster
	Prof. Dr.	Tobias	Kronenberg	Hochschule Bochum
	Prof. Dr.	Martin	Krzywdzinski	Helmut-Schmidt-Universität/ Universität der Bundeswehr Hamburg
	Jun.-Prof. Dr.	Anne-Kristin	Kuhnt	Universität Rostock
	Prof. Dr.	Gerald	Kunz	Technische Hochschule Mittelhessen
	Prof. Dr.	Antonia	Kupfer	Technische Universität Dresden
		Bernd	Kuppinger	Hochschule Pforzheim
L	Prof. Dr.	Lorenz Narku	Laing	Evangelische Hochschule Rheinland-Westfalen-Lippe
	Prof. Dr.	Jörn	Lamla	Universität Kassel
	Prof. Dr.	Susanne	Lang	Hochschule Mannheim
	Prof. Dr.	Dirk	Lange	Gottfried Wilhelm Leibniz Universität Hannover
	Prof. Dr.	Annette	Langner-Pitschmann	Johann Wolfgang Goethe-Universität, Frankfurt am Main
	PD Dr.	Henrik	Lebuhn	Humboldt-Universität zu Berlin
	Prof. Dr.	Esther	Lehnert	Alice Salomon Hochschule Berlin
	Prof. Dr.	Simone	Leiber	Universität Duisburg-Essen
	Prof. Dr.	Christiane	Leidinger	Hochschule Düsseldorf
	Prof. Dr.	Sigrid	Leitner	Technische Hochschule Köln
	PD Dr.	Jens	Lemanski	Universität Münster
	Prof. Dr.	Bettina	Lendzian	Media University of Applied Sciences, Campus Köln
	Prof. Dr.	Drorit	Lengyel	Universität Hamburg
	Prof. Dr.	Julia	Lepperhoff	Evangelische Hochschule Berlin
	Prof. Dr.	Stephan	Lessenich	Johann Wolfgang Goethe-Universität, Frankfurt am Main
	PD Dr.	Susanne	Lettow	Freie Universität Berlin
	Prof. Dr.	Katharina	Liebsch	Helmut-Schmidt-Universität/ Universität der Bundeswehr Hamburg
	Prof. Dr.	Fabian	Lindner	Hochschule für Technik und Wirtschaft Berlin
	Dr.	Ingmar	Lippert	Johann Wolfgang Goethe-Universität, Frankfurt am Main
	Prof. Dr.	Camille	Logeay	Hochschule für Technik und Wirtschaft Berlin
	Prof. Dr.	Claudia	Lohrenscheit	Hochschule für angewandte Wissenschaften Coburg
	Prof. Dr.	Manfred	Loimeier	Universität Heidelberg
	PD Dr.	Andreas	Lösch	Karlsruher Institut für Technologie
	PD Dr.	Bettina	Lösch	Universität zu Köln
	Prof. Dr.	Margreth	Lünenborg	Freie Universität Berlin
	Jun.-Prof. Dr.	Joep	Lustenhouwer	Universität Heidelberg

M	Prof. Dr.	Claudia	Machold	Johann Wolfgang Goethe-Universität, Frankfurt am Main
	PD Dr.	Amir	Madany Mamlouk	Universität zu Lübeck

M	Prof. Dr.	Cornelia	Maier-Gutheil	Evangelische Hochschule Darmstadt
	Prof. Dr.	Remi	Maier-Rigaud	Hochschule Bonn-Rhein-Sieg
	Prof. Dr.	Andreas	Markert	Hochschule Zittau/Görlitz
	Prof. Dr.	Michael	Martin	Hochschule Osnabrück
	Prof. Dr.	Mona	Massumi	Fachhochschule Münster
	Prof. Dr.	Wenzel	Matiaske	Helmut-Schmidt-Universität/Universität der Bundeswehr Hamburg
	Dr.	Christiane	Mattiesson	Ruhr-Universität Bochum
	Prof. Dr.	Andrea	Maurer	Universität Trier
	Prof. Dr.	Nicole	Mayer-Ahuja	Georg-August-Universität Göttingen
	Prof. Dr.	Rosa	Mazzola	Hochschule Osnabrück
		Mischa	Meier	Rheinisch-Westfälische Technische Hochschule Aachen
	Dr.	Torsten	Menkhaus	Weiterbildungskolleg Emscher-Lippe
	Prof. Dr.	Erich	Menting-Dohmeier	Hochschule Merseburg
	Prof. Dr.	Wolfgang Christian	Menz	Universität Hamburg
	Prof. Dr.	Hans Ludwig	Meyer	Hochschule Weserbergland
	Prof. Dr.	Liane	Meyer	Duale Hochschule Baden-Württemberg
	Prof. Dr.	Rita	Meyer	Gottfried Wilhelm Leibniz Universität Hannover
	PD Dr.	Rolf	Meyer	Karlsruher Institut für Technologie
	Prof. Dr.	Kerstin	Michalik	Universität Hamburg
	Prof. Dr.	Boris	Michel	Martin-Luther-Universität Halle-Wittenberg
	Prof. Dr.	Dirk	Michel-Schertges	Aarhus University, Dänemark
	Prof. Dr.	Ingrid	Miethe	Justus-Liebig-Universität Gießen
	Dr.	Alfred	Mikschl	Carl von Ossietzky Universität Oldenburg
	Prof. Dr.	Jürgen	Mittag	Deutsche Sporthochschule Köln
	Dr.	Dunja M.	Mohr	Universität Erfurt
	Prof. Dr.	Matthias	Möhring-Hesse	Eberhard Karls Universität Tübingen
	Prof. Dr.	Anna	Moldenhauer	Universität Bremen
	Prof. Dr.	Christina	Möller	Fachhochschule Dortmund
	Prof. Dr.	Jochen	Monstadt	Universiteit Utrecht, Niederlande
	Prof. Dr.	Christine	Morgenstern	Technische Hochschule Nürnberg
				Georg Simon Ohm
	Prof. Dr.	Vera	Moser	Johann Wolfgang Goethe-Universität, Frankfurt am Main
	Prof. Dr.	Mona	Motakef	Technische Universität Dortmund
	Prof. Dr.	Franziska	Müller	Universität Hamburg
	Ass.-Prof.	Steffen	Müller	Rijksuniversiteit Groningen, Niederlande
	Prof. Dr.	Claudia	Müller-Brauers	Gottfried Wilhelm Leibniz Universität Hannover
		Christiane	Mundt	Abendgymnasium, Chemnitz
	Prof. Dr.	Barbara	Muraca	University of Oregon, USA

N	PD Dr.	Detlef	Nattland	Karlsruher Institut für Technologie
	Prof. Dr.	Katja	Nebe	Martin-Luther-Universität Halle-Wittenberg
	Prof. Dr.	Dörte	Negnal	Universität Siegen
	Dr.	Katinka	Netzer	Ruhr-Universität Bochum
	Prof. Dr.	Anke	Neuber	Hochschule Hannover
	Prof. Dr.	Jörg	Neuheiser	San Diego State University, USA
	Prof. Dr.	Torsten	Niechoj	Hochschule Rhein-Waal
	Prof. Dr.	Sarah	Nies	Georg-August-Universität Göttingen

DIE VERTRAUENSDOZENTINNEN UND VERTRAUENSDOZENTEN

N	Prof. Dr.	Michael	Noack	Hochschule Niederrhein
	Prof. Dr.	Stefan	Nöst	Duale Hochschule Baden-Württemberg
	Prof. Dr.	Frank	Nullmeier	Universität Bremen
O	Prof. Dr.	Andreas	Oberheitmann	FOM Hochschule für Ökonomie und Management, Essen
	Prof. Dr.	Gertrud	Oelerich	Bergische Universität Wuppertal
P	Prof. Dr.	Sabine	Pankofer	Katholische Stiftungshochschule München
	Dr.	Andreas	Pansky	Hochschule Bonn-Rhein-Sieg
	Prof. Dr.	Claudia	Paul	Technische Hochschule Nürnberg
			Georg Simon Ohm	
	Prof. Dr.	Tanja	Paulitz	Technische Universität Darmstadt
	Prof. Dr.	Detlef	Pech	Humboldt-Universität zu Berlin
	Prof. Dr.	Markus	Peschel	Universität des Saarlandes
	Prof. Dr.	Almut	Peukert	Universität Hamburg
	Prof. Dr.	Nicolle	Pfaff	Universität Duisburg-Essen
	Prof. Dr.	Sabine	Pfeiffer	Friedrich-Alexander-Universität Erlangen-Nürnberg
	Prof. Dr.	Jessica	Pflüger	Universität Innsbruck, Österreich
	Prof. Dr. Dr.	Maximilian	Pichl	Hochschule RheinMain
	Prof. Dr.	Ralf	Pieper	Bergische Universität Wuppertal
	Prof. Dr.	Anne	Piezunka	Hochschule für Soziale Arbeit und Pädagogik Berlin
	Prof. Dr.	Katrin	Pittius	Fachhochschule Dresden
	Prof. Dr.	Andrea	Platte	Technische Hochschule Köln
		Olaf	Poggenklas	Weserkolleg Minden
	Prof. Dr.	Abdulillah	Polat	IU Internationale Hochschule, Essen
	Prof. Dr.	Karin	Polit	Eberhard Karls Universität Tübingen
	Prof. Dr.	Christian	Proano Acosta	Otto-Friedrich-Universität Bamberg
	Dr.	Oliver	Pye	Rheinische Friedrich-Wilhelms-Universität Bonn
Q	Prof. Dr.	Eva	Quante-Brandt	Universität Bremen
	Prof. Dr.	Matthias	Quent	Hochschule Magdeburg-Stendal
	Prof. Dr.	Ralf	Quindel	Katholische Hochschule für Sozialwesen Berlin
R	Prof. Dr.	Heike	Radvan	Eberhard Karls Universität Tübingen
	Prof. Dr.	Eberhard	Raithelhuber	Bertha von Suttner Privatuniversität St. Pölten, Österreich
	Dr.	Luitpold	Rampeltshammer	Universität des Saarlandes
	Prof. Dr.	Frank	Ramsauer	Fachhochschule Münster
	Prof. Dr.	Britta	Rehder	Ruhr-Universität Bochum
	Dr.	Renate	Reiter	FernUniversität in Hagen
	Prof. Dr.	Jörg	Reitzig	Hochschule für Wirtschaft und Gesellschaft
			Ludwigshafen	
	Prof. Dr.	Johannes	Richter	Evangelische Hochschule für Soziale Arbeit und
			Diakonie, Hamburg	
	Prof. Dr.	Christine	Riegel	Pädagogische Hochschule Freiburg
	Prof. Dr.	Thomas	Rieske	Evangelische Hochschule
			Rheinland-Westfalen-Lippe	
	Prof. Dr.	Florian	Rödl	Freie Universität Berlin
	Dr.	Theo	Röhle	Karlstad University, Schweden

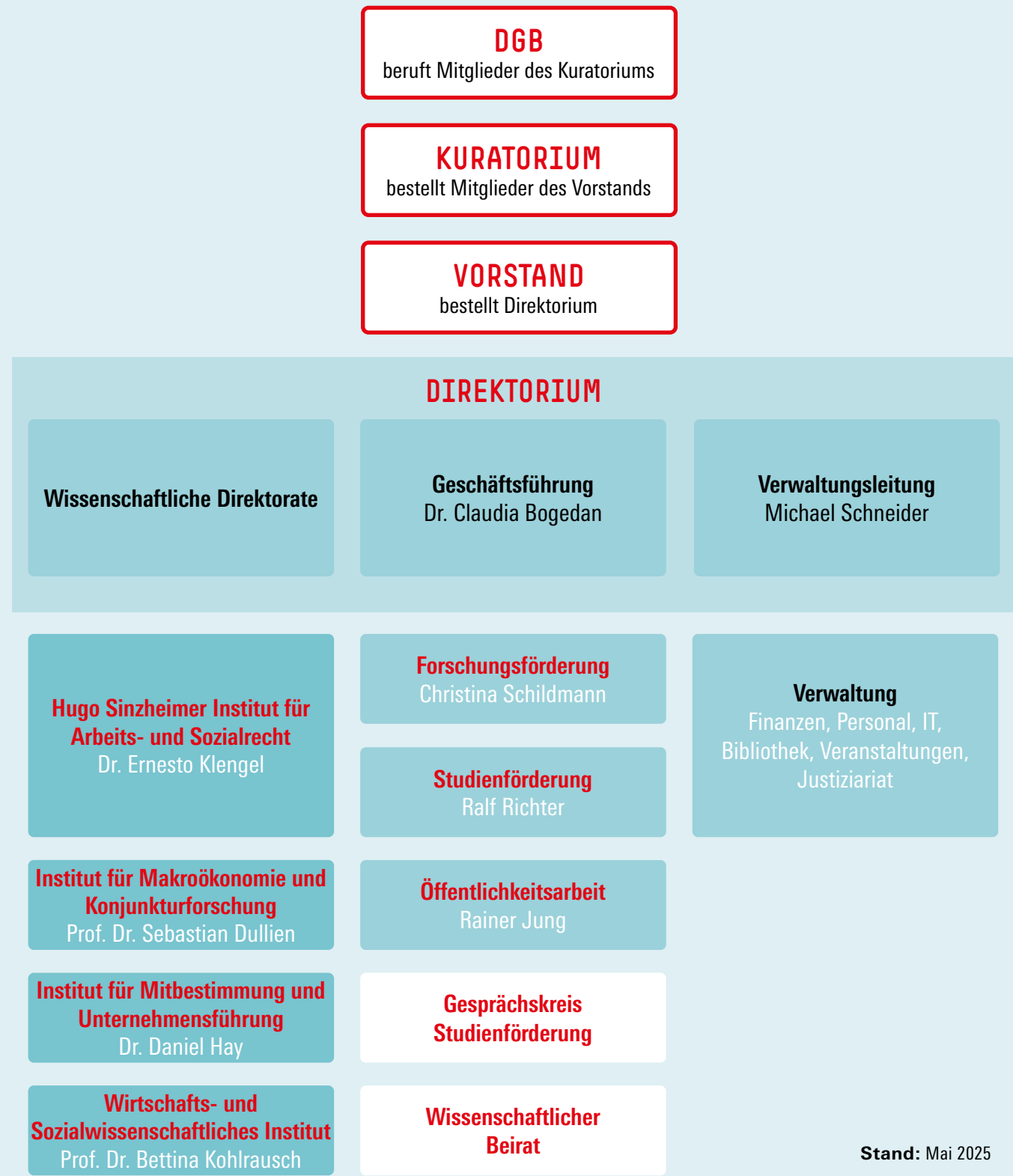
R	Prof. Dr.	Michael	Roos	Ruhr-Universität Bochum
	PD Dr.	Ulrich	Roos	Universität Augsburg
	PD Dr.	Anna	Rosendahl	Universität Duisburg-Essen
	Prof. Dr.	Kerstin	Rosenow-Williams	Hochschule Bonn-Rhein-Sieg
	Prof. Dr.	Björn	Rothstein	Ruhr-Universität Bochum
S	Prof. Dr.	Mario	Rund	Hochschule Darmstadt
	Prof. Dr.	Christel	Salewski	FernUniversität in Hagen
	Prof. Dr.	Samuel	Salzborn	Hochschule für Wirtschaft und Recht Berlin
	Ass.-Prof.	Keiichi	Satoh	Hitotsubashi University, Japan
	Dr.	Martin	Sauber	Universität Hamburg
	Prof. Dr.	Sebastian	Schädler	Medical School Berlin – Hochschule für
				Gesundheit und Medizin
	Apl. Prof. Dr.	Alexandra	Scheele	Universität Bielefeld
	Prof. Dr.	Karin	Scherschel	Katholische Universität Eichstätt-Ingolstadt
	Prof. Dr.	Elke	Schimpf	Evangelische Hochschule Darmstadt
	PD Dr.	Stefan	Schmalz	Universität Erfurt
	Prof. Dr.	Sophie	Schmitt	Justus-Liebig-Universität Gießen
	Prof. Dr.	Ludger	Schneider-Störmann	Technische Hochschule Aschaffenburg
	Prof. Dr.	Barbara	Schönig	Bauhaus-Universität Weimar
	Prof. Dr.	Christin	Schörmann	IU Internationale Hochschule, Duisburg/Bielefeld
	Prof. Dr.	Dominik	Schrage	Technische Universität Dresden
	Prof. Dr.	Florian	Schramm	Universität Hamburg
	Prof. Dr.	Timo	Schreiner	Ostfalia Hochschule für angewandte
				Wissenschaften – Hochschule Braunschweig/
				Wolfenbüttel
	Prof. Dr.	Wolfgang	Schroeder	Universität Kassel
S	Prof. Dr.	Sebastian	Schröer-Werner	Evangelische Hochschule Berlin
	Prof. Dr.	Mechthild	Schrooten	Hochschule Bremen
	Prof. Dr.	Florian	Schui	Universität St. Gallen, Schweiz
	Prof. Dr.	Mandy	Schulze	Hochschule Zittau/Görlitz
	Prof. Dr.	Michaela	Schulze	Hochschule der Bundesagentur für Arbeit
	Prof. Dr.	Christian	Schütte-Bäumner	Hochschule RheinMain
	Prof. Dr.	Julia	Schütz	FernUniversität in Hagen
	Prof. Dr.	Jürgen	Schwark	Westfälische Hochschule
	Prof. Dr.	Andreas	Seidler	Technische Universität Dresden
	Prof. Dr.	Annette	Sell	Ruhr-Universität Bochum
	Prof. Dr.	Nadja	Sennewald	SRH Berlin University of Applied Sciences
	Prof. Dr.	Karen	Shire	Universität Duisburg-Essen
	Prof. Dr.	Johanna	Sigl	Hochschule RheinMain
	Prof. Dr.	Tobias	Singelstein	Johann Wolfgang Goethe-Universität,
				Frankfurt am Main
	Prof. Dr.	Lukas	Slotala	Technische Hochschule Würzburg-Schweinfurt
	Prof. Dr.	Sandra	Smykalla	Alice Salomon Hochschule Berlin
	Dr.	Frank Oliver	Sobich	Johann Wolfgang Goethe-Universität,
				Frankfurt am Main
	Prof. Dr.	Dirk	Söffker	Universität Duisburg-Essen
	Prof. Dr. Dr.	Kai	Spiegelhalder	Albert-Ludwigs-Universität Freiburg im Breisgau
S	Prof. Dr.	Martina	Sproll	Hochschule für Wirtschaft und Recht Berlin
	Prof. Dr.	Tobias	Staiger	Duale Hochschule Baden-Württemberg

DIE VERTRAUENSDOZENTINNEN UND VERTRAUENSDOZENTEN

S	Prof. Dr.	Heinz	Stapf-Finé	Alice Salomon Hochschule Berlin
	Prof.	Markus	Stauff	University of Amsterdam, Niederlande
	Prof. Dr.	Anke	Steckelberg	Martin-Luther-Universität Halle-Wittenberg
	Apl. Prof. Dr.	Dirk	Stederoth	Universität Kassel
	Dr.	Nikolaus	Steffen	Europa-Universität Flensburg
	Prof. Dr.	Sven	Steinacker	Hochschule Niederrhein
	Prof. Dr.	Olaf	Stieglitz	Universität Leipzig
	Prof. Dr.	Sybille	Stöbe-Blossey	Universität Duisburg-Essen
	Prof. Dr.	Karin	Stögner	Universität Passau
	Prof. Dr.	Wiebke	Störmann	Hochschule Schmalkalden
	Prof. Dr.	Harald	Strating	Hochschule Osnabrück
	Prof. Dr.	Jochen	Streb	Universität Mannheim
	Prof. Dr.	Olaf	Struck	Otto-Friedrich-Universität Bamberg
	Dr.	Birgit	Szczyrba	Technische Hochschule Köln
	Dr.	Anja	Szypulski	Technische Universität Dortmund
T	Prof. Dr.	Christina	Teipen	Hochschule für Wirtschaft und Recht Berlin
	Prof. Dr.	Tobias	ten Brink	Jacobs University Bremen
	Prof. Dr.	Christian	Thein	Universität Münster
	Prof. Dr.	Andrea	Thiekötter	Fliedner Fachhochschule Düsseldorf
	Prof. Dr.	Marc	Thielen	Gottfried Wilhelm Leibniz Universität Hannover
	Dr.	Daniela	Thiels	Fachhochschule Aachen
	Prof. Dr.	Andreas	Thiesen	Hochschule RheinMain
	PD Dr.	Viola	Thimm	Friedrich-Alexander-Universität Erlangen-Nürnberg
	Prof. Dr.	Andreas	Thimmel	Technische Hochschule Köln
	Prof. Dr.	Werner	Thole	Universität Kassel
	Prof. Dr.	Stefan	Thomas	Fachhochschule Potsdam
	Prof. Dr.	Tanja	Thomas	Eberhard Karls Universität Tübingen
	Prof. Dr.	Christiane	Thompson	Johann Wolfgang Goethe-Universität, Frankfurt am Main
	Prof. Dr.	Anita	Tiefensee	Hochschule des Bundes für öffentliche Verwaltung, Berlin
	Prof. Dr.	Magnus	Treiber	Ludwig-Maximilians-Universität München
	Prof. Dr.	Andreas	Treichler	Frankfurt University of Applied Sciences
	Dr.	Werner	Treß	Universität Potsdam
	Prof. Dr.	Achim	Truger	Universität Duisburg-Essen
	Prof. Dr.	Inga	Truschkat	Freie Universität Berlin
	Prof. Dr.	Elisabeth	Tuider	Universität Kassel
	Prof. Dr.	Anna	Tuschling	Ruhr-Universität Bochum
U	Prof. Dr.	Daniel	Ulber	Universität Trier
	Prof. Dr.	Ursula	Unterkofler	Hochschule München
V	Prof. Dr.	Till	van Treeck	Universität Duisburg-Essen
	Jun.-Prof. Dr.	Niklas	Venema	Universität Leipzig
	Prof. Dr.	Fabian	Virchow	Hochschule Düsseldorf
	Prof. Dr.	Gunda	Voigts	Hochschule für Angewandte Wissenschaften Hamburg
	Prof.	Ulrike	Völger	Hochschule für Schauspielkunst Ernst Busch, Berlin
	Dr.	Luzia	Vorspel	Ruhr-Universität Bochum

W	Prof. Dr.	Karen	Wagels	Hochschule für Wirtschaft und Gesellschaft Ludwigshafen
	Prof. Dr.	Bernd	Wagner	Universität Leipzig
	Prof. Dr.	Klaus	Wälde	Johannes Gutenberg-Universität Mainz
	Prof. Dr.	Katharina	Walgenbach	FernUniversität in Hagen
	Prof. Dr.	Manfred	Walser	Hochschule Mainz
	Prof. Dr.	Julia	Weber	Hochschule Neubrandenburg
	Prof. Dr.	Christina	Wege	Universität Stuttgart
	Dr.	Detlef	Wegener	Universität Bremen
	Prof. Dr.	Heike Helen	Weinbach	Hochschule Rhein-Waal
	Prof. Dr.	Jens	Weiß	Hochschule Harz
	Prof. Dr.	Felix	Welti	Universität Kassel
	Prof. Dr.	Martin	Wenke	Hochschule Niederrhein
	Dr.	Jutta	Wergen	Universität Duisburg-Essen
		Hermann	Werle	Schule für Erwachsenenbildung, Berlin
	Prof. Dr.	Maria	Wersig	Hochschule Hannover
	Prof. Dr.	Viktor	Wesselak	Hochschule Nordhausen
	Prof. Dr.	Werner	Widuckel	Friedrich-Alexander-Universität Erlangen-Nürnberg
	Dr.	Wiebke	Wiede	Universität Trier
	Prof. Dr.	Heike	Wiemert	Katholische Hochschule Nordrhein-Westfalen
	Prof. Dr.	Jana	Wienberg	University of Labour Frankfurt am Main
	Prof. Dr.	Thomas	Wilke	IU Internationale Hochschule, Berlin
	Prof. Dr.	Uwe	Wilkesmann	Technische Universität Dortmund
		Martina	Winkelmann	Universität Greifswald
	Ass.-Prof.	Katja	Winkler	Katholische Privat-Universität Linz, Österreich
	Prof. Dr.	Carsten	Wirth	Hochschule Darmstadt
	Prof. Dr.	Jens	Wissel	Frankfurt University of Applied Sciences
	Prof. Dr.	Doris	Wittek	Martin-Luther-Universität Halle-Wittenberg
	Dr.	Klaus	Wolf	Hochschule für Technik, Wirtschaft, Kultur Leipzig
	PD Dr.	Stefan	Wolf	Technische Universität Berlin
	Prof. Dr.	Daniel	Wrana	Martin-Luther-Universität Halle-Wittenberg
Y	Prof. Dr.	Volker	Wulf	Universität Siegen
	Prof. Dr.	Carsten	Wünsch	Otto-Friedrich-Universität Bamberg
Z	Prof. Dr.	Safiye	Yildiz	IU Internationale Hochschule, Düsseldorf
	Prof. Dr.	Aram	Ziai	Universität Kassel
	Prof. Dr.	Holger	Ziegler	Universität Bielefeld
	Prof. Dr.	Reingard	Zimmer	Hochschule für Wirtschaft und Recht Berlin
	Prof. Dr.	Beate	Zimpelmann	Hochschule Bremen
	Dr.	Olga	Zitzelsberger	Technische Universität Darmstadt
	Prof. Dr.	Matthias	Zündel	Hochschule Bremen

ORGANIGRAMM DER STIFTUNG



IMPRESSUM

Herausgeberin
Hans-Böckler-Stiftung
Georg-Glock-Straße 18
40474 Düsseldorf
Telefon: 0211 7778-0

Verantwortlich
Dr. Claudia Bogedan, Geschäftsführerin

Redaktion
Rainer Jung

Text
Jochim Tornau

Gestaltung
teamADwork Werbe GbR, Düsseldorf

Bildmaterial	
FRÄULEIN FOTOGRAF	4, 57
Simone M. Neumann	15, 17, 19
Gerngross + Glowinski	23 (oben Mitte), 24 (Mitte rechts), 25 (unten), 30
Horst Wagner	23 (unten)
Peter Himself	24 (Mitte links)
Dietrich Hackenberg	24 (unten)
Klaus Rose	31
Stephen Petrat	49, 53
Fionn Grosse	51
Frank Rumpenhorst	55
Oliver Bellendir Photography	59

Mit unserer Begabtenförderung leisten wir Beiträge zu mehr Chancengleichheit. Mehr als 70 Prozent unserer Stipendiat*innen sind in ihrer Familie die Ersten, die studieren. Jede*r vierte Stipendiat*in hat die Hochschulzugangsberechtigung über den zweiten oder dritten Bildungsweg erlangt. Im Jahresbericht stellen wir „Stips“ vor, die mit einer ungewöhnlichen Bildungsbiografie erfolgreich studieren, und fragen angesichts von drohenden Handelskriegen, jahrelangem Investitionsstau und politischer Polarisierung: Gibt es eigentlich noch Grund für Optimismus? Ja, betont die stellvertretende DGB-Vorsitzende Elke Hannack im Interview: „Ich glaube, dass wir wieder dahin kommen können, eine solidarische Gesellschaft zu sein, die Vielfalt akzeptiert und Vielfalt lebt, die tolerant ist, wie sie es eigentlich meist war“, sagt die Vorsitzende des Kuratoriums der Hans-Böckler-Stiftung. Wir arbeiten mit Forschung, Beratung und Veranstaltungen für diese Ziele. Wie, zeigt der Blick ins Böckler-Jahr 2024.